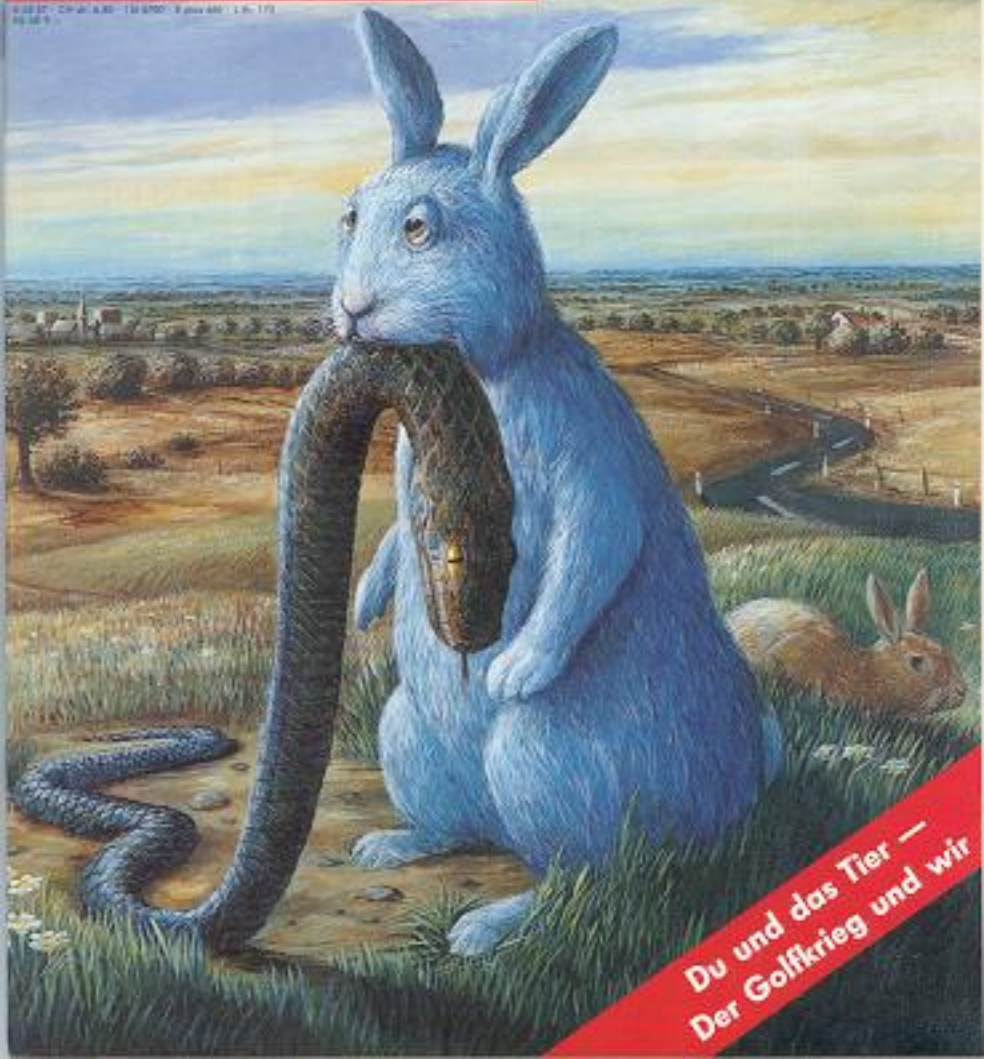
Heft 4 April 1991 6,00 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur



Du und das Tier —
Der Golfkrieg und wir

in konkret April 1991

von konkret

an konkret

Mein Krieg von Hermann L. Gremliza

»Das kann man nicht verlangen«Streitgespräch von Yaron Matras; Jochen Hippler; Gabi Gottwald; Daniel Gaede; Eike Geisel; Oliver Tolmein

Eingeladen von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Hamburg, dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis, der GAL, der Solidarischen Kirche und KONKRET diskutierten am 20. Februar im Hamburg-Haus in Eimsbüttel über das Verhältnis der deutschen Friedensbewegung zu Israel: der in der BRD studierende Israeli Yaron Matras, der Politikwissenschaftler und Publizist Jochen Hippler, die GAL-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl Gabi Gottwald, Daniel Gaede vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten und der Publizist Eike Geisel. Diskussionsleitung: Oliver Tolmein

Neue»Untermenschen« von Ingrid Strobl

»Die Juden« sind der deutschen Intelligenz gerade gut genug als Vorwand für den Krieg zur Sicherung der eigenen Privilegien

Buch des Monats: Der Blick in den Spiegel von Oliver Tolmein

Maxime Rodinson: Die Araber, edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1981, 190 Seiten, 10 DM

Wie kommt die Kuhscheiße vom Dach? von Oliver Tolmein

Der Golfkrieg und die Klage linker Intellektueller über die Auflösung ihres weltgeschichtlichen Bezugsrahmens

Sinn ohn` Form: Golfkrieg und Linke

Die unverkäufliche Republik von Robert Kurz

Was passiert wirklich mit Ostdeutschland

Noch ein Nachruf von Georg Fülberth

Mit der offiziellen Auflösung des Warschauer Paktes geht eine Phase internationaler Beziehungen zuende, an die spätere Generationen möglicherweise mit Wehmut zurückdenken werden

Der Weg zur inneren Einheit X von Wolfgang Pohrt

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality« (AP), in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert. Nach dem Einleitungsessay, Überlegungen zur empirischen Methode, den Ergebnissen eines ersten Fragebogendurchlaufs (s. KONKRET 5-7/90), drei Interviews mit rechtsradikalen Aktivisten, durch die ermittelt werden sollte, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann« (s. KONKRET 8-9+11/90), und dem Abdruck einiger empirischer Daten der Pohrtschen Erhebung (s. KONKRET 1/91) setzen wir die Interpretation ihrer Ergebnisse (s. KONKRET 2+3/91) fort und beenden damit die Serie

»Die Folter ist nicht beendet« von Gabi Gottwald

Auch unter christdemokratischer Präsidentschaft werden in Chile (vermeintlich) militante Oppositionelle weiter gefoltert, von Spezialeinheiten der Polizei und mit Wissen der Regierung

Seit Dimitrow nichts Neues von Detlef zum Winkel

Das antifaschistische Engagement steckt in der Krise, weil sich die Kritik der Herrschaftsstrukturen von der Kritik der Klassengesellschaft gelöst hat. Zwar ist die Sozialfaschismustheorie korrigiert worden, die ihr zugrundeliegende Krisentheorie aber wird noch immer geglaubt

Arbeit um jeden Preis von Udo Sierck

In der ehemaligen DDR gelten jetzt auch die bundesdeutschen Rehabilitationsgesetze, die die Wiedereingliederung gesundheitsgeschädigter Menschen regeln: Erarbeitet wurden sie von Fachleuten, die schon im Nationalsozialismus Konzepte entworfen hatten, wie die menschliche Arbeitskraft restlos verwertet werden könne

Von Leib- und Nachtwächtern von Burkhard Müller-Ullrich

Wie die deutsche Presse einmal einen irakischen Türken baute

Soll »Jud Süß« wieder in die Kinos? von Dietrich Kuhlbrodt, Horst Tomayer

In Hamburg wurde im Februar in einer einmaligen Vorführung Veit Harlans NS-Film »Jud Süß« gezeigt. Dietrich Kuhlbrodt, der den Einführungsvortrag hielt, plädiert für weitere öffentliche Aufführungen, Horst Tomayer hält dagegen. Die (gekürzte) Mitschrift der Diskussion nach der Vorführung dokumentiert, was zu erwarten ist, sollte man Kuhlbrodts Vorschlag folgen

Am liebsten haben wir es ganz leise von Boike Jacobs

Anleitung für Emigranten zur Abfassung ihre Autobiographie

Es war der Wille Gottes. Das ist alles von Karl Anton & Vororth

Der polnische Filmregisseur Andrzej Wajda hat einen Film über den polnischen Arzt, Dichter und Erzieher Janusz Korczak gemacht, der in Treblinka ermordet worden ist. Im Film aber überleben Korczak und die Waisenkinder aus dem Warschauer Ghetto, mit denen sein Name verbunden ist, auf sehr christliche Weise im Morgennebel und bei gerade aufgehender Sonne. Wajda mag das. Schon lange

»Dieser Film ist pervers« von Claude Lanzmann

Am 17. Januar dieses Jahres veröffentlichte die französische Zeitung »Le Nouvel Observateur« ein Gespräch mit Claude Lanzmann, dem Regisseur der Film-Dokumentation »Shoah«, in dem dieser begründet, warum er Andrzej Wajdas Film »Korczak«, der jetzt in unsere Kinos kommt, für ein antisemitisches, die Geschichte der Judenvernichtung verfälschendes Machwerk hält. KONKRET dokumentiert das Interview in deutscher Übersetzung

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

»Das ist eine Frau« von Layla Dawson

Andrea Dworkin, Autorin des Buches »Pornographie. Männer beherrschen Frauen«, hat einen Roman geschrieben, der jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/91, S. 4

von konkret

Fast wäre es der deutschen Friedensbewegung gelungen, den Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak, die Bombardierung Bagdads und die Beschießung Israels mit Scud-Raketen zu verhindern, eine dauerhafte Friedensordnung im Nahen Osten zu schaffen und für all dies den Nobelpreis in beiden Ausführungen, original und alternativ, zu erringen – wenn, ja, wenn ihr nicht in letzter Minute, nämlich in KONKRET 3/91, von einer kriegslüsternen Camarilla, bestehend aus den Herren Pohrt, Schneider und Gremliza, ein Dolch in den Rücken gestoßen worden wäre, und das blutige Schicksal seinen Lauf nehmen mußte.

Nicht anders sich kann ein nüchterner Betrachter die Aufgeregtheit erklären, die das März-Heft von KONKRET ausgelöst hat. Die Empörung über die sehr unterschiedlichen, jedoch allesamt nicht hinreichend pazifistischen Beiträge ergriff nicht nur Autoren und Leser der Zeitschrift, sondern ließ auch Redakteure so bewährt antiimperialistischer Gazetten wie »Spiegel«, Kinder-»FAZ« und »Stern« wütend-traurig bzw. betroffen beben. Besonders angetan hatte es allen die Polemik von Wolfgang Pohrt, die in komprimierter Form etwa zur gleichen Zeit auch in der »International Herald Tribune« erschien, was zu einem bemerkenswerten Anruf in der KONKRET-Redaktion führte:

»Hier Auswärtiges Amt. Staatsminister Schäfer möchte Herrn Gremliza sprechen. «

Und nun: Also, er, Schäfer, habe in der »Tribune« diesen Artikel da gelesen, von einem Herrn Pohrt, und da stehe drunter, dieser Pohrt sei ein deutscher Sozialwissenschaftler und ständiger Autor der »left wing«-Zeitschrift KONKRET, und ob das denn wahr sei und ob Gremliza denn wisse, was der Pohrt da schreibe, also es treibe ihm, Schäfer, »die Haare zu Berge«, er übersetze mal schnell aus der »Tribune« (und dann übersetzte der Staatsminister), und das dürfe doch alles nicht wahr sein, dieser Pohrt beleidige ja den Bundeskanzler und den Außenminister und die Friedensbewegung zugleich, ja einfach alle Deutschen, und ob es denn wahr sei, daß so ein Mann in KONKRET schreiben dürfe, das gehöre doch in die »National- und Soldatenzeitung«, aber KONKRET habe doch einen Ruf zu verlieren...

So sprach er, Genschers Staatsminister Schäfer, am Telefon zu einem Mann, der sich bis dahin als Staatsfeind glaubte verstehen zu können und sich nun als einer verstanden sah, der, ein irgendwie doch anständiger, um seinen Ruf in Genschers Amt besorgter deutscher Linker, die Deutschen, inklusive Kanzler und Friedensbewegung, gegen Anwürfe eines Polemikers in Schutz nehmen werde, der sogar in einer fremdsprachigen Zeitung gegen »uns Deutsche« hetzt. Wir wollen nicht undankbar sein und versichern dem Herrn Staatsminister des Äußeren wie allen andern: Es soll wieder vorkommen.

Wir versichern die Bereitschaft, rückfällig zu werden, nicht zuletzt auch deshalb, damit die Veröffentlichung des Streitgesprächs über den Golfkrieg und der Attacken, die Ingrid Strobl gegen die »Intelligenzia« und Oliver Tolmein gegen Gremliza und Reemtsma in diesem Heft führen, nicht als Widerruf der zuvor erschienenen Beiträge anderer Autoren mißverstanden wird. Es sind andere Meinungen anderer Autoren.

Die Reaktionen auf das März-Heft von KONKRET waren so heftig, vielfältig und umfangreich, daß sie auf den Leserbriefseiten nur zum kleineren Teil abgedruckt werden konnten. Wir haben uns deshalb entschlossen, die Zuschriften zu Pohrt, Schneider, Gremliza u.a. in einer 48seitigen Broschüre zu dokumentieren – Titel: »Stellt Euch vor, KONKRET ruft zum imperialistischen Krieg gegen den Süden auf, und keiner geht hin« – , die alle KONKRET-Abonnenten (unter Angabe ihrer Abo-Nr.) kostenlos beim Verlag anfordern können; Nicht-Abonnenten bezahlen eine Schutzgebühr von DM 3,-.

Im Innenteil dieser Ausgabe erscheint die letzte Folge des auszugsweisen Vorabdrucks von Wolfgang Pohrts Studie »Der Weg zur inneren Einheit – Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990«. Unter diesem Titel erscheint die vollständige Studie mit einem Vorwort von Jan Philipp Reemtsma im April im Konkret Literatur Verlag, 320 Seiten, 36 Mark.

In KONKRET 2/91 schrieb Heike Kleffner über die »Freedom now«-Kampagne in den USA. Im April bereisen Rita Cordova und Julio Rosado von der puertoricanischen MLN-PR, die an dieser Kampagne beteiligt war, die Bundesrepublik und informieren u.a. über deren Fortgang, aber auch über ihre Position zum Golf-Krieg. Sie sind am 26.4. in München, am 27.4. in Stuttgart, am 28.4. in Frankfurt, am 29.4. in Köln, am 3.5. in Bremen, am 4.5. in Hannover, am 5.5 in Hamburg, am 6.5. in Berlin. Kontakt: Agipa-Press, 0421-354029

Konkret 04/91, S. 6

an konkret

Mantamäßig

KONKRET 3/91: Schwerpunktthema »Die Deutschen und der Golfkrieg«

Werte Herren,

ey Golf ey? Mantamäßig, das Heft 3! Mein Kompliment zur gelungenen Arbeitsteilung im politischen Dreschflegeln. Bedauerlich nur, daß es bei KONKRET nicht ein paar mehr Redakteure hat: Das eine oder andere Grüppchen friedlinker Unterdogs dürfte ungerochen davongekommen sein...

Und welche Ermunterung aller Mitmenschen, die weder ihre Bettücher zweckentfremden noch sonst etwas aus dem Fenster hängen. Mein ausdrücklicher Glückwunsch auch - und das können Sie einer Lehrerstochter der 4. Generation ruhig abnehmen - zur propädeutisch-didaktischen Aufbereitung eines schwierigen Themas. Eindrucksvoll darüber hinaus, wie Sie die alte Schulmeister- & Pedellenmaxime vorexerzieren, daß nämlich eins mit dem Lineal allemal die Weisheit des Zöglings - dessen geringstes Laster die Dummheit ist! - hervorbrechen lasse.

Wäre das, was sich nun zwischen KONKRET und ‘der Linken’ und/oder ‘Friedensbewegung’ Nf. zuträgt, das Ende eines zwischenmenschlichen Verhältnisses, kann man dazu nur sagen: Welche Liebe muß einmal geglüht haben, wenn post festum derartige Häme, Selbstgerechtigkeit und -aggression zu Tage treten.

Christa Herterich

Köln

Sehr geehrte Redaktion,

in Anlehnung an die Arbeit »Saddam = Hitler«, in der Hans M. Enzensberger und andere die Zusammenhänge zwischen der Vernichtung des Irak und des Freispruchs der Deutschen für Auschwitz untersucht hatten, hat Wolfgang Pohrt für KONKRET analysiert, daß die deutsche Friedensbewegung als Leibstandarte Saddams »für alle Zeiten moralisch erledigt«, aber besser noch »das ganze Pack hinter Gitter zu verfrachten« ist. KONKRET-Redakteur Tolmein nennt die Analyse des KONKRET-Autors Pohrt ein besonders beeindruckendes Beispiel, wie Intellektuelle ihren Verstand verlieren können. In die Reihe von Pohrt stellt er u.a. Wolf Biermann und Klaus Hartung. Den eigenen Herausgeber läßt er in diesem Zusammenhang unerwähnt. Das ist ungerecht.

Mit seinem Artikel »Richtig falsch« hat Hermann L. Gremliza sogar den doppelten Enzensberger geschafft. Er weist nämlich nach, daß der Irak Saddams auch dann vernichtet werden muß, wenn Saddam nicht gleich Hitler wäre. Überhaupt müsse jeder der Fähigkeit beraubt werden, Israel anzugreifen und zu liquidieren. Gremliza untersucht zwar nicht, wer diese Fähigkeit hat, deutet aber schon mal auf »jenes Gesocks, welches die arabischen Vertreter der alliierten Weltmoral darstellen«. Da das Syrien Assads rüstungstechnologisch über dem Irak steht und auch noch eine gemeinsame Grenze mit Israel hat, wäre zu erwägen, ob nicht unmittelbar nach der Vernichtung des Irren aus Bagdad Assad zum neuen Hitler ausgerufen werden muß, oder ob man Syrien einfach so zusammenbombt. Zu fragen ist allerdings, ob eine zeitliche Reihenfolge der nahöstlichen Hitlers angebracht ist, oder ob man die Assads, Arafats, Husseins und Konsorten nicht besser auf einen Schlag vertilgt. Henryk M. Broders Artikel deuten darauf hin, daß die israelische Regierung den letzten Vorschlag favorisiert.

Für uns Deutsche sollte dies Verpflichtung sein. Schließlich steht die Sühne für Auschwitz noch aus. Es muß den Arabern endlich vor Augen geführt werden, daß sie sich nicht mehr länger darum herumdrücken können.*Conrad Schuhler*

München

Hermann L. Gremliza schreibt in KONKRET 3/91, daß mit der Kriegsführung der USA am Golf »aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden scheint«. Wenn ein Sprachexperte »scheint« schreibt, meint er wohl, so ganz sicher sei er sich dessen nicht. Und in der Tat: Was folgt aus der Methode, mit der die aktuelle Gefahr für Israel abgewendet »und ein Saddam seiner deutschen Chemie entwaffnet« wurde (übrigens eine Personalisierung des Vorganges, der kriegsverniedlichend wirkt)? In welcher Weise sollen andere Staaten »der Fähigkeit beraubt werden, Israel anzugreifen«? Die bisherige Politik der USA hat die Bedrohung Israels verstetigt; Gremliza weiß das.

Ergibt sich nun »aus falschen Gründen und falschen Begründungen« der Umschwung ins richtige Politikmuster? KONKRET und seine Autoren werden darauf wenig Einfluß haben. KONKRET-Autoren allerdings nutzen die

Gelegenheit, um die Reste von Verstand in der deutschen Linken wegzuräumen. »Die« Friedensbewegung in Deutschland als Rache für die »nationale Schmach von 1945«; »die« Friedensbewegung »an Gedeih und Verderb der irakischen Diktatur gebunden«; »Feiglinge und Verräter, die... den USA verübeln, daß diese ihren Eltern... das Massenmorden in Auschwitz ausgetrieben haben«, die den »Untergang des Staates Israel herbeisehnen«?

Es gibt gute Gründe, manche Gefühle und Argumente zu kritisieren, die bei den Protesten gegen den Krieg am Golf auch zum Ausdruck kamen. Aber wenn KONKRET-Autoren auf jede Unterscheidung verzichten und »die« Friedensbewegung pauschal und brutal diffamieren, dann sind sie es, die - um Pohrt zu zitieren - »die Technik der NS-Propaganda« übernehmen, unter antinazistischem Vorwand.

Pohrt lobt, wegen des Golfkrieges, die »FAZ« und »Bild«. Aber derart plumpes journalistisches Niedermetzeln der Friedensbewegung, wie es KONKRET-Autoren betreiben, ließe sich nicht einmal in jenen Blättern tätigen.

Wolfgang Schneider ist übrigens ein leicht feststellbarer Sachverhalt entgangen, der seine »Beweisführung« als unsinnig erweist: Die Meinungsforschung hat nicht nur ermittelt, daß ein hoher Anteil von Deutschen eher Abneigungen gegen Israel hat, sondern auch, daß eben dieselben Deutschen es überwiegend sind, die den militärischen Aktionen der USA am Golf zustimmen. Vielleicht kommen auch Schneider und Pohrt darauf, warum dies so ist.*Arno Klönne*

Paderborn

Die letzte KONKRET-Ausgabe beweist, daß auch linke Intellektuelle, die gegen low-intensity-warfare noch treffende Kritik zu formulieren wußten, bereit sind, für den größten imperialistischen Krieg seit Vietnam eine ideologische Legitimation zu liefern.

Dem aufrechten Rest der zerriebenen israelischen Linken und auch fortschrittlichen JüdInnen anderswo habt Ihr damit keinen Dienst erwiesen. Angesichts solcher Positionen zum Golfkrieg und zu Israel wird der gesamte Antisemitismus-Schwerpunkt der Januar-Ausgabe von KONKRET im nachhinein diskreditiert.*Miriam Lang*

Berlin

Liebe Patienten,

eine ermutigende Meldung für mich wäre: Gremlizas, W. Schneiders und Pohrts KONKRET vorübergehend eingestellt. Die Autoren befinden sich aufgrund geistiger Verwirrung in psychiatrischer Behandlung, sind aber auf dem Wege der Besserung. Baldige Genesung oder frei nach der Bibel: »Selig sind die Armen im Geiste, denn sie werden Gottes Kinder sein!«*Michael Meyer*

Schweinfurt

Nach der ersten, mehrfachen Lektüre möchte ich Euch (Gremliza, Schneider, Pohrt, Siegler) sagen: Ich werde KONKRET auch weiterhin kaufen und lesen und weiterempfehlen; und zwar in der Hoffnung, daß Ihr entweder punktuell durchgeknallt seid (was ich jedem Menschen zugestehe, ohne gleich meine Solidarität aufzukündigen) oder daß Ihr doch noch so etwas von der Art nachliefert, was ich bislang »Argumente« zu nennen gewohnt war.*Uli Wetz*

Edingen-Neckarhausen

Was für jedes Publikationsorgan Prinzip sein sollte, müßte für eine Autorenzeitschrift wie KONKRET als Maxime gelten: daß die Redaktion nicht schon in derselben Ausgabe, in welcher der Text eines Autors erscheint, auf diesen Text reagiert, selbst dann nicht, wenn ein Autor, von den Zeitwirren zur Pflaume gemacht, mit Kernwaffen herumschmeißt, als handelte es sich um Kernobst. Gerade weil KONKRET, auch was interne Polemik anlangt, Schule macht, sollte es nicht schulmeistern. Das wirkt außerdem provinziell, und Provinzialismus kann man sich vielleicht in einer Weltstadt erlauben, wo’s nicht auffällt, nicht aber in einer Hansestadt, die bereits wegen ihrer provinziellen Weltblätter in Verruf geraten ist.

Michael Scharang

Wien

Der Krieg als Vater aller Dinge, die Golfschlacht als Mutter aller Schlachten. KONKRET bringt das Titelbild aller Titelbilder: einen Rollstuhlfahrer mit Gasmaske.

Die Abschreckung der Schrecklichen ist aber nur teilweise gelungen. Ich werde KONKRET ab jetzt von hinten nach vorne, von rechts nach links und von unten nach oben lesen.

Rollstuhl Series XZ-11-9080/h

Everest & Jennings;

z.Zeit beschäftigt bei Erwin Riess, Wien

PS: Mein Anwender ersucht mich, Saddam Hussein zitierend, um folgenden Nachsatz: »Wenn du einen Freund betrittst, mach nicht auf dem Absatz kehrt!«

Konkret 04/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Mein Krieg

Erst hat man den Deutschen vorgeworfen, sie ziehen die Knobelbecher nicht aus, und jetzt wirft man ihnen vor, sie ziehen sie nicht an.
Bundeskanzler Kohl

Admiral Schmähling hat ausgesprochen, was Millionen Deutsche kaum zu denken wagen! Dieser Krieg ist ein schmutziger Krieg, und er ist nicht unser Krieg. Kein deutscher Soldat darf in eine solche »Veranstaltung« hineingezogen werden! Und unsere ausgabefreudige Regierung sollte endlich den Geldhahn radikal zudrehen. Wir haben genug finanzielle Probleme, um unseren »Brüdern und Schwestern im Osten« ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.
Leserbrief im Deutschland-Magazin »Spiegel«

Wir glauben Hermann L. Gremliza aufs Wort. Nach den Zeiten des Burgfriedens mit Bild, Kohl, Generälen, US-Imperialismus, Israel, Löwenthal wird er die beschimpfen wie ein Rohrspatz. Darauf kommt es an. Eine Demokratie braucht ihre Kritiker, die in der Stunde des Krieges ihre Kritik auch mal Kritik sein lassen und die für die Kriegsmobilisierung auch mal propagandistisch einen Kinderhort in Frankfurt hochgehen lassen.
Flugschrift Radikale Linke, herausgegeben von Thomas Ebermann, Jutta Ditfurth, Marianne von Ilten, Jan Kuhnert, Heiner Möller, Belinde Stieve, Rainer Trampert, Winfried Wolf, Manfred Zieran

Der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow sagte, daß jetzt »zerstörerische Kräfte« versuchten, den Charakter des sozialistischen Systems zu verändern. Unter der Flagge des Marktes habe ein politischer Kampf begonnen. Vor allem die »radikalen Linken« wollten den Kapitalismus einführen.
Meldung in der »Tageszeitung«

Ich stehe mit Kohl und Generälen für den Krieg, Kohl steht mit einem Admiral und einer deutschen Bewegung für den Frieden, wer aber in der Sowjetunion den Kapitalismus einführen will, ist ein radikaler Linker: nicht leicht, die Übersicht zu behalten. Und doch hat alles seine Ordnung (Auflösung auf Seite 8 dieser Ausgabe).

Ob auch die deutschen radikalen Linken es gewollt haben, daß in der Sowjetunion der Kapitalismus eingeführt wird, weiß ich zwar nicht. So tief in die Herzen der beteiligten Damen und Herren kann ich nicht blicken. Ich weiß nur, daß gut zwei Drittel der Unterzeichner ihr ganzes Politikerleben damit zugebracht haben, im kalten Krieg der Nato gegen das Reich des Bösen den linken Propagandaflügel stark zu machen, und daß sie hier, und nur hier, einmal an einem politischen Erfolg ein kleines bißchen beteiligt waren. (Daran, beispielsweise, daß der antisemitische Reaktionär, für den Winfried Wolf und Genossen die Trommel gerührt haben, heute tatsächlich Staatspräsident in Polen ist.)

Der Krieg ist aus, wir gehn nachhaus, schämen uns und hören erst mal ein Weilchen aufmerksam und bescheiden zu, wenn Leute reden, die in den letzten zwanzig Jahren sich etwas weniger häufig blamiert haben? Aber nicht doch unsere kleine tapfere Propagandakompanie - die lehrt nun, nach der glücklichen Zerschlagung des antiimperialistischen Lagers, den richtigen deutschen linken radikalen Antiimperialismus und wie er gemacht wird: Man postuliere in einem Kurzprogramm unter »5.« mal eben schnell »die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Antikriegsbewegung« und behelfe sich bis dahin mit der Verteidigung jener anderen, die es schon gibt und die, wenn ich die »Flugschrift Radikale Linke« richtig verstehe, gar nicht antiimperialistisch ist sondern... na, was denn? Und man denunziere einen, der diese Frage beantwortet, als »Kriegstreiber«.

Um nicht ungerecht zu sein: Es bot der Golfkrieg manchem Oppositionellen Gelegenheit, sich von einer schlechtbehausten Vergangenheit zu verabschieden und endlich den Arsch an die Heizung zu bekommen. Ehemaligen Funktionären der grünen Partei, die ihre engsten Freunde an die Realpolitik verloren haben und die deshalb ihren paar verbliebenen Genossen so wenig über den Weg trauen wie gegebenenfalls sich selber, muß wohl nachgesehen werden, daß jede Erwägung, die vom vorerst letzten Konsenspapier abweicht, sie in Panik versetzt. Und natürlich muß, wer weiß oder doch spürt, daß er selbst politisch ganz und garnichts bewegt, einen Autor, der wenigstens über eine kleine Monatsschrift gebietet, für einen der Mächtigen im Lande halten, dessen Kritik an der deutschen Friedensbewegung nur noch mit der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD im Jahre 1914 verglichen werden kann - mit dem weiteren Gewinn, daß, ist Gremliza erst einmal ein Noske, sein linksradikaler Kritiker nicht mehr in den abgesägten Hosen eines gescheiterten Ökopaxen dasteht sondern geradezu als Märtyrer der Revolution (Flugschrift: »Wer sich als GegnerIn von

imperialistischen Kriegen in eine sozialistische Tradition begeben möchte, muß sich ... auf eine winzige Sekte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht herum berufen«). Dem Manfred Zieran haben wir`s geschworen, der Jutta Ditfurth reichen wir die Hand...

Man könnte meinen, daß wir es hier mit einem jener vorübergehenden Anfälle linksradikaler Idealpolitik zu tun haben, die das Milieu als Ersatz für Mutti, Selbsterfahrungsgruppe und elektrische Eisenbahn ab und zu braucht. Leider ist es schlimmer, und um das zu erklären, muß ich kurz repetieren, was den Anfall ausgelöst hat. Ich hatte geschrieben:

»Der Krieg am Golf (ist) der erste jener vorhersehbaren Dritte-Welt-Kriege, in denen der endlich vereinigte Norden seine Ordnung gegen den Süden durchsetzen wird«; der Krieg werde »aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen« geführt; es gebe nur einen »einzig vertretbaren Kriegsgrund«: den Irak der Fähigkeit zu berauben, »Israel - wie von Saddam angekündigt - anzugreifen und zu liquidieren«.

Saddams Ankündigung ließ sich nicht bestreiten. Hätte sich beweisen lassen, daß er zu ihrer Realisierung weder ernsthaft bereit noch in der Lage war, wäre der von mir genannte »einzig vertretbare Kriegsgrund« entfallen (und mit ihm der »Kriegstreiber« G.). Nun wird in der linksradikalen Flugschrift zwar auch über die mangelnde Angriffsfähigkeit des Irak räsoniert, doch eher nebenbei. Im Zentrum steht ein anderer Aggressor: »Israel, nicht irgendein arabischer Staat, hat als erstes Massenvernichtungswaffen in dieser Region eingeführt ... Die irakischen Scud-Raketen auf Israel ... waren nicht Ausdruck einer Kampfoffensive gegen Israel, sondern Antworten ... Die Bedrohung der israelischen Zivilbevölkerung, die Opfer durch Raketen und Giftgas made in Germany sind Folge und nicht Ursache des Krieges und daher von ... der israelischen Regierung mitzuverantworten.«

»Die Scud-Raketen waren nicht Ausdruck einer Kampfoffensive« - endlich erfährt man, zu welchem Zweck die Szene sich diese Nonsens-Sprache (»Ausdruck von ...«) zugelegt hat: um, bei Bedarf, den Bock zum Ausdruck des Gärtners machen und sagen zu können, daß wieder einmal die Juden damit begonnen haben, sich umzubringen. Es stand in Schönhubers Pressedienst: »Wegen diesem wenig aufgeklärten Umgang mit unserer Verantwortung in dieser Frage haben Demagogen wie Broder auf der Schuld-Klaviatur ein leichtes Spiel.« Es stand übrigens nicht bei Schönhuber, es steht in der »Flugschrift Radikale Linke«.

Aber nein, die radikale Linke ist nicht antisemitisch, sie räumt, allerdings, wie zugegeben wird, erst seit kurzem, Israel sogar ein »Existenzrecht« ein, ja sie geht noch weiter: »Dabei steht eines außer Zweifel: das Selbstverteidigungsrecht gegen Raketenangriffe.« Damit der linksradikale Autor sich aber nicht gleich selber als Kriegstreiber denunzieren muß, stellt er drei Bedingungen: Israel muß erstens wirklich angegriffen werden und darf sich nicht, siehe oben, selbst beschießen; Israel muß sich, zweitens, allein verteidigen, ohne jede fremde Hilfe, die nach Lage der Dinge nur eine imperialistische sein könnte; und drittens dürfen Israel von denen, die den arabischen Nachbarn Raketen und Giftgas geliefert haben, keine Abwehrwaffen zur Verfügung gestellt werden - dann steht für die deutsche radikale Linke das Selbstverteidigungsrecht, wie gesagt, außer Zweifel, und, wenn Israel das überlebt, auch sein »Existenzrecht«. So nett können wir zu Juden sein.

PS: Wer den Satz geschrieben hat, ich sei bereit, »für die Kriegsmobilisierung auch mal propagandistisch einen Kinderhort in Frankfurt hochgehen zu lassen«, kann sich aussuchen, wofür ich ihn halten soll: für einen Analphabeten oder einen Drecksack.

Konkret 04/91, S. 10

Yaron Matras; Jochen Hippler; Gabi Gottwald; Daniel Gaede; Eike Geisel; Oliver Tolmein

»Das kann man nicht verlangen« Streitgespräch

Eingeladen von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Hamburg, dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis, der GAL, der Solidarischen Kirche und KONKRET diskutierten am 20. Februar im Hamburg-Haus in Eimsbüttel über das Verhältnis der deutschen Friedensbewegung zu Israel: der in der BRD studierende Israeli Yaron Matras, der Politikwissenschaftler und Publizist Jochen Hippler, die GAL-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl Gabi Gottwald, Daniel Gaede vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten und der Publizist Eike Geisel. Diskussionsleitung: Oliver Tolmein

Gaede: Der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten trägt den Streit des heutigenAbends mit in seinem Namen. Es geht einmal um die deutsche Geschichte als Hintergrund einer Beschäftigung mit dem Nah-Ost-Konflikt, speziell mit der Situation in Israel. Und der Name drückt auch aus, daß es nicht ausreicht, allein auf Israel oder allein auf die Palästinenser zu schauen. Bis zum Beginn des Golfkriegs gab es bei uns Einigkeit, daß ein Krieg mit seinen unübersehbaren Folgen eher eine Bedrohung als eine Sicherung Israels darstellen würde. Einer unserer Vorsitzenden hat bei einer Rede an der US-Air-Base in Frankfurt am 12. Januar, also noch vor Ablauf des Ultimatums, darauf hingewiesen, daß zwar Saddam Husseins Drohung, er werde, wenn der Irak angegriffen würde, Israel bombardieren, abzulehnen sei, daß aber eben diese Drohung auch nur möglich und so populär sein könne, weil es in Israel-Palästina Konflikte gibt, die bis heute nicht gelöst sind.

Nach den Scud-Angriffen und genau an dem Punkt brach dann der Konsens auch bei uns auseinander. Es gibt bei uns Leute, die sagen, jetzt, wo der Krieg begonnen wurde und die ersten Raketen in Tel Aviv eingeschlagen sind, muß der Krieg so weit geführt werden, bis diese Bedrohung vom Tisch ist, bis es keine Raketen mehr geben kann aus dem Irak. Während eine Mehrheit die Position weiterhin vertritt, daß dieser Krieg mit seinen unabsehbaren Folgen auch die Sicherheit Israels nicht garantieren kann.

Vor diesem Hintergrund wundert und ärgert es mich, daß die Kritik an der Friedensbewegung sehr stark vermischt, was deutsche Regierungspolitik gewesen ist, nämlich Rüstungsexporte und damit überhaupt erst die Möglichkeit, daß Angriffe auf Israel stattfinden können, und die natürlich viel zu schwachen Proteste gegen diesen Rüstungsexport. Der Friedensbewegung vorzuwerfen, daß sie Hand in Hand gehe mit den Rüstungsexporteuren, ist wenig hilfreich und, gelinde gesagt, unfair. Es gibt auch nach meinem Eindruck viel Ratlosigkeit, viel Ahnungslosigkeit, weil die Friedensbewegung und diejenigen, die jetzt protestieren, eben nicht jahrelang Seminare zum Thema Nah-Ost absolviert haben. Aber es ist unserer Ansicht nach die richtige Konsequenz, jetzt die Debatte intensiv und faktenreich zu führen, anstatt auf diese Weise Vorwürfe zu produzieren, die nach meinem Eindruck nicht haltbar sind.

Matras: Zunächst einmal fällt mir auf, daß die Diskussion um die Bedrohung Israels ziemlich spät eingesetzt hat in der Friedensbewegung. Es gab nur sehr wenige Stellungnahmen dazu vor dem Ablauf des Ultimatums im Januar. Das wundert mich umso mehr, als Drohungen Saddam Husseins gegenüber Israel ebenso wie die israelischen Reaktionen doch eine ziemlich zentrale Rolle gespielt haben bei der Zuspitzung der Auseinandersetzung am Golf. Erst mehrere Tage nach den ersten Raketenangriffen auf Israel, erst nach längeren Reportagen im staatlichen Fernsehen, erst nachdem hochrangige deutsche Politiker Israel besucht hatten, der Bundesaußenminister, SPD-Politiker, Frau Süßmuth und parlamentarische Delegationen, erst dann kam die Bedrohung Israels langsam auch auf die Tagesordnung der verschiedenen Plenumssitzungen der Aktionsbündnisse und Initiativen.

Und selbst nachdem eine Diskussion hier angesetzt hat, sind uns viele Peinlichkeiten nicht erspart worden. Als eine Delegation der Grünen drei Wochen nach den Delegationen der anderen etablierten Parteien in diesem Land ihre Absicht erklärt hatte, nach Israel zu fahren, sagte der Sprecher der Gruppe, Christian Stroebele, vor der Presse, die Raketenangriffe auf Israel seien eine logische Folge der israelischen Politik.

Ich frage mich, ob das alles nicht symptomatisch ist. Ich erinnere daran, daß wir in den letzten Monaten gehäuft von Schändungen jüdischer Friedhöfe hören, was für uns ein Indikator dafür ist, daß man nicht einmal unsere Toten in Ruhe läßt in diesem Land, wo solche Ereignisse gerade mal zweizeilige Meldungen in der Tagespresse wert sind. Ich weiß nicht, ob bekannt ist, daß die meisten jüdischen Gemeinden in Deutschland keine Veranstaltungen durchführen können ohne Polizeischutz. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß man sich in den ersten Wochen der Eskalation am Golf mehr Sorgen um die möglichen Folgen für die Umwelt gemacht hat als um die bedrohte Bevölkerung Israels.

Zwischenrufer: Die haben hunderttausende Iraker umgebracht und Du redest da in einer total arroganten Weise über die angebliche Bedrohung Israels.

(Beifall. Zwischenrufe)

Matras: Ich habe gefragt, ob es symptomatisch ist, daß es wenig Interesse gibt an Juden oder an Israel in diesem Land. Ich habe in den Jahren, seit ich in Deutschland bin, nie eine nennenswerte Demonstration von Nicht-Juden gegen

Antisemitismus erlebt. Was man spürt, ist ein allgemeines Desinteresse. Man guckt nicht hin. Man sucht keine Antwort, bevor nicht die Bundesregierung und die staatlichen Medien die Anweisung geben: Schaut mal hin und nehmt Stellung. Und dann wird hingeschaut und Stellung genommen - zum Beispiel so wie in einer der traditionsreicheren linken Zeitschriften, in der es jetzt hieß: Das ist ein Konflikt zwischen dem Imperialismus und einem Staat der Dritten Welt - was natürlich über die Banalität dieser Aussage hinaus heißen sollte: und sonst nichts.

In der linken Presse und in Flugblättern ist der allgemeine Tenor so, daß die Diskussion um die Bedrohung Israels den Siegeszug der Friedensbewegung behindert habe, daß das ein lästiges Thema ist, mit dem man sich jetzt plötzlich auseinandersetzen muß, ein gemeiner, übler, böser Trick der Imperialisten, um von ihren Kriegstreibereien abzulenken.

Gottwald: Es gibt Sachen, wo die eine Seite recht hat und die andere auch. Das Dilemma in dieser Situation ist, daß Tausende von Irakern ermordet werden, massakriert werden, daß aber Israel gleichzeitig bedroht ist. Man kann doch nicht sagen, wenn irakische Raketen auf Israel abgeschossen werden, daß Israel dann nicht bedroht ist. Beides ist wahr - das macht die Schwierigkeit in der Debatte aus. Es ist auch richtig, daß das ein imperialistischer Krieg ist, der gegen ein Land der Dritten Welt geführt wird, dessen Regierung aber nicht solidaritätsfähig ist.

Ich denke, daß klargestellt werden muß, daß das Existenzrecht Israels auf jeden Fall anerkannt werden muß. Daß es von uns nicht in Frage gestellt werden kann, trotz des Konfliktes zwischen den Palästinensern und Israel; daß sich dies für uns gerade als Deutsche und auch als deutsche Linke als einzig mögliche Konsequenz aus der deutschen Geschichte ergibt; daß es eine unumstößliche Tatsache ist und daß es Realität ist, von der wir auszugehen haben, wenn wir eine Debatte führen. Und daß Kritik an der israelischen Regierungspolitik in keinem Fall in irgendeinen Bedingungszusammenhang damit zu stellen ist, ob wir dieses Existenzrecht Israels anerkennen. Das ist für mich die Voraussetzung.

(Beifall)

Eine zweite Sache: Ich denke, daß unser Verhältnis zu Israel, das immer ein spezielles ist, auf keinen Fall über die Frage geklärt werden kann, welche Stellung wir zum Golfkrieg einnehmen. Die deutsche Vergangenheit ist nicht dadurch zu bewältigen, daß man jetzt von den Deutschen erwartet und zum Teil auch massiv verlangt, daß sie einseitig in diesem Krieg Stellung nehmen auf der Seite der USA oder der Alliierten. Und ein Drittes: Natürlich wird hier ein imperialistischer Krieg gegen ein Land der Dritten Welt geführt. Ich weiß nicht, wie man das hinwegdiskutieren kann. Und dennoch ist eine Parteinahme für eine der beiden Seiten schlichtweg nicht möglich, weil a) die Konsequenzen dieses Krieges derartig sein werden, daß nichts diesen Krieg legitimieren kann, und b) die jeweiligen kriegsführenden Parteien, und damit meine ich beide, für mich überhaupt nicht solidaritätsfähig sind, weder von ihren Absichten her noch von ihren Methoden.

Der Krieg, der nicht am 2. August, dem Tag des Überfalls auf Kuwait, sondern am 17. Januar 1991 von den USA und ihren Alliierten angefangen wurde, wird aus ökonomischen und geostrategischen Gründen geführt und nicht, um Israel zu schützen oder zu retten. Deshalb ist dieser Krieg ein imperialistischer Feldzug. Aber auch die Besetzung Kuwaits wurde aus ökonomischen und regionalen machtpolitischen Gründen durchgeführt, und Saddam Hussein und sein mörderisches und bestialisches Regime bieten nicht den geringsten Anlaß für irgendeine Solidarisierung. Die einzig rationale Position, die die Friedensbewegung und auch große Teile der Bevölkerung hier gottseidank einnehmen, ist es, gegen den Krieg zu sein, für sofortigen Waffenstillstand einzutreten und alles dafür zu tun, daß weitere Eskalationen verhindert werden, weil nur in der Abwesenheit des Krieges überhaupt Konfliktlösungen in dieser Region noch möglich sind. Daß sie schwieriger sind als vorher, ist längst klar.

Geisel: Ich werde einen unausgewogenen, unfairen Beitrag halten. Ich habe ihn überschrieben: Déjà vu oder die Achse Berlin-Bagdad. »Wir dürfen nicht aufhören besser zu werden, sonst hören wir auf gut zu sein.« Mit diesem Leitsatz verabschiedete sich Anfang Januar eine 44-jährige Frau auf dem Frankfurter Flughafen, um sich als lebender Schutzschild in der arabischen Wüste abwechselnd den Scud-Raketen oder den Cruise-Missiles entgegenzustellen.« Sie hat, wie wir wissen, ihr Kriegsziel nicht erreicht. Dort wollte niemand besser werden. Alle hatten aufgehört, gut zu sein. Also fuhr sie wieder nach Deutschland zurück, wo Saddam Hussein im Unterschied zum Nahen Osten ein Kriegsziel bereits erreicht hatte. Der Karneval war ausgefallen, und ersatzweise bevölkerten lauter gutgesinnte Menschen die Straßen. Saddam Hussein grüßte die neue Friedensbewegung als, wörtlich, »die edlen Seelen«.

Aber nicht nur der Weg zur Hölle, sondern auch schon der kürzere zur Blamage ist mit guten Vorsätzen gepflastert, wie wir heute allen größeren Tageszeitungen entnehmen können. Sehr spät, doch, wie es hieß, erhobenen Hauptes, nämlich als Abgesandte nicht der häßlichen, sondern der guten Deutschen wollte eine Delegation der Grünen die Diskussion über den Golfkrieg in Israel mit verschiedenen politischen Gruppen aufnehmen. Nach Stroebeles Auskünften in einem Interview der »Jerusalem Post«, denen zufolge »die irakischen Raketenangriffe die logische, fast zwingende Folge der Politik Israels« darstellten, wird man nicht mehr von einem erhobenen Haupt, sondern eher von einem begossenen Pudel sprechen müssen. Denn mit dieser, der irakischen Propaganda nachgeäfften Formel haben die Grünen, die sich so sehr um die unterdrückten Palästinenser sorgen, den Palästinensern kein Jota geholfen, sondern sich selbst den reichlich verdienten Schaden zugefügt.

Bei der Lektüre des Interviews, wie bei vorausgegangenen Stellungnahmen, beschleicht einen ein déjà-vu-Gefühl. Vor zirka zehn Jahren war ebenfalls eine grüne Delegation in Israel und hatte damals im Besucherbuch der Gedenkstätte Yad Vashem die Aufforderung notiert: »Nie wieder Faschismus«, und mit der auf die Palästinenser hindeutenden, aber die Israelis meinenden Formel von den Opfern der Opfer bemängelten die Grünen, daß die Juden das KZ nicht als Besserungsanstalt begriffen und zu eben so aufrechten und guten Menschen wie die antifaschistischen Deutschen geworden seien.

Im déjà-vu indes geht die heutige Position nicht auf. Galt es damals, als die Grünen, wie die Friedensbewegung, am Projekt der deutschen Rehabilitierung mitwirkten, den Antisemitismus ehrbar zu kaschieren mit noblen politischen Absichten, wie etwa der Abschaffung von Unterdrückung dort, der Freiheit für die besetzten Gebiete, so läßt sich die gegenwärtige Attitüde, nicht nur daß Israel selbst Schuld, sondern auch der uneingestandene Gedanke, daß Israel überhaupt Schuld sei, nicht mehr einfach aus vielleicht zweifelhaften Motiven oder, wie viel früher in Deutschland, aus niedrigen Beweggründen erklären. Im Namen des Friedens gegen Israel zu sein, ist genau das Quantum moralischer Nachrüstung, dessen die Friedensbewegung bedurfte, um sich ein gutes Gewissen zum Ressentiment zu machen.

Dieses Ressentiment hat vorgeblich alle praktischen und politischen Beweggründe abgestreift. Es kommt aus den allermenschlichsten Sphären, aus der Friedensliebe. Es ist so universell wie moralisch. Dieser moralische Antisemitismus beschließt die deutsche Wiedergutwerdung insofern, als sich durch ihn die Vollendung der Inhumanität ankündigt, nämlich die Banalität der Guten. Bei den ersten Demonstrationen gegen den Golfkrieg kam das Wort Gas nicht vor und erst recht nicht, wen es bedroht. Und wer das heute leugnet, der lügt sich die Wirklichkeit zurecht. Um so heftiger hingegen war die Forderung zu hören, dem Diktator bei der Ausführung seines von ihm angedrohten Massenverbrechens, nämlich Israel in ein einziges Krematorium zu verwandeln, nicht in den Arm zu fallen.

Die mit der Friedensforderung behauptete Anteilnahme am Schicksal der irakischen Bevölkerung war indes nicht so selbstlos, wie sie sich gab, sondern verriet unmißverständlich, daß es sich dabei um einen vorausschauenden Rückblick handelte. Am Irak sollte nicht vollstreckt werden, was den Deutschen bereits widerfahren war. »Berlin-Bagdad« war auf den Transparenten zu lesen, und an dieser pazifistischen Achse wurde schon vor Ablauf des Ultimatums geschmiedet. »Schlimmer als die Hölle von Dresden kann das auch nicht werden«, bekannte eine 77-jährige aus Trier Anfang 91 auf einer Pressekonferenz vor ihrem Einsatz im Gulf Peace-Team, das von den Irakis wieder nach Hause geschickt wurde. Denn die Wiederholung des Zweiten Weltkriegs spielte sich nun auf Deutschlands Straßen ab.

Und wie pädagogisch wertvoll dabei die Alten für die demonstrierenden Kids waren, konnte man schon einen Tag nach Kriegsbeginn in einem Leitartikel der »TAZ« nachlesen. »Im Moment kann man auf der Straße mehr lernen als in den Klassenzimmern. Heute erinnern sich alte Menschen mit Tränen in den Augen an die Bombardements, die sie selber noch erlebt haben.« Daß sie diesen Bombardements nicht nur ihr Leben, sondern auch den Wiedereintritt Deutschlands in die zivilisierte Welt verdanken, daran möchten sie bei aller Friedensliebe, die ihnen seitdem geblieben ist, nicht erinnert werden.

(Beifall. Empörung)

Dieselben Leute, die eben noch heftig gegen den Vergleich Husseins mit Hitler protestierten und die bei Enzensberger nun wirklich aberwitzige Gleichsetzung der damals freiwillig gleichgeschalteten Deutschen mit der irakischen Bevölkerung empört zurückgewiesen hatten, dieselben Leute hatten keine Hemmungen, sich andererseits rückerinnernd in die Bewohner von Bagdad einzufühlen. »Denkt an Dresden! Waffenstillstand sofort! Stoppt den Krieg in Nah-Ost!« lautete der Aufruf in mehreren Zeitungen, und am Jahrestag der Bombardierung Dres-dens durch die englische Luftwaffe rief die lokale Initiative für Frieden am Golf zu einem Schweigemarsch auf. »So wie am 13. Februar 1945 unsere Stadt werden viele arabische Städte in Schutt und Asche zerbombt.« Das hatte General a.D. Bastian vorausgesehen und die USA des möglichen Völkermords bezichtigt. Ein anderer guter Mensch, der Bundespräsident, nahm an dieser Dresdner Feierstunde deutsch-irakischer Korrespondenz teil. Sie war die gefühlig und selbstmitleidvoll inszenierte Fortsetzung jener deutsch-arabischen Freundschaft, die Weizsäckers Vater 1941 für arabische Rundfunkstationen folgendermaßen charakterisiert hatte: »Deutsche und Araber haben in den Engländern und den Juden gemeinsame Feinde...«

(Zwischenruf: »Kaffeehaus-Zionist!«)

... und sind in dem Kampf gegen diese verbunden.« Wie bitte?

(Zwischenruf: »Kaffeehaus-Zionismus ist das, was Du da machst.«)

Du hast leider nicht die Möglichkeit, den damit verbundenen Gedanken in die Tat umzusetzen. Das ist vorbei.

(Beifall)

In vielen großen Theatern hauptsächlich in Berlin und in der Berliner Region bis nach Dresden wurden an diesem Gedenkabend friedensbewegte Sonderveranstaltungen durchgeführt unter dem Motto: Kein Krieg ist heilig, kein Krieg ist gerecht. Alle diese Gesinnungsabende waren ein Flop. Die Kids gingen wieder ordentlich zur Schule und hörten wieder

amerikanische Musik. Gegen diese Aschermittwochsstimmung wurde in all diesen moralischen Anstalten eine religiös durchtränkte Adresse des Schriftstellers Christoph Hein verlesen. Sie handelte vom durch den Golfkrieg bedrohten Bund zwischen Gott und den Menschen. Und der Text nahm sich so aus, als sei der Autor ähnlich wie Rushdi - nur von christlichen Killerkommandos - vorher bedroht worden.

Es war überhaupt die Stunde der bekennenden Christen. Pastor Alberts schrieb in der »Zeit«: »Die Rede vom gerechten Krieg ist Gotteslästerung.« Und er fügte aus sicherer historischer wie räumlicher Distanz hinzu: »Die frommen Juden wissen das«, womit er Überlebenden von Auschwitz offenbar bedeuten wollte, sie seien sozusagen mit unlauteren Mitteln befreit worden. Ein anderer bekennender Protestant, Walter Jens, formulierte ebenso kategorisch: »Es hat nie einen gerechten Krieg gegeben.« Dann beherbergte er zwei US-Deserteure und traktierte sie mit Bildbänden über einen ungerechten Krieg, nämlich mit Bildern vom Zweiten Weltkrieg in zerstörten deutschen Städten. Daß er die Deserteure versteckte, wollte er als Gewissenstat verstanden wissen. Da es aber nichts Gutes gibt, außer man erzählt es weiter, erzählte er davon und wurde von den Nachbarn angezeigt, nicht wegen schlechtem Benehmen, sondern wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Mit dem beständigen Hinweis, daß Deutschland aufgrund seiner eigenen Geschichte eine besondere und weltweite Verantwortung für den Frieden habe, soll vor allem eine deutsche Errungenschaft der Geschichte verdrängt werden, daß nämlich der einzige deutsche Beitrag zur Zivilisation im 20. Jahrhundert darin besteht, den Krieg als Mittel der Politik eben nicht abgeschafft, sondern ihn als Sachwalter der Humanität überhaupt erst möglich gemacht zu haben. Die Aktion Sühnezeichen, die ihre Mitarbeiter in Israel aufgrund versicherungsrechtlicher Erwägungen nach Deutschland zurückholte, konnte sich nicht dazu entschließen, eine Resolution, also doch bloß Papier, zu verabschieden, in der gefordert wurde, Israel mit Militärgerät zur Verteidigung gegen Raketenangriffe zu versorgen. Das hätte die Reinheit des Slogans ‘Frieden schaffen ohne Waffen’ gefährdet. Mit dem Argument, es handele sich um keine reinen Verteidigungswaffen, widersprach auch Stroebele der Lieferung von Patriot-Raketen an Israel. Gasmasken zu schicken hingegen sei vertretbar.

Jetzt wissen wir, was deutsche Einheit wirklich heißt. Nämlich Gas und Maske. Vom Objekt der Kritik sind die Friedensbewegungen wie die Grünen seit dem Golfkrieg zum Gegenstand der Verachtung geworden.

(Beifall. Pfiffe)

Gottwald: Ich will etwas sagen zu der Erklärung von Christian Stroebele: Ich finde es völlig unhaltbar, was er in diesem Interview gesagt hat. Das ist keine grüne Position.

Nun zu der Position, die Eike Geisel hier vorgestellt hat: Hier wird die Friedensbewegung sehr scharf kritisiert, und es wird versucht, Kritik am Krieg als antisemitisch erscheinen zu lassen. Du beklagst zwar, daß die Deutschen das Giftgas an Saddam Hussein geliefert haben, aber Du ziehst offensichtlich heute daraus keinerlei Konsequenzen für den Umgang mit den Leuten, die das Giftgas geliefert haben und die jetzt für den Krieg sind. Dieses Giftgas ist, wie überhaupt die Rüstungsexporte in den Nahen Osten und auch speziell in den Irak, zum großen Teil nicht illegal, sondern legal geliefert worden, es hat Genehmigungen gegeben, und es hat zum Teil keine Genehmigungen gebraucht, weil es über deutsch-französische oder deutsch-britische Kooperation abgewickelt wurde. Und wenn jetzt die Leute, die das ermöglicht haben, Leute wie Möllemann und Genscher, nach Israel reisen und sagen, es tut uns alles furchtbar leid, wir wissen auch nicht, wie es dazu kommen konnte, und sich jetzt sozusagen freikaufen wollen von ihrer Schuld und auch von der deutschen Vergangenheit, indem sie erneut Rüstungsexporte tätigen, diesmal nach Israel, dann akzeptierst Du das.

Ich wäre sehr froh, wenn mir jemand, zum Beispiel Eike Geisel, diese Frage beantworten könnte: Wie kannst Du für den Krieg sein, wenn Du für Israel bist? Wie stellst Du Dir zum Beispiel die Zeit nach dem Krieg vor? Wie meinst Du, daß das Existenzrecht Israels nach diesem Krieg gesichert werden kann?

Tolmein: Und noch eine Frage, Eike Geisel: Gibt es auch die Möglichkeit, für den Krieg zu sein *und* gegen Israel?

Geisel: In diesem Land ist alles möglich, vielleicht sogar diese Position. Ich möchte auf zwei, drei Fragen eingehen:

Es wurde gesagt, wir erkennen das Existenzrecht Israels an, wir lassen uns das nicht nehmen, wir bestehen darauf. Dazu muß ich sagen, das ist eine Sache, über die man nicht mehr reden kann, die man nicht mal formulieren kann. Wir können ja auch nicht über die Frage diskutieren: Sind Neger Menschen? Über solche Dinge kann man nicht reden. In dem Moment, wo man darüber redet, schließt das logisch ein, daß man es auch verneinen kann. Abgesehen davon interessiert es die Israelis einen feuchten Kehricht, ob die Grünen für die Existenz oder gegen die Existenz Israels sind. Das ist eine Frage, die nicht mehr von anderen Leuten entschieden wird, sondern die Israelis werden sich ihrer Haut selber zu wehren wissen.

Zur Frage: Warum seid Ihr - wobei ich nicht genau weiß, wen sie außer Broder und mir immer meint - nicht gegen Genscher und nicht gegen Möllemann und nicht gegen die Rüstungsexporteure aufgetreten, im Nachsatz dann: wie wir, die wir diese Debatte ja die ganze Zeit geführt haben. Da sind zwei falsche Annahmen in dieser Behauptung. Erstens: Was meine Gegner tun, ist mir völlig egal. Das weiß ich ohnehin, was Kohl macht, was Möllemann macht. Darüber brauche ich mich nicht mit Kollegen, Genossen und Freunden zu verständigen. Das Problem ist nicht, was meine Feinde tun, wie

Hannah Ahrendt sagt, sondern das, was meine Freunde tun. Deshalb habe ich mich kritisch mit der Friedensbewegung und mit den Alternativen auseinandergesetzt, weil die doch angeblich etwas anderes wollten als das, was Kohl und Genscher wollten. Zweitens: Daß eine Debatte geführt worden ist über den Giftgasexport, also das muß in sehr kleinen Zirkeln stattgefunden haben.

(Tumult. Zwischenruf: »Diese Leute haben Aktionen gemacht. Und ich finde es eine Unverschämtheit, wie Du, der sich jahrelang von diesen Sachen ferngehalten hat, heute wirklich in den Chor einstimmst mit Leuten, die die ganze Zeit verantwortlich sind für die Rüstungsexporte.«)

Geisel: Sie haben Appelle formuliert. Es hat keinerlei Massenmobilisierung in dieser Hinsicht gegeben.

(Zwischenruf: »Du bist der arroganteste Typ, den ich in meinem ganzen Leben kennengelernt habe.«)

Geisel: Und du bist ein typisches Beispiel für Erfahrungsarmut.

(Zwischenrufe)

Geisel: Natürlich gefährdet Saddam Israel. Das ist keine angebliche Bedrohung. Das ist eine reale Bedrohung. Und ich kann nur hoffen, daß das Regime von Saddam Hussein möglichst bald beseitigt wird und daß es anschließend eine Friedenskonferenz gibt. Es hätte genügend legitime Gründe gegeben, Saddam Hussein schon lange vorher zu beseitigen . . .

Gaede: Es ist eine enorme Verkürzung, wenn die Friedensbewegung jetzt als nationalistisch, antisemitisch usw. wahrgenommen und so getan wird, als sei die Kritik am Krieg eine speziell deutsch-nationalistische Erfindung. Daß jetzt so viele Leute ratlos sind, hängt auch damit zusammen, daß der Nah-Ost-Konflikt insgesamt komplizierter ist als die auch schon komplizierte Materie Ost-West. Aber Nah-Ost mit den enorm schwierigen Konfliktfeldern, die sich überkreuzen mit politischen, ökonomischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen, da tun sich viele schwer, platte Parolen zu rufen. Und die Nachdenklichkeit würde ich den Leuten nicht dadurch jetzt um die Ohren schlagen, daß man sagt, ihr seid naiv, oder daß man ihnen nationalistische Motive unterstellt. Wie war denn das vor einem Jahr? Da gab es die berechtigte Sorge, daß dieses neue große Deutschland militaristische, nationale, überhebliche Töne anschlägt. Nun passiert das Gegenteil, die Leute gehen auf die Straße, nicht damit die Deutschen auch in den Krieg marschieren, sondern im Gegenteil, sie sollen nicht mitmarschieren. Und wieder sind die Leute unzufrieden. Und ich frage mich, wie das kommt, daß es Dir und Biermann und anderen nicht auffällt, in welche Allianz Ihr Euch stellt.

Tolmein: Bist Du der Meinung, daß die Friedensdemonstranten auf der Straße das widerlegt haben, was letztes Jahr von einer Restauration Deutschlands als einer militaristischen und in der Tradition des Nationalsozialismus stehenden Macht zu befürchten war? Also ich meine, das sehr geringe Interesse der Friedensbewegung an Israel wirft da doch zumindest ein paar Fragen auf.

Gaede: Ich bin sicher, daß es zum Thema Antisemitismus usw. weiterhin sehr viel zu tun gibt. Yaron hat darauf hingewiesen, was hier in diesem Land auch weiterhin passiert mit Friedhöfen usw. Das wollte ich überhaupt nicht vom Tisch wischen. Ich wollte nur sagen: Wer jetzt so pauschal diese Bewegung kritisiert, tut ja so, als ob das diejenigen seien, die auch nachmittags oder abends oder nachts auf den Friedhof marschieren und dort die Grabsteine umschmeißen.

Tolmein: Gibt es Leute, die auf der Straße für den Frieden demonstrieren und auf Friedhöfen Gräber schänden, Yaron Matras?

Matras: Es gibt manchmal merkwürdige Allianzen. Aber davon abgesehen, man kann natürlich die Bevölkerung Deutschlands einteilen in Leute, die für Rüstungsexporte sind und in Leute, die gegen Rüstungsexporte sind. Das ist eine relevante Einteilung unter vielen, die in verschiedenen Situationen auch relevant sein können. Und es ist richtig, daß hier natürlich Leute protestiert haben seit Jahren und insofern in diesem Bereich ihre Glaubwürdigkeit mehr oder weniger, manchmal aber auch weniger, gezeigt haben. Es gibt, wie gesagt, auch andere Einteilungen, und ich habe vorhin versucht, aus einer anderen Perspektive zu erklären, warum Leute, die nicht dieser Gesellschaft angehören, die hier leben als Ausländer oder Minderheiten oder sonst was, gerade im Zusammenhang mit diesem Konflikt den Eindruck bekommen konnten, es gebe bestimmte Einstellungen, die hier allen gemeinsam sind.

Ich will nur daran erinnern, daß vor zirka zwei Wochen eine große Demonstration stattgefunden hat in Bonn. Und da waren auch alle dabei, da war die Junge Union und der RCDS und die SPD und die Deutsch-Israelische Gesellschaft und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft und DGB und PDS und KGB und wie die alle heißen, alle waren sie da und haben für den Frieden und gegen den Krieg demonstriert. Menschen aber, die hier leben und nicht dieser deutschen Mehrheit angehören, sind immer wieder damit konfrontiert, daß diese Gesellschaft uns nicht will. Diese Gesellschaft ist gleichgültig gegenüber unserem Schicksal. Es gibt Ausnahmen. Es gibt Leute, die es anders sehen, die anders denken und auch anders handeln. Aber von Links bis Rechts mit unterschiedlichen Methoden und qualitativen Unterschieden, die natürlich sehr groß sein können, will man uns nicht, ist man gleichgültig gegenüber unserem Schicksal. Das ist eine Einstellung, die sich

tief bis in die Friedensbewegung hineinzieht und sich zeigt in Situationen, wo die Feindbilder und die Fronten nicht so eindeutig sind wie sonst.

Wir haben die Gleichgültigkeit erlebt gegenüber der Bedrohung Israels. Wir haben sie aber auch erlebt, als Kurden Opfer der Terrorpolitik von Saddam Hussein waren. Und wir haben das auch erlebt, als acht Jahre lang Krieg geführt wurde zwischen Iran und Irak. Dieser Krieg hat einer Million Menschen das Leben gekostet und war hier nur Thema am Rande.

Weil hier die Frage der Allianzen angesprochen wurde und es vorher eine etwas hysterische Bemerkung dazu gab, wer mit wem in einem Chor singt: Ich glaube, da muß man sehr, sehr, sehr vorsichtig sein. Nur ein Beispiel, wie vorsichtig man sein sollte: Vor einigen Wochen haben die Neonazis in der Frankfurter Stadtversammlung eine Städte-Partnerschaft vorgeschlagen mit Bagdad, aus Protest gegen den Krieg des Imperialismus gegen einen Staat der Dritten Welt. Einige Tage davor war ein ähnlicher Vorschlag von den Grünen in Tübingen gekommen. Man findet sich oft in ganz, ganz merkwürdigen Fronten. Und das ist, glaube ich, nicht eine Sache, die man hier so einander vorwerfen kann, weil die Motive der Grünen und der NPD natürlich unterschiedliche sind.

Es wurde gesagt: Dadurch, daß man von einer Bedrohung Israels spreche, verschweige man, daß es zehntausende, möglicherweise viel mehr Opfer gibt unter der irakischen Zivilbevölkerung. Selbstverständlich verschweigt man das nicht. Ich sehe nicht, daß es einen solchen Zusammenhang gibt. Wenn ich mir Sorgen mache um das Schicksal meiner Angehörigen, die in Israel leben und die jetzt Ziel sind von Raketenangriffen, die ihr Leben bedrohen, heißt das doch nicht, noch lange nicht, daß ich nicht für eine radikale Umgestaltung der israelischen Gesellschaft bin in einer Weise, daß Palästinenser gleiche Rechte bekommen, ihre historischen Rechte, ihre gegenwärtigen Rechte; daß die Art und Weise, wie der israelische Staat im Moment gestaltet wird mit seiner Besatzung und mit einer systematischen Diskriminierung, daß all die Sachen beseitigt werden. Aber wenn ich sage, ja, ich habe Angst um meine Angehörigen, dann bin ich gleich ein imperialistischer Kriegstreiber. Das ist die Einstellung.

Jochen Hippler: Wir reden doch über zwei verschiedene Dinge. Das erste ist der latente oder auch nicht latente Antisemitismus oder die Gleichgültigkeit von Leuten in der Bundesrepublik. Und das zweite ist die Frage, wie das Thema instrumentalisiert wird. Gleichgültigkeit und Antisemitismus sind ernste Probleme in diesem Land. Gleichzeitig aber erleben wir, wie dieses Thema mißbraucht wird für parteipolitische oder politische Zwecke, indem Leute in Ecken gestellt werden, in die sie nicht gehören. Oder indem Leute es schaffen, aus bestimmten Ecken sich herauszumogeln, in die sie eigentlich doch gehören.

Ich will mal nur ein Beispiel nennen für den Opportunismus, der mit der Debatte verbunden ist. Eine prominente Person, die ich nicht persönlich meine, sondern als Beispiel für die Art, mit dem Problem umzugehen, als Charaktermaske, nämlich der damalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages Otto Schily hat sich im Sommer 1987 für Waffenexporte in den Irak ausgesprochen, mit der strategischen Begründung, daß der fundamentalistische Islam schrecklich gefährlich wäre und die fanatisierten Menschenmassen des Iran die Region und dann irgendwie auch Israel bedrohen würden. Und um das zu verhindern, müßte man eben, und zwar aus historischen Gründen nicht die Deutschen - wir halten unsere Finger sauber , sondern die Franzosen, die Amerikaner, die Russen, den Irakis gefälligst sofort Waffen liefern. Ungefähr ein Jahr später hat er dann festgestellt, daß es Giftgasangriffe gegen Kurden gegeben hat, was er vorher hätte wissen können, wenn er sich die Mühe gemacht hätte, Zeitung zu lesen, und hat dann mit erhobenem Zeigefinger der Friedensbewegung vorgeworfen, nicht rechtzeitig gegen den repressiven Apparat des Irak aufgetreten zu sein und die Augen davor verschlossen zu haben.

Der gleiche Mann, der wirklich neun Monate vorher für Waffenlieferungen an den Irak eingetreten ist, unterstützt heute den Krieg gegen den Irak: Das ist dieser Opportunismus, der einmal zum Schutz Israels für Rüstungsexporte eintritt, ein halbes Jahr später dagegen und plötzlich für den Krieg, in dem vielleicht ein paar hunderttausend Menschen sterben werden. Diese Flexibilität macht mir Bauchschmerzen.

Daß die Friedensbewegung erst Tage nach diesen Scud-Angriffen auf die Bedrohung Israels reagiert habe: das ist einfach empirisch falsch. Ich hab mir die Mühe gemacht, seit dem 2. August alle möglichen Zeitungsmeldungen, Presseerklärungen nachzulesen. Die Grünen haben bereits am 2. August verlangt, Saddam Hussein den Ölhahn abzudrehen, weil er die ganze Region bedrohe. Und die ganze Region umfaßt eben nicht nur Saudi-Arabien oder Kuwait. Ich selber habe seit Mitte der 80er Jahre und früher sehr eng mit Leuten zusammengearbeitet, die immer argumentiert haben, wenn Waffen, Giftgas, Raketentechnologie, alles Mögliche an den Irak geliefert wird, dann bedroht das halt auch Israel. Nicht nur Israel, sondern auch den Iran, da war schließlich der Krieg im Gange. Aber jetzt aus irgendwelchen dahergeholten strategischen Gründen den Irak aufzurüsten mit C-Waffen, mit A-Waffen-Komponenten, mit konventionellen Sachen, mit Raketentechnologie, das trägt nicht nur dazu bei, daß Hunderttausende von Menschen im Iran brutal abgeschlachtet werden, sondern das trägt gleichzeitig dazu bei, daß mittelfristig auch andere Staaten und zwar vor allen Dingen Israel bedroht werden.

Was ist denn wichtig, um Israels Existenz auf Dauer und in gesicherten Grenzen zu sichern? Es ist wichtig, daß die Region eine Form von Stabilität gewinnt, wo nicht alle paar Monate solche Konflikte explodieren können. Israel braucht eine sichere regionale Umwelt. Und dieser Krieg führt zum Gegenteil.

Matras: Ich finde es immer schön, wie präzise deutsche Experten das Interesse Israels benennen können... Aber zu was anderem: Mit dem Vorwurf des Antisemitismus wird tatsächlich sehr geschickt operiert. Als wir vor einigen Jahren gekommen sind und gesagt haben, wir protestieren gegen ein Theaterstück, in dem Juden als Spekulanten dargestellt werden, da wurde uns gesagt: Das ist ein Trick der Spekulanten, mit dem Hinweis auf Antisemitismus von ihren Machenschaften abzulenken. Wenn wir kommen und sagen, es gibt Kritik an Israel, in der antisemitische Elemente enthalten sind, wird gesagt: Das ist ein Trick der Israelis, die so von ihrer Politik ablenken wollen. Heute sagen wir, es gibt Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Menschen in Israel. Da wird hier gesagt: Das ist ein Trick der Imperialisten, die von ihrem Krieg ablenken wollen. Da fragt man sich, wie eine Diskussion wirklich geführt werden soll um Ängste eines Volkes, um Ängste des israelischen Volkes oder von Juden, die hier leben. Es wird tatsächlich unmöglich gemacht und zwar sehr geschickt, und da soll man sich nicht wundern, wenn es da von vornherein auch Mißtrauen gibt. Das bedingt einander.

Hippler: Du hast eben kritisiert, daß ich was ich zu den Interessen Israels gesagt habe, und ich will gern wissen, ob Du das falsch oder richtig fandest, und nicht, ob ich dazu nichts hätte sagen dürfen.

Matras: Ich habe nur gesagt, ich finde es immer schön, wie deutsche Experten das Interesse Israels so schön präzisieren können.

(Wortmeldungen aus dem Publikum:)

Mann I: Ich möchte mit Yaron sprechen. Yaron, ich bin kein Deutscher, ich bin kein Experte. Meine Eltern waren Juden. Du sagst ungefähr, daß die Friedensbewegung antisemitisch ist. Und das sagen alle Deine Kollegen auch im Fernsehen. Und diese ganze Arroganz, die von Euch kommt, macht die Sache noch schlimmer. Du gewinnst keine Punkte mit Deinen Freunden im Fernsehen, und Du weißt, wen ich meine. Du sagst, Du verlangst die bedingungslose Unterstützung vom deutschen Volk für Israel. Das ist eine Katastrophe. Du verlangst, daß diese Friedensbewegung Eure Scheißpolitik gegenüber den Palästinensern unterstützt...

Matras: Habe ich das verlangt?

Mann I: Du hast nicht ein Wort über die Palästinenser gesprochen. Die Friedensbewegung ist nicht sofort auf die Straße gegangen für Israel und auch nicht für die Amerikaner, weil die Friedensbewegung gut informiert ist und genau weiß, was mit den Palästinensern passiert. Und sie weiß auch genau, was die Amerikaner gemacht haben in vielen Teilen der Welt. Und Du verlangst, daß sie bedingungslos diese Politik unterstützen. Das kann man nicht verlangen. Und wenn Du verstehen willst, warum viele Leute nicht Euer Regime unterstützen, mußt Du Dich fragen, warum, und nicht sofort sagen, es sind alles Antisemiten. Du mußt ein bischen mehr demokratisch und dialektisch sein und fragen,warum diese Leute in vielen Sachen gegen unsere Politik sind?

Frau I: Der sicherlich zynische und auch überzogene und ironische Beitrag von Eike Geisel hat irgend jemanden hier im Saal veranlaßt zu sagen, das sei Kaffeehaus-Zionismus und Geisel sei ein Kaffeehaus-Zionist. Das möchte ich gerne erklärt haben. Für mich ist das nämlich ein antisemitischer Ausdruck.

Der Zwischenrufer: Darf ich? Kaffeehaus-Zionist heißt: Nur des schönen Satzes wegen wirft er alle in einen Topf.

Anderer Zwischenrufer: Also: Zionismus ist, wer die Wahrheit an einen schönen Satz verrät! Das macht`s klar.

Frau II: Das Problem mit Eike Geisel ist natürlich, daß seine Art und sein Auftreten und seine Konsequenzen zum Teil unerträglich sind. Aber bestimmte Dinge, die er gesagt hat, die finde ich nicht verkehrt. Das ist nämlich genau der Punkt, wenn ein Teil der Friedensbewegung die Bomben auf Dresden mit den Bomben auf den Irak gleichsetzt. Wenn man nicht bedenkt, was das für ein Krieg gewesen ist, wer den angefangen hat, und was dieser Krieg angerichtet hat, und was seine Konsequenz war, der Zweite Weltkrieg und die Shoah als brutalster Ausdruck dieser ganzen Geschichte, dann ist das tatsächlich eine Verharmlosung dessen, was damals stattgefunden hat.

Eine zweite Sache ist das, was Daniel versucht hat, er hat es ein bißchen harmlos gemacht. Ich würde das gegen Dich ein bißchen zuspitzen, Eike, und gegen alle, die jetzt für den Krieg sind. Ihr habt’s ja leicht als Schreiberlinge für die imperialistischen Gedanken, Ihr seid mit ziemlich hundertprozentiger Sicherheit auf der Seite der Sieger. Ihr findet aber auch gut, daß das die Sieger sind. Und das ist zum Beispiel eine Sache, über die würde ich gerne mal ganz grundlegend hier diskutieren, wieso neuerdings ein imperialistischer Krieg und ein Sieg der Imperialisten gut gefunden werden.

Mann II: Ich bin Lateinamerikaner, und ich habe mich seit meiner Kindheit mit dem Leid des jüdischen Volkes befaßt. Ich kenne Auschwitz, Birkenau, Buchenwald, Treblinka. Und ich achte das jüdische Volk sehr. Ich kenne sehr viele Wissenschaftler, sehr viele Künstler, die Juden sind. Aber ich kenne auch die niedergebrannten Dörfer in Guatemala. Ich kenne auch die verstümmelten Leichen der Zivilbevölkerung in San Salvador. Und ich weiß, es sind nicht nur die israelischen Gewehre, die Panzer, die Uzis, die jetzt zum Standard der lateinamerikanischen Diktatoren gehören, sondern es sind auch Agenten des Mossad, die Todesschwadronen der Drogenhändler in Kolumbien ausgebildet haben, um linksgerichtete Partisanen auszurotten.

Ich wohne in einem kleinen Dorf im Andengebiet, und in meinem kleinen Dorf sind in den 30er Jahren jüdische Einwanderer gekommen, und wir haben sie aufgenommen. Sie gehören jetzt zu den Reichsten in unserem Dorf. Aber es sind auch in den letzten Jahren große palästinensische Familien gekommen. Man kann sie nicht Familien nennen, es waren nur Frauen. Wo sind die Männer geblieben? Und ich habe mir mal die Frage gestellt, was ist eigentlich in Israel los?Haben sie nicht von der Geschichte gelernt? Warum tun sie dasselbe mit den Palästinensern, was die Deutschen mit den Juden gemacht haben? Ich habe mich auch mit der Frage des Zionismus befaßt. Ich glaube, die Zionisten sind genau so schlimm wie die Amerikaner. Und deswegen bin ich gegen den israelischen Staat, nicht gegen die Juden...

Frau III: Ich habe ein bißchen Probleme mit der staatlich verordneten Solidarität mit Israel. Und ich will das an einem Beispiel festmachen. Am letzten Mittwoch war eine Meldung im »Abendblatt«, ganz klein gedruckt: Senator Curilla gibt bekannt, daß von 3.500 Ermittlungsverfahren gegen Naziverbrecher leider nur jedes zehnte in Hamburg zur Anklageerhebung geführt hat. Und wieweit es zur Verurteilung geführt hat, sagt er nicht. Und auf der nächsten Seite war dann zu lesen: Solidarität mit Israel, jeder möge ins Rathaus kommen und dort unterschreiben. Ich frage mich, wo ist denn da der staatliche Aufruf gegen diese Nichtverfolgung der Naziverbrecher?

Frau IV: Ich wollte auf einen Punkt eingehen, den ich wichtig und richtig fand bei dem, was Eike Geisel gesagt hat, und das ist auch nochmal dieser Blick auf den Zweiten Weltkrieg. Mich hat es bestürzt, daß die Friedensdemonstrationen, die mit dem 17. Januar begannen, diesen Zweiten Weltkrieg gar nicht mit reflektiert haben. Daß der bei uns immer noch verdrängt ist, wie eben in weiten Kreisen über Jahre die Diskussion um den Holocaust nicht geführt wurde. Und wir, ich rechne mich da dazu, die wir gegen den Krieg sind, haben überhaupt nicht darüber nachgedacht, daß es auf Hitler keine andere Antwort gab. Ich will damit nicht sagen, daß ich Herrn Enzensbergers Meinung teile und daß damit alle Fragen beantwortet sind. Aber diese Reflektionslosigkeit, daß bei all' unseren Wünschen nach Frieden Hitler eben tatsächlich nur durch die USA besiegt werden konnte, die auch damals schon imperialistisch waren und die natürlich auch damals ihre Pläne hatten, als sie diesen Krieg führten. Aber wo wäre man hingekommen, wenn er nicht militärisch fertig gemacht worden wäre? Das ist für mich ein wichtiger Aspekt im Nachdenken der Friedensbewegung über eigene Bewußtseinslücken.

Mann III: Ich bin ein betroffener Palästinenser und möchte nur sagen, daß das Existenzrecht Israels nicht davon abhängt, wie die Linken hier sich verhalten, sondern davon, wie der Staat Israel sich verhält.

(Beifall)

Das ist der richtige Adressat. Der Staat Israel, der an der 7. Stelle in der Welt mit Waffenexporten steht, der das Recht negiert mit der Zerschlagung der Intifada mit faschistoiden Mitteln - dieser Staat und seine Vertreter haben kein moralisches Recht, junge Deutsche erpresserisch aufzufordern, sie sollten nicht antisemitisch sein und endlich das Selbstbestimmungsrecht und das Existenzrecht Israels anerkennen. Erst wenn die israelische Regierung sich existenzgerecht und existenzfähig den Palästinensern gegenüber benimmt, dann hat sie es sich verdient, diese Forderung an die deutsche Linke und an die Friedensbewegung zu stellen.

(Beifall)

Uli Hentschel (Solidarische Kirche): Mir liegt daran, daß wir die Diskussion noch einmal zurückbringen auf die Beziehung der bundesdeutschen Friedensbewegung zu dem Krieg, der jetzt stattfindet. Ich gehöre zu dieser Bewegung, und ich übernehme Mitverantwortung für den politischen Mißerfolg und auch die politischen Fehler dieser Bewegung. Mir liegt daran, daß wir die Kritik sowohl von Yaron Matras als auch von Eike Geisel, wie gut oder schlecht immer sie formuliert sein mag, aufnehmen. Es gibt, denke ich, bei uns, in uns, aus unserer Geschichte her und auch in der Friedensbewegung in der Tat Antisemitismus in verschiedenster Weise und in verschiedensten Formen. Wir müssen zur Zeit immer noch, das darf nicht verschwiegen werden, in Friedensbündnissen für und um das Existenzrecht Israels diskutieren. Das ist Fakt und Wirklichkeit.

Meine Frage ist allerdings: Ist der auch in der Friedensbewegung und in der Antikriegsbewegung vorhandene Antisemitismus, der latente und manchmal vielleicht auch offene Antisemitismus Grund und Argument genug, sich für die Kriegsführung und für diesen Krieg jetzt auszusprechen? Ich denke, das ist nicht Grund genug. Aber ich habe eine Entscheidung getroffen in diesem Land, in dem wir für die Politik verantwortlich sind - ich bin nicht verantwortlich für die Politik Israels und nicht verantwortlich für die Politik Husseins, sondern für die Politik, die in diesem Land und von der Regierung dieses Landes betrieben wird. Wie haben wir uns da zu verhalten? Wie können wir uns da verhalten? Und ich habe mich entschieden zu sagen, lieber streite ich in der Antikriegsbewegung über die Probleme, über die Versäumnisse, über die Fehler und auch um den Antisemitismus, den wir mit uns noch herumtragen, als daß ich mich aus dieser Bewegung zurückziehe und mich damit zum stillschweigenden Komplizen einer Regierungspolitik mache, die in der Tat alles andere will als das Existenzrecht Israels zu sichern.

Die Politik der Bundesregierung zielt meines Erachtens darauf ab, auf Dauer die Existenz Israels in Frage zu stellen, ständig und weiterhin zu gefährden. Das geschieht, indem nacheinander jedes Land, das feindlich zu Israel eingestellt ist,

aufgerüstet wird. Wenn's hoch genug gerüstet ist, wird ein anderes Land unterstützt, um die Kriegsführung zu betreiben. Ergebnis ist immer und wird bleiben, wenn diese Politik keinen Widerstand durch uns erfährt, daß nicht nur die Völker in den verschiedenen arabischen Ländern, sondern in der Tat auch die israelische Bevölkerung gefährdet ist. Und meine Frage an Yaron und an Eike Geisel ist: Wie wollt Ihr Euch in diesem Dilemma verhalten? Erscheint es Euch nicht sinnvoller und lohnender, in dieser Antikriegsbewegung gegen diese bundesdeutsche Politik Euch zu engagieren und Eure Kritik und Eure Aufmerksamkeit, Eure Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber unseren antisemitischen Traditionen mit einzubringen, damit unsere Antikriegsbewegung internationalistisch wird?

Jürgen Reents: Ich wollte etwas sagen zu den Positionen von Eike Geisel und Yaron. Wir alle wissen, daß der Charakter des Regimes von Saddam Hussein nicht erst seit Anfang August letzten Jahres klargelegt worden ist. Es gab den iranisch-irakischen Krieg mit ungefähr einer Million Toten, der vom Irak angefangen wurde, es gab die Massaker in Halabscha und andere Dinge. Und in dieser Zeit ist es tatsächlich so gewesen, insofern gebe ich Eike Geisel in der einen Aussage recht, daß es sehr wenig Aktivitäten in der Friedensbewegung der Bundesrepublik gegeben hat und man generell sagen kann, daß die ganze Friedensbewegung in der Bundesrepublik in den 80er Jahren eigentlich keine Antikriegsbewegung gewesen ist, sondern mehr eine Betroffenheitsbewegung darüber, daß man möglicherweise selbst Opfer werden könnte in einem möglichen atomaren Krieg in Mitteleuropa. Das ist richtig. Nur die Frage ist, was folgt daraus?

Erstens: Genscher und andere, die die Politk in diesem Land bestimmen, haben den Tarik Aziz empfangen und von der Selbstachtung des Irak gesprochen zu einem Zeitpunkt, als es bereits 130 Giftgasangriffe seitens des Irak auf den Iran gegeben hatte. Was ich damit sagen will? Die Leute, die es jahrelang nicht geschert hat, was es denn für Opfer der irakischen Politik gegeben hat im eigenen Land unter der kurdischen Bevölkerung und in anderen Ländern, haben kein einziges moralisches Argument für den Krieg. Und genauso kann ich kritisieren, daß die Friedensbewegung nicht früher dort in die Puschen gekommen ist - ich weiß das deshalb, weil ich damals selbst in einem Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg mich darum gekümmert habe, daß dieses Thema in die Friedensbewegung reingeht. Wenn Eike, der damals auch nichts in dieser Richtung gemacht hat, sich heute hinstellt und sagt, die anderen hätten auch alle nichts gemacht, dann ist das schlicht demagogisch.

Geisel: Das vernichtende Urteil über die Friedensbewegung hat einer der Redner vorhin vorweggenommen. Er sagte, er müsse seit Jahren gegen Antisemitismus in der Friedensbewegung und seit Jahren für das Existenzrecht Israels in der Friedensbewegung werben.

Gottwald: Dieser Krieg wurde weder wegen Israel noch wegen Palästina geführt. Dieses Argument, daß dieser Krieg um Israel geführt wird, wurde deswegen angebracht, weil das offensichtlich das beste Argument ist, um viele Leute zum schweigen zu bringen. Und die Methoden, die angewendet werden, die sind heute wieder gekommen, von Eike, zum Teil auch von Yaron, ich finde es zum Teil unverschämt. Ich weiß, daß es einen linken Antisemitismus gibt. Aber es wird hier versucht, die Friedensbewegung, die gegen diesen Krieg ist, in diese antisemitische Ecke zu schieben. Und das geht so nicht. Das ist was ganz anderes. Es kann sein, daß sich Leute mit antisemitischen Interessen in die Debatte mischen, aber man kann nicht sagen, daß die Bewegung in diesem Land, die gegen den Golfkrieg ist, antisemitisch ist. Das ist falsch.

Wir sind gegen Massenmorde. Wir sind gegen die Vernichtung der Kurden im Irak. Wir sind für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels. Es ist eine unglaubliche Demagogie, wenn man versucht, diese Bewegung zu diskreditieren. Angefangen mit dieser Geschichte hat der Bitburg-Kanzler Helmut Kohl, das muß man auch im Kopf haben. Der hat nämlich versucht, diesen Dreh erst zu fahren, wir seien gegen Amerika und deswegen schlecht. Das hat nicht geklappt. Das ist hier in Hamburg aufgenommen worden von Alexander Jahr, der 1984 vom »Spiegel« als Naziverleger bezeichnet worden ist, wogegen er geklagt hat, und die Klage hat er verloren. Man kann ihn also als Naziverleger bezeichnen. Der hat hier die Kampagne gemacht: Amerika, wir danken dir.

Und dann hat das nicht geklappt, und dann kam das Israel-Argument. Ihr macht es Euch zu einfach. Erstens sagt Ihr nicht, wie man Israel sichern kann über diesen Krieg. Ihr könnt es auch nicht beantworten, weil man es so nicht sichern kann. Das ist völlig unlogisch und irrational. Und Ihr müßt diese Antwort liefern, wenn Ihr so massiv mit diesem Argument gegen uns vorgeht. Ihr müßt das sagen, wie man es sichern kann. Und Ihr sagt nichts dazu. Ich teile die Position der PLO überhaupt nicht. Ich finde es sehr dramatisch, daß sie sich auf die Seite Saddam Husseins geschlagen hat. Auch den Palästinensern muß klar werden, daß dieser Krieg nicht wegen Palästina geführt wird, und daß er negative Konsequenzen für die Palästinenser haben wird.

Eins kann ich mir nicht verkneifen: Unser Bundesaußenminister, der bei allen wichtigen Sachen immer von Anfang an dabei ist, verhandelt jetzt mit dem Massenmörder Assad in Syrien. Und ich sage, das wird der nächste sein, der als der dritte Hitler dann in der Geschichte bezeichnet werden wird. Ich kenne niemanden in der Region, der die Israelis mehr haßt als Assad. Und der wird jetzt von den sogenannten Freunden Israels gepäppelt.

Tolmein: Eine kleine Korrektur: Den Prozeß hat Alexander Jahr nicht gegen den »Spiegel«, sondern gegen KONKRET verloren.

Matras: Ich wollte heute erstens darauf hinweisen, daß ich die momentane Situation in Israel/Palästina für unerträglich halte. Es gibt keine gemeinsame Zukunft für beide Völker dort unter den jetzigen Bedingungen. Das ist klar. Und die gegenwärtigen Strukturen dort, Machtstrukturen, Zustände müssen radikal geändert werden. Das ist meine Meinung. Und ich wollte zweitens sagen, daß ich im Moment Angst habe um meine Angehörigen, die in Israel leben, die jetzt unmittelbar von Raketen bedroht sind. Ich habe Angst, wenn ich höre, daß meine Großmutter mit einer Gasmaske nachts in der Ecke sitzen muß. Und ich bedaure, daß es hier in Deutschland zu wenig Sensibilität und zu wenig Diskussion darüber gegeben hat und auch zu wenig Antworten gesucht wurden, welchen Ausweg es gibt aus dieser existentiellen Bedrohung von Menschen.

Nach einigen Beiträgen aus dem Publikum und nachdem ich hier zwischen den Reihen als beschnittener Faschist beschimpft worden bin, habe ich den Eindruck, ich hätte, um mir eine moralische Position einzukaufen, sagen müssen, daß ich es begrüße, daß meine Großmutter jeden Abend die Gasmaske anziehen soll. Diesem Wunsch einiger hier im Publikum konnte und wollte ich heute abend nicht entsprechen, und insofern bin ich vielleicht mit einigen Leuten auf einen gemeinsamen Nenner gekommen und mit anderen vielleicht nicht.

Hippler: Die Bundesrepublik kann nicht so tun, als wär sie ein Land wie jedes andere. Man kann nicht eine solche Geschichte im 20. Jahrhundert hinter sich bringen und dann so tun, als wäre nichts gewesen. Sondern man sollte den Schluß daraus ziehen, eine Politik der außenpolitischen und natürlich auch inneren Selbstbeschränkung zu betreiben. Das ist ansatzweise seit dem Zweiten Weltkrieg geschehen. Und das wird jetzt zur Zeit gekippt: Die Diskussion über den Antisemitismus wird benutzt, die Bundesrepublik doch zu einem normalen militärisch interventionsfähigen Staat zu machen.

Konkret 04/91, S. 22

Ingrid Strobl

Neue»Untermenschen«

»Die Juden« sind der deutschen Intelligenz gerade gut genug als Vorwand für den Krieg zur Sicherung der eigenen Privilegien

Frau X in Bagdad hat keine Sorgen mehr. Sie ist eine von tausenden Toten in den Trümmern irakischer Städte. Herr Bush und seine Bündniskumpane haben zwar Sorgen, doch sie sind gerade dabei, sie zu bewältigen. Große Sorgen aber haben linke deutsche Intellektuelle. Die wußten nämlich noch vor ein paar Jahren, daß es einen sogenannten Nord-Süd-Konflikt gibt. Manche nannten das Ding sogar Imperialismus. Verhungerte Neger, Inder und andere »Verdammte dieser Erde« raubten ihnen gelegentlich zwar nicht den Schlaf, aber die Möglichkeit, in Ländern der »Dritten Welt« erholsame Ferien zu verbringen. Sie haben nicht nur stumm gelitten und sich ein Häuschen in der Toskana gekauft, sie haben auch laut und vehement dagegen protestiert, daß die Güter dieser Welt so ungerecht verteilt sind, und der Norden die Menschen des Südens als Untermenschen behandelt.

Jetzt müssen sie dieses Wissen ebenso vehement verdrängen und ebenso laut Gründe dafür vorbringen, warum es gerecht und unvermeidlich ist, die Untermenschen - im Moment sind es gerade arabische Untermenschen - in Grund und Boden zu bomben. Da sie sich ihre vorherigen Gründe gegen eine Weltwirtschaftsordnung, in der ein Viertel der Menschheit drei Viertel sämtlicher Ressourcen verbraucht, nicht aus den Fingern gesogen haben, sondern mit harten Fakten belegen konnten, haben sie jetzt zurecht große Sorgen. Denn wie soll man als Intellektueller, der ja (nicht zuletzt materiell) von seiner Intelligenz lebt, alles, was man bisher als richtig erkannt hat, nun als falsch ausweisen, ohne daß eben diese Intelligenz von anderen oder gar von einem selbst angezweifelt wird?

Der deus ex machina, der die deutsche Intelligenzia vor der auch nur verbalen Infragestellung ihrer Privilegien als nördliche, metropolitane Herrenmenschen bewahrt, heißt - ausgerechnet - Israel. Israel und, noch zynischer, die Shoa dienen als Ausrede für den neuen Kriegs- und Unterwerfungszyklus, den der Norden gerade gegen den Süden einleitet, und fast alle fallen offenbar darauf herein. Alle, bis auf die Menschen des Südens (und langfristig wohl auch Israels), ziehen aus diesem Krieg, der eine neue Weltordnung begründen soll, ihre Vorteile.

Im Namen Israels und im Namen der Opfer des deutschen Völkermordes an den Juden bemüht sich der wiedervereinigte Kriegsgewinnler Deutschland gerade um seine vollständige Souveränität: Wir sind zwar wieder wer, und das nicht erst seit der Wiedervereinigung, aber um der Welt auch wirklich zeigen zu können, wer wir (immer noch) sind, brauchen wir die uneingeschränkte militärische Gleichberechtigung. Wir brauchen die Entscheidungsgewalt über die ABC-Waffen (über die wir quasi bereits verfügen, denn wir können sie längst produzieren) und darüber, wo wir sie wann und wie gegen wen einsetzen wollen. Ausgerechnet unsere Verpflichtung gegenüber Israel soll nun wachsen lassen, was schon lange keimt. Die Shoa soll als Ausrede dafür dienen, daß Deutschland wieder kriegsfähig wird. Deutschland, das zwei Weltkriege angefangen und Abermillionen Tote zurückgelassen hat. Deutschland, das die »Judenfrage« nur mittels des Krieges »endlösen« konnte. Ohne die Überfälle auf und die anschließenden Besetzungen von Frankreich, Belgien, Holland, Polen etc. hätte das Deutsche Reich die deutschen Juden ermorden können - was entsetzlich genug gewesen wäre, aber »dank« des Eroberungsfeldzuges im Westen und Osten konnten die Deutschen eben auch die französischen, holländischen, belgischen, polnischen etc. Juden vernichten. Der Zynismus, die Forderung nach Wiederherstellung der unumschränkten Kriegsfähigkeit mit den Opfern zu begründen, die man im letzten Krieg produziert hat, kann vermutlich nur deutschen Gehirnen entspringen.

Falsch. Dieser Zynismus ist kein rein ideologischer, er ist logischer Bestandteil der ökonomischen und hegemonialen Politik des Imperialismus. Der bekanntlich noch nie zimperlich war. Die Alliierten, vorneweg die USA, deren »gerechten« Krieg wir, wenn es nach der deutschen linken Intelligenz geht, alle unterstützen müssen, kämpfen am Golf für alles mögliche, aber sicher nicht für die Interessen der bedrohten Juden oder gar der Überlebenden der Shoa. Die Interessen der bedrohten Juden hätten sie schon früher vertreten können, dann gäbe es heute mehr Überlebende. Kurz nach der Pogromnacht 1938 fand die Konferenz von Evian statt, auf der die Vertreter der »freien und zivilisierten Welt«, also vor allem Europas und der USA, neue - zum Teil drastisch - verringerte Einreisequoten für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland festlegten. Goebbels kommentierte das Ergebnis dieser Konferenz mit dem ebenso höhnischen wie treffenden Satz: »Juden billig abzugeben - keiner will sie haben.« Fünf Jahre später lagen den Alliierten die exakten Pläne der großen Vernichtungslager nebst dahin führenden Schienenwegen vor. Nicht ein Gleis wurde je von ihnen bombardiert, um auch nur einen Transport nach Auschwitz zu stoppen. Geschweige denn griffen sie die Krematorien an, deren genaue Lage ihnen ebenfalls bekannt war. Bekannt, weil jüdische Widerständlerinnen und Widerständler es trotz unvorstellbarer Schwierigkeiten und Gefahren geschafft hatten, diese Pläne aus den KZs, aus Polen, aus dem besetzten Europa nach London zu schmuggeln. Mit dem Effekt, daß ihnen (vorgeblich) nicht geglaubt wurde.

Die Shoa ist eine deutsche Erfindung, der Antisemitismus ist international. Er läßt sich - sofern er nicht von arischen Herrenmenschen praktiziert wird, denen Jude Jude ist - nach Klassenlage und politischen Interessen abstufen. Jüdische

Flüchtlinge, die genügend Besitz hatten, um sich selbst zu erhalten, wurden von der »freien und zivilisierten Welt« der dreißiger Jahre, wenn auch nicht gerade enthusiastisch, aufgenommen. Juden, die nichts hatten, mußten bleiben, wo sie waren. Der Jude, der nichts hat, ist den Antisemiten ebenso ein Abscheu, wie ihnen der Jude, der zuviel hat, verhaßt und der bolschewistische Jude eine Bedrohung ist. Wäre Israel aufgrund anderer Konstellationen ein sozialistischer Staat geworden, dann würden die USA heute nicht nur keinen Krieg zur angeblichen Wahrung des jüdischen Existenzrechtes führen, sondern sie würden eben dieses jüdische Existenzrecht selbst bedrohen. Nicht zuletzt, weil dort die Sorte Menschen lebt, die der weiße angelsächsische Protestant letztlich noch nie für seinesgleichen gehalten hat und nie für seinesgleichen halten wird.

Die herrschenden Kräfte in den USA haben keine Träne vergossen und keinen Bomber aufgetankt, als drei Millionen polnischer Juden in Auschwitz und Treblinka geschlachtet wurden. Der - späte - Kriegseintritt der USA hatte nichts mit der Shoa und alles mit eigenem Machtkalkül zu tun. (Die großen Todesfabriken in Polen wurden, nebenbei gesagt, von der Roten Armee befreit und nicht von der amerikanischen). Die Braintrusts der US-Regierung hatten vorgerechnet, daß ein Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg erforderlich sei, um bei der anschließenden Aufteilung der Nachkriegswelt den größten Brocken zu kassieren, anders gesagt, sich als führende Weltmacht zu etablieren. Wer das nicht weiß, kann es nicht nur bei »kommunistisch verhetzten« Historikern nachlesen, sondern auch in alten Ausgaben des »Herald Tribune« und der »New York Times«.

Heute geht es den USA und ihren imperialistischen Verbündeten, wie sie selber ja bereitwillig zugeben, um die »neue Weltordnung«, die so neu gar nicht ist. Sie basiert auf 500 Jahren Kolonialismus und Jahrzehnten des modernen Imperialismus. Neu daran ist, daß dieser Weltordnung nichts mehr im Wege steht, seit die SU mit ihrem eigenen Zusammenbruch und ihrer Rekapitalisierung beschäftigt ist. Die Bestie hat nun freie Hand. Kriegsführung per low intensity conflict ist zumindest aus taktischen Gründen nicht mehr nötig, man kann nun sofort und direkt eingreifen, wo immer wie auch immer geartete Ansprüche geäußert werden. »Neue Weltordnung« bedeutet nichts anderes, als Ausweitung und Intensivierung der vom Planziel her totalen imperialistischen Weltherrschaft.

Saddam Hussein trat zum richtigen Zeitpunkt als idealer Vorwand auf den Plan. Einer unter den vielen von den USA inthronisierten oder unterstützten - weil benötigten - Diktatoren ist aus der Reihe getanzt. Nun kann man vorführen, wie viele Bomben man in solchen Fällen zur Verfügung hat. Die konkreten Bomben treffen die zivile Bevölkerung des einen Landes, die allgemeine Wirkung der Bomben zielt auf die potentiell aufständische Bevölkerung der Region und darüber hinaus des gesamten Südens, sie zielt auf all die Menschen, die ihre Hoffnungen durchaus nicht auf den Diktator selbst setzen, sondern auf das Aus-der-Reihe-Tanzen.

Der Imperialismus befindet sich auf einem neuen Sieges- und Beutezug, und es sieht so aus, als wären die Kräfte, die ihn stoppen könnten, noch zu schwach und unorganisiert. Daß sich das ändern kann, weiß niemand besser als Herr Bush und Kompagnons. Im Gegensatz zur deutschen Intelligenzia, die sich spätestens nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus darauf eingestellt hat, für alle Zeiten in einer imperialistisch beherrschten Welt zu leben, und die darin, wenn schon, dann auch gut leben will. Was ihr keiner verwehrt. Die einzigen, die das Wohlleben und die Arroganz der Metropolen infrage stellen könnten, sind die, die dafür bluten, sind die drei Viertel der Weltbevölkerung, auf deren Kosten sich das eine Viertel im Norden ernährt.

Das Gespenst, das unter den deutschen Linken umgeht, heißt Konsens. Es gibt eine tiefe Sehnsucht nach Konsens, eine Sehnsucht, die sich aus der Angst um den Verlust der eigenen Privilegien nährt und aus der Bequemlichkeit derer, die selbstverständlich über Privilegien verfügen können. Diese Privilegien sind nicht »nur« materieller Art. Was man hierzulande für Zivilisation hält, entstand aus den Gemetzeln, die man anderswo angerichtet hat. Doch der Europäer weiß spätestens seit den Kreuzzügen, daß er den »Heiden«, den »Wilden«, den Untermenschen überlegen ist. Von diesem Glauben hat sich auch die europäische und speziell die deutsche Linke nie wirklich befreit. Und heute, nach all den Enttäuschungen über die mißlungenen Revolutionen der »Wilden« (mißlungen - weil sie nicht so verlaufen sind, wie man selber es gerne gehabt hätte), besinnt man sich wieder auf die eigenen Ursprünge. Und wenn man noch Skrupel hat, zu sagen »Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein«, kann man sich doch als Europäer fühlen, und das ist ein schönes Gefühl. Doch die Internationale staubt noch im Plattenschrank vor sich hin, und irgend-welche unangenehmen Fakten dämmern noch in unserem Hinterkopf. Dafür, und nur dafür, dient der metropolitanen Intelligenz Deutschlands zur Zeit Israel, dient ihr die angebliche Sorge um die jüdischen Menschen in Israel: um sich von den letzten Skrupeln zu befreien, die einen noch am vollständigen Konsens mit der Macht, mit den Herrschenden, mit den Unterdrückern hindern könnten.

Normalerweise eignet sich die Solidarität mit aus rassistischen Gründen real oder potentiell Verfolgten gar nicht, um sich in die Gemeinschaft der Profiteure zu intergrieren. Doch jetzt sind »die Juden« der nicht länger heimatlos sein wollenden deutschen Intelligenz gerade dafür gut. Die, die als Untermenschen von den eigenen Vätern ermordet wurden, werden als zur Zeit gerade höherwertige gegen die aktuellen Untermenschen, die Araber, ausgespielt. Das Rechenexempel, das die kriegsführenden Alliierten mittels der von ihnen beherrschten Medien präsentieren, wird, zumindest in einem Punkt,

angenommen: Ein toter GI wiegt schwerer als tausend tote Iraker und Irakerinnen. Ein toter Israeli wiegt schwerer als tausend tote Araber.

Diejenigen, die diese Rechnung aufstellen und in die Köpfe hämmern, lügen kalt und zynisch. Bei den GIs, die in diesem Krieg hätten verheizt werden können, handelt es sich vor allem um Schwarze. Die US-Armee besteht in ihrer Mehrheit aus Schwarzen, nicht weil die so patriotisch wären, sondern weil die Armee für die Nachkommen der Sklaven fast die einzige Möglichkeit ist, an bezahlte Arbeit oder gar eine Ausbildung zu kommen. Bezahlt hätten (und haben vielleicht auch) für diesen Krieg selbst auf Seiten der Angreifer in erster Linie Untermenschen. Die Toten in Israel werden nicht deshalb offiziell betrauert, weil sie Juden oder möglicherweise auch noch Überlebende der Shoa sind, sondern weil sie Angehörige eines Staates sind, den man als Vorposten des Imperialismus in der Region benötigt (und nur als das), und weil man mit ihnen die beste Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges betreiben kann. Die deutsche Intelligenzia, die sich von dieser Rechnung überzeugen läßt, wird weniger von ihrem Antifaschismus und ihren Schuldgefühlen als Kinder der Endlöser motiviert als von den enormen Vorteilen, die sie daraus für ihre eigenen Manöver zieht. Ihre vollständige Ignoranz gegenüber den im wahren Sinne des Wortes ungezählten Bombenopfern in Bagdad entlarvt ihre Tränen um die Opfer der Scud-Raketen als Krokodilstränen.

Die reale Situation im sogenannten Nahen Osten ist kompliziert und widersprüchlich. Israel ist sowohl ein Ort der Zuflucht für historisch und aktuell verfolgte Juden, als auch, in den Worten des israelischen Psychoanalytikers Aron Ronald Bodenheimer, ein Außenposten des Nordens mitten im Süden. Die Opfer sind heute auch Täter. Ein Volk, das Verfolgung und Unterdrückung 2000 Jahre lang erlitten hat, das in Europa fast zur Gänze ausgerottet wurde, und das noch immer überall und jederzeit aufs neue von Diskriminierung und Verfolgung betroffen oder bedroht ist, hat logischerweise das Bedürfnis nach Sicherheit, und es hat das Recht darauf. Daß dieser legitime Anspruch scheinbar nur auf Kosten der Palästinenser zu befriedigen sein soll und daß er von den Imperialisten des Nordens und den nationalistischen Kräften des Landes gegen die arabische Bevölkerung - als Untermenschen - mißbraucht wird, ist eine Tragödie, die nur die von ihr betroffenen jüdischen und arabischen Menschen - gegen die Interessen und das Machtkalkül des Imperialismus - beenden können.

Der deutschen Intelligenzia, die in diesem Krieg die US-amerikanischen Bomberpiloten anfeuerte, geht es nicht wirklich um das Existenzrecht Israels oder die Bedrohung der israelischen Bevölkerung. Es geht ihr um die Legitimierung der eigenen Konsensbedürfnisse, ihrer metropolitanen Privilegien und Ansprüche. Sie projiziert die Verbrechen der eigenen Väter auf die heutigen Araber und schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Wenn Saddam Hussein Hitler ist, dann kann man den eigenen Hitler endlich vergessen und zugleich das schlechte Gewissen darüber, daß man von der imperialistischen Aneignung der Ressourcen und der Unterdrückung der arabischen Menschen im sogenannten Nahen Osten schamlos profitiert. Ein Anfang ist gemacht, um in Zukunft die eigene Haltung gegenüber dem Süden (und warum nicht auch gegenüber den eigenen Vätern) neuzubestimmen. Die Wendigkeit dieser Intelligenzia und ihre Konsensbereitschaft gegenüber Herrschaftsinteressen läßt das Grauenhafteste fürchten für den Fall, daß sie sich einbildet, ihre Privilegien würden von Juden gefährdet.

Konkret 04/91, S. 24

Oliver Tolmein

Buch des Monats: Der Blick in den Spiegel

Maxime Rodinson: Die Araber, edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1981, 190 Seiten, 10 DM

Grausam, fatalistisch und fanatisch zugleich - diese Vorstellung von »den Arabern« ließ vor der alliierten Invasion am Golf nicht nur an den Stammtischen, sondern auch in den Redaktionen linker, liberaler und konservativer Zeitungen einen schrecklichen Kriegsverlauf erwarten: Eine Welle von Terroranschlägen in der westlichen Welt wurde ebenso erwartet wie der Sturz nahezu aller Regimes in der Region durch die mit Saddam Hussein sympathisierenden »arabischen Massen«. Weder das eine noch das andere ist eingetreten. Und Saddam Hussein selbst, mit Hitler gleichgesetzt, als »todessüchtig« und »irre« bezeichnet, hat angesichts der absehbaren Aussichtslosigkeit des Kampfes erkennbar anders, als im Westen prophezeit worden ist, nämlich rational (nicht vernünftig), reagiert, den Rückzug befohlen, einen ordentlichen Waffenstillstand geschlossen und ist seitdem damit beschäftigt, seine Macht im Inneren erneut gegen die erstarkenden kurdischen, schiitischen und anderen Oppositionsgruppen durchzusetzen.

Die deutliche Diskrepanz zwischen den Orakeln der Leitartikel, den hämischen Karikaturen, dem Geschwätz der Stammtische und den realen Ereignissen hat eine Ursache in der traditionell verzerrten Perspektive, aus der der Westen in den Orient schaut: Schon im 13. Jahrhundert, im finsteren europäischen Mittelalter, galt Bagdad, die damalige Hauptstadt des kulturell und sozial vergleichsweise fortschrittlichen islamischen Kalifats, als Zentrum des »Heidentums«, dessen Bewohner es zum vermeintlich menschlicheren Christentum zu bekehren galt. Zwischen dem klischeehaften Bild der arabischen Welt als einer Heimstatt geheimnisvoller exotischer Gebräuche und bösartigen Fanatismus' und der realen kolonialen Beherrschung dieser Region besteht seit eh und je ein enger Zusammenhang. Ihn aufzudecken und gegen die Mythen, die unseren Blick auf den real existierenden Nahen Osten verstellen, zu argumentieren, über sie aufzuklären, ist das wesentliche Anliegen des französischen Islam-Wissenschaftlers Maxime Rodinson.

Schon seine eigene Biographie ist geeignet, manches festgefügte Weltbild zu erschüttern. Der 1915 geborene Rodinson, Marxist und Jude, flüchtet vor den Nationalsozialisten 1940 aus Europa in den Orient. Seine Eindrücke und Studien des Islam in den arabischen Ländern bringen ihn dazu, bald nach seiner Rückkehr 1947 die KPF zu verlassen, weil deren Marxismus ihm zu reduktionistisch erscheint, insbesondere die Funktion der Ideologie scheint ihm nach seinen Analysen des Islam im traditionellen Kommunismus falsch, weil zu wenig gewichtet zu werden; auch sei das Verhältnis von Ideologie und materiellen Verhältnissen weitaus komplexer, als es das schlichte Basis-Überbau-Schema suggeriere.

Trotz seiner Sympathien für die unterdrückten Araber und seiner scharfen Kritik an der traditionellen, die Kolonialisierung wissenschaftlich verlängernden Orientalistik bewahrt sich Rodinson eine kritische Distanz und äußert auch massive Vorbehalte gegen die »Dritte Welt Romantik« in der Neuen Linken.

Im Suhrkamp Verlag sind zwei seiner grundlegenden Arbeiten erschienen: das 1966 verfaßte Standard-Werk »Islam und Kapitalismus« (dem in der erweiterten Auflage von 1986 ein materialreiches 40seitiges Vorwort von Bassam Tibi vorangestellt ist), in dem er untersucht, ob das Ausbleiben einer dynamisch-kapitalistischen Entwicklung im islamischen Orient mit der Religion des Islam erklärt werden kann, und die 1981 veröffentlichte Studie »Die Araber«.

Letztere liest sich spannend und liefert einen guten Überblick über die Geschichte und die sozialen, politischen und kulturellen Gegebenheiten der arabischen Welt. Rodinson kommt es vor allem darauf an, die Entwicklung des panarabischen Nationalismus und dessen widersprüchliche und oft heftig sich artikulierenden Formen zu erklären.

In seiner Entstehungsphase war der arabische Nationalismus von dem starken Gefühl der Zugehörigkeit zur islamischen Gemeinschaft verdeckt, eine Konkurrenz, die seitdem andauert - gestärkt wurde er vor allem im 19. Jahrhundert, allerdings durch die Feindschaft gegenüber der türkischen Macht, die zwar islamisch, aber eben nicht arabisch war, gleichwohl aber eine Hegemonialstellung im Nahen Osten hatte. Im ersten nationalistischen arabischen Manifest, dem 1901 in Kairo von `Abd ar-Rahman al Kawakibi verfaßten »Die Mutter der Städte« (gemeint ist Mekka), wurde deswegen die Überlegenheit der Araber gegenüber den Türken behauptet und gleichzeitig ein Plan zur Erneuerung des Islam unter dem Einfluß eines arabischen Kalifats entworfen.

Der erste Versuch, tatsächlich ein vereinigtes arabisches Reich zu konstituieren, wurde infolge des ersten Weltkrieges möglich: Während das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands kämpfte, knüpfte der Cherif von Mekka, Husayn, Kontakte zu den in Geheimbünden gut organisierten arabischen Nationalisten und zu den Alliierten. Gegen die Zusage, nach Kriegsende einen selbständigen arabischen Staat errichten zu können, begannen Husayn und seine Unterstützer 1916 einen offenen Aufstand, der schließlich in einen regelrechten Krieg gegen die Türkei mündete und zu deren Niederlage erheblich beitrug. Die Alliierten hielten sich in der Folge aber nicht an ihre Versprechungen, sondern teilten die arabischen Länder zwischen Großbritannien und Frankreich auf. »Daraus«, so Rodinson, »entstand ein grenzenloses Gefühl der

Verbitterung, das in der folgenden Periode die Kämpfe für Unabhängigkeit und Einheit besonders haßerfüllt gestaltete und das den Charakter der nationalistischen arabischen Ideologie bis in die Gegenwart hinein bestimmt.«

Daher resultieren Rodinson zufolge auch die bereits 1933 deutlich spürbaren Sympathien der Araber für den Faschismus: »Man ist von dessen nationalistischer Grundlage beeindruckt und von der Gleichheit der designierten Feinde: Großbritannien, Frankreich, die Juden.« Die Suche nach einer großen, antikolonialen Macht, die die arabischen Einigungsbestrebungen unterstützt und sie vor allem gegen Frankreich und Großbritannien (später dann zunehmend auch gegen Israel) durchzusetzen in der Lage wäre, prägt die Politik auch in den Jahrzehnten nach der Niederlage des Nationalsozialismus: Die Sowjetunion tritt an die Stelle Deutschlands.

Der arabische Nationalismus wird aber trotz seiner zunehmend sozialistischen Ausrichtung während des Nasserismus und durch linke Fraktionen in der weniger einflußreichen, vor allem im Irak und in Syrien in Konkurrenz zum Nasserismus agierenden Baath-Partei, auf Grundlage der qawmiyya (von qawm, »das Volk«, in Anlehnung an das Wort »Volkstum«) definiert, nicht auf Grundlage eines territorialen Prinzips (wataniyya, von watan, Geburts- bzw. Wohnort). Rodinson vermerkt das, zieht aber aus dieser völkischen Ausrichtung der arabischen nationalistischen Bestrebungen keine Schlüsse.

Ausführlicher beschäftigt er sich dagegen mit der Phase des »Nasserismus«, während derer der Islam zwar respektiert wurde, aber keinen Einfluß auf die staatliche Politik hatte. Der Hauptfeind in dieser 1958 bis 1970 währenden Phase war der »Imperialismus«, wobei Rodinson konstatiert, daß dieses real unterdrückende System zunehmend zu einem Mythos aufgebaut und nur noch als eine einheitliche böse Macht bewertet wurde.

Weder der Nasserismus noch der Bassismus konnten die an sie gestellten Erwartungen erfüllen: Die arabische Einheit kam, vor allem auch aufgrund der Spannungen zwischen den arabischen Staaten selber, nicht zustande, die Palästinenser blieben ohne Land, und der Staat Israel konnte nicht zerschlagen werden. Das verschaffte Saudi-Arabien die Möglichkeit, nach dem gescheiterten »linken« einen »rechten« panarabischen Weg einzuschlagen und allmählich eine ideologische Führungsrolle zu übernehmen, für die der Islam eine zunehmend wichtige Rolle spielt.

Rodinsons 1979 in Frankreich erstmals veröffentlichtes Buch reflektiert die Konsequenzen der islamischen Revolution im Iran nicht mehr, diese paßt aber ebenso gut in seine Analyse wie die Politik der Saudis im Golfkrieg. »Die Perspektiven der vorhergehenden Dekaden«, resümiert er, »hatten es vielen erlaubt, den Kampf für den Sieg des Arabismus in die Linie der weltweiten Linken zu rücken ... Jetzt scheint der Sieg des Arabismus vielmehr mit einer finanziellen, technischen und militärisch autonomen Macht verbunden zu sein und an die kapitalistische Welt gebunden.«

Rodinsons Buch ist also nicht brandaktuell und erklärt keineswegs die Besonderheiten der akuten Golfkrise, zumal er nur wenige Worte über den Irak und die ideologische Orientierung des Bassismus verliert. Die Lektüre eröffnet aber ein weiteres Verständnis des aktuellen Konflikts und ermöglicht, ihn im größeren Zusammenhang der Kolonialisierung und der kulturellen Entwicklung der arabischen Welt zu verstehen.

Konkret 04/91, S. 26

Oliver Tolmein

Wie kommt die Kuhscheiße vom Dach?

Der Golfkrieg und die Klage linker Intellektueller über die Auflösung ihres weltgeschichtlichen Bezugsrahmens

Der Golfkrieg ist zuende, ein verbrecherischer Krieg, mit Verletzungen der Genfer Konvention und des Völkerrechts auf beiden Seiten: Der Irak hat ein Land angegriffen, Israel, das nicht kriegsführende Partei war; die USA haben mit der Bombardierung eines irakischen Atommeilers das getan, was hierzulande als besonders niederträchtiges, menschenverachtendes Vorhaben »Terroristen« aller Art gern unterstellt wird. Im Verlauf des Krieges wurden wahrscheinlich zehntausende Irakis getötet, und wenig spricht gegen die Vermutung, daß auch in diesem »chirurgisch geführten« Krieg die meisten Toten unter der irakischen Zivilbevölkerung zu beklagen sind: Sie waren den alliierten Kriegsherren und dem irakischen Staatschef gleichermaßen nur »Masse«. Dem Irak droht jetzt ein Schicksal, wie es dem Libanon seit Jahren beschieden ist (ohne daß das die Metropolen-Linke im allgemeinen nennenswert interessierte): eine Intensivierung des Nationalitäten- und Religionsstreits in dem zerstörten, verarmten Land ist allemal wahrscheinlicher als dessen Befreiung von einem terroristischen Regime.

Der Golfkrieg ist zuende, die Golfkrise bleibt. Denn nichts ist zur Lösung der drängenden Fragen in der Region getan worden, stattdessen wird das Tempo der Politik, kaum ist der Sieg errungen, spürbar gebremst: Die Palästinenser und die Kurden bleiben ohne Staat, die Situation in den von Israel annektierten Gebieten verschärft sich ebenso wie die israelfeindliche Stimmung in den arabischen Staaten, die keineswegs demokratisch legitimierten oder die Menschenrechte respektierenden Regimes in Syrien, Saudi-Arabien, in Jordanien oder im Iran bleiben, die Konflikte zwischen den reichen Öl-Staaten und den bevölkerungsreichen, armen Ländern in der Region sind durch die Zerschlagung der irakischen Militärmacht ebenfalls nicht gelöst.

Der Golfkrieg ist beendet, die Golfkrise bleibt. In KONKRET 12/90 und KONKRET 1/91 war sie Anlaß für Jan Philipp Reemtsma und Hermann L. Gremliza über »the bad and the ugly« und »...and the good?« nachzudenken. Reemtsma argumentierte, daß mit dem »Globalwerden der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« die Linke nicht nur ihren Bezugsrahmen verloren, sondern überhaupt aufgehört habe zu existieren. Für die Golfkrise bedeute das, so Reemtsma, daß die Parole »Amis raus aus Saudi-Arabien!« »unbehaglich (ist), (weil) man nicht recht weiß, was man - abgesehen davon, daß es nicht zum Krieg kommen möge - den Einwohnern der betreffenden Region wünschen möchte: von den USA oder von Saddam Hussein dominiert zu werden. Ich persönlich zöge ... die erste Möglichkeit vor.«

Gremliza konstatierte in seiner Antwort, daß der Fortfall des Bezugsrahmens »die Saddams dieser Welt« nicht verändert habe, wohl aber die Bedingungen, unter denen sie Politik machen: »Nun da sie allein gegen *One world* stehen, ist mit ihrem Bezugsrahmen ihre Zurechnungsfähigkeit vollends abhanden gekommen ... Entsprechend (sind) ihre Mittel: ‘Wunderwaffen` und Terror.« »Wir« dürften angesichts des Wegfalls des weltgeschichtlichen Bezugsrahmens aber nicht »die Partei des Hausmeisters (ergreifen), der um Ruhe bittet«. Statt nach »dem Guten zu suchen«, den es nicht gebe, gelte es »die Partei der Aufklärung« zu sein, »zu fragen, wie die Kuhscheiße aufs Dach gekommen ist, ohne Rücksicht darauf, ob es noch einer wissen will und was er mit diesem Wissen macht.«

Aufschlußreich an diesen Überlegungen linker Intellektueller, die sich im Nachhinein als Vorbereitung ihrer Zustimmung zum Krieg gegen den Irak als das (wenn auch falsche) Richtige lesen, ist, daß sie kein Wort über Israel verlieren, keines über die Verknüpfung der Kuwait-Annexion mit der Palästinenserfrage und keines über die damals bereits angekündigte Bedrohung des jüdischen Staates durch den Irak. Beide Autoren entwickeln ihre Haltung zur Golfkrise aus einer Betrachtung der Auflösung des ‘real existierenden Sozialismus’. Sie schauen von Europa aus in die Welt - und es graut ihnen. Sie räsonieren bitter über die existierende One world - ihre wahre Angst und Verachtung gilt aber verblüffenderweise nicht deren Konstrukteuren, Profiteuren und Machthabern. Jan-Philipp Reemtsma persönlich zöge es vor, von den USA statt von Hussein dominiert zu werden (vorsichtshalber, aber ohne erkennbare Folgen für seine Position räumt er ein: »möglicherweise aufgrund eines klassenspezifischen sowie weltregional bedingten Vorurteils«); Gremliza erklärt die Regierungen des Südens kurzerhand zu »Saddams dieser Welt« und spricht ihnen für die Zukunft pauschal die Zurechnungfähigkeit ab. Ihre tatsächlichen und künftigen Kämpfe, nicht etwa die Überfälle und Invasionen der US-Administration, erscheinen aus dem Blickwinkel der Metropole gesehen als der die Menschheit bedrohende »Terror« (im März schreibt Gremliza, diese Umwertung konsequent durchhaltend, den verzweifelten Opfern die Rücksichtslosigkeit künftiger Taten zu - »morgen eine Bombe im Atomreaktor von Stade« , die die US-Air Force gerade tatsächlich gezeigt hat, als sie einen in Betrieb befindlichen irakischen Reaktor zerstörte).

Gremliza weiß und schreibt davon, daß es eine Verantwortung des Nordens für die verzweifelte Lage des Südens gibt. Aber es ist eine Verantwortung ohne Adressaten, es ist nicht seine, nicht unsere, nicht einmal »unsere«, sondern nur »die Verantwortung jener, die...«. Die Verantwortung, für die niemand so richtig in die Pflicht genommen werden kann, ist eine Verantwortung, aus der keine Konsequenzen erwachsen. Der Intellektuelle in den Metropolen konstatiert das Elend der

Welt, kennt seine Ursachen oder Bedingungen - und stellt sich außerhalb, ergreift »die Partei der Aufklärung«, einer »Aufklärung«, deren schlichtes Programm mehr mit der sexuellen Reformation und der Frage: Wo kommen denn die Kinder her?, zu tun hat als mit der gleichnamigen Bewegung, die mit der Französischen Revolution einen Triumph feierte. Das vor allem verhindert, daß ihre Dialektik erkannt und reflektiert wird: Die westliche Zivilisation, deren Mißlingen durch die planvolle und industrielle Vernichtung der Juden durch die deutschen Nationalsozialisten evident geworden ist, wird so stillschweigend und folgenreich rehabilitiert und durch das Herausputzen ihrer Erfolge konsensfähig gemacht. Angesichts des Nord-Süd-Konflikts, der auch ein Kulturkonflikt ist, erscheinen so, in der Alternative »... oder Barbarei«, »die anderen« als die Barbaren (das spricht selbstverständlich nicht für die andere, gerade nach dem Schah-Sturz im Iran von linken Gruppen häufig eingenommene Extremposition, derzufolge Menschenrechtsverletzungen kein Problem sind, weil das in ‘anderen Kulturen` halt so sei).

Aufklärung wird, aufs Unwesentliche reduziert, zum Konsum-Artikel für die Metropolen: für 6.80 DM zu haben, ihren Produzenten ist es egal, ob sie gelesen wird, wer sie liest und wozu, den Konsumenten ist sie ein Vergnügen (oder ein Ärgernis) - mehr nicht. Die Aufklärung führt, indem sich so die Beobachtungen, Anmerkungen und Argumente der linken Melancholiker mit ihrer Resignation zu einem gordischen Knoten verwirren, zu einer stillschweigenden Übereinkunft mit dem herrschenden Unrechtssystem: Es wird zwar weiterhin kritisiert, aber das praktische Engagement dagegen ist wg. Wegfall »unserer« Geschäftsgrundlage aufgegeben.

Die Beschwörung des weltgeschichtlichen Bezugsrahmens, der auch nicht gestaltet werden, sondern einfach nur da sein mußte, erweist sich als Versuch, sich eine Entlastungskonstruktion zu zimmern: Früher hat sie »uns« von der Kritik an den Verbrechen und Vergehen der realsozialistischen Staaten entlastet - der Einmarsch in die CSSR und in Afghanistan, die Psychatrisierung von Oppositionellen und die Suspendierung jeglicher demokratischer Öffentlichkeit ließen sich so stillschweigend übergehen oder gar rechtfertigen. Der Handlungsspielraum war ja abgesteckt - die »bloße mächtige Existenz« des realen Sozialismus reichte aus, den irreversiblen Triumph des Kapitalismus aufzuhalten, das eigene Handeln durfte ihn deswegen unter keinen Umständen gefährden oder gar infrage stellen, es blieb ohne eigene Richtung und durch ihn bestimmt. Das Besondere an dieser Entlastungskonstruktion ist aber, daß sie heute noch trägt, obwohl der realexistierende Sozialismus bereits als verschwunden gilt: Ohne ihn ist jede Richtung und jedes Ziel verloren, eine eigene Haltung zu entwickeln scheint ohne Sinn.

Das Selbst-Bewußtsein, das so resigniert, gibt sich, und damit weiterhin seine Freiheit auf. Das Arrangement mit den herrschenden Verhältnissen läßt dann aber auch eine Aufklärung, die diesen Namen verdiente, nicht mehr zu.

Die grundsätzlich veränderten Bedingungen, unter denen wir handeln, verlangen allerdings eine neue Auseinandersetzung mit unserer Politik und unserer Moral, die auch zur Aufgabe haben müßte, eine Kritik der überkommenen konservativen Praxis zu liefern - es gibt kein erprobtes System, das uns eine Richtschnur dafür liefert. »Moral und Politik versöhnen heißt also den Menschen mit sich selbst versöhnen. Das erfordert allerdings, daß er auf jene Sicherheit verzichtet, die er sich von der Einschließung in die reine Subjektivität der traditionellen Moral oder in die Objektivität der realistischen Politik erhoffte« (Simone de Beauvoir). Für uns in den Metropolen, die wir, ob willentlich oder nicht, von der Ausplünderung der südlichen Länder profitieren, heißt das, zuerst einmal unser Denken und Handeln radikal in Frage zu stellen: Wie werden wir zu Mittätern?

Der Golfkrieg war, davon können diese Überlegungen allerdings nicht ablenken, aber nicht nur ein imperialistischer Krieg (das war er allerdings auch, und die Folgen, die die Befreiung der USA vom Vietnam-Trauma für die antiimperialistischen Bewegungen, vor allem, aber sicher nicht nur, in Lateinamerika haben wird, sind leider nur allzu gut vorstellbar, zumal sich mit diesem Krieg in bisher unbekannter Weise auch die UNO, die ehedem auch ein Forum für die kleinen und unterdrückten Nationen war, zum leicht handhabbaren Instrument für die Weltmacht-Interessen hat machen lassen). Es war auch ein Krieg, in dem wir mit der deutschen Geschichte (und damit mit dem Scheitern des linken Antifaschismus) konfrontiert wurden - und das Fortdauern dieser Krise und jedes Aufflackern eines neuen Konflikts in dieser Region wird uns dem erneut aussetzen.

Gremliza hat mit seinem Kommentar »Richtig falsch« darauf reagiert - und zwar anders, als er es zwei Monate zuvor angekündigt hatte: Er nannte nicht nur die Ursachen dafür, »daß die Kuhscheiße aufs Dach gekommen ist«, er behauptete auch, daß sie dort nicht hingehöre, und engagierte sich für den us-amerikanischen Plan, nach dem sie vermeintlich wieder herunterzuholen wäre. Gremliza klärte nicht nur auf, sondern ergriff, wenngleich zögerlich und mit etlichen Bedenken, Partei für die Alliierten, die seiner Meinung nach möglicherweise Israel aus einer akuten Bedrohung gerettet haben - indem er sich zwar nicht für ihr konkretes Vorgehen, wohl aber für den angeblichen »richtigen Zweck ihres Krieges« aussprach. Damit brachte er sich nicht nur in latenten, sondern auch in offenen Widerspruch zu seinem vorangegangen Text: »Die Partei, die ‘wir` zu ergreifen hätten, kann nicht die des George Bush sein, die eben auch Helmut Kohls Partei und also die großdeutsche ist; selbst dann nicht, wenn man (wie Reemtsma) von ihrem Sieg weniger schreckliches befürchtet, als von dem ihres Gegners.«

Befremdlich mutet dieser Wechsel in der Haltung an, weil er sich wieder so selbstverständlich mit dem, diesmal kurzfristig und durch die Kriegspartei USA erst geschaffenen Bezugsrahmen abfindet: Daß viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können, beispielsweise, war in der Golfkrise keineswegs zwingend angelegt, es ist zur Tatsache erst durch den Kriegsbeginn geworden. Gremliza argumentiert realpolitisch im schlechten Sinne - und gerät damit in fatale Nähe zu Positionen, wie sie beispielsweise Wolfgang Pohrt formuliert hat: Wird ersteinmal ohne eine äußerst genaue Analyse der Krieg als legitimes Mittel akzeptiert, fällt es schwer, sich den weiteren »logischen« Konsequenzen zu entziehen: Wenn die US-Militärs zur Entwaffnung des Irak einen flächendeckenden Einsatz von Napalm oder gar von taktischen Atomwaffen für nötig gehalten hätten - wie könnte jemand, der den Krieg zu diesem Zweck für gerechtfertigt hält, dagegen noch argumentieren? »Der Realist macht sich eine falsche Vorstellung von der Beziehung zwischen Mittel und Zweck: Er hält den Zweck für ein erstarrtes, über sich geschlossenes Ding, getrennt vom Mittel, das ebenfalls als ein Ding, als ein simples Instrument definiert wird ... der angestrebte Zweck ist (aber) immer eine menschliche Situation, mithin ein sinnvolles Faktum; die Handlungen, die diese konstituieren, haben also gleichzeitig ein Ding zu schaffen und diesem einen Sinn zu geben; wenn das Ding sinnlos ist oder wenn der Sinn sich nicht verkörpern konnte, ist das Scheitern gleichermaßen total.« (S. d. Beauvoir)

Anders als bei der Befürwortung eines Vergeltungsschlages Israels gegen deutsche Rüstungsfirmen, der jederzeit zweckmäßig wäre, ist, wer zum gleichen an sich überzeugenden Zweck wie Gremliza in den Metropolen für diesen Krieg gegen den Irak Partei ergriffen hat, aber noch aus einem anderen Grund gescheitert: Der Versuch, aus der deutschen Vergangenheit richtige Konsequenzen für einen von uns direkt kaum beeinflußbaren Konflikt im Nahen Osten zu ziehen, war untrennbar verknüpft (und wird es in absehbarer Zukunft bleiben) mit der Verfestigung der Ausbeutung der Länder des Südens. Der späte antifaschistische Gestus des deutschen Intellektuellen in diesem Krieg kam, auch gegen den Willen derer, die ihn eingenommen haben, zur Deckung mit dem Gestus des Profiteurs des wieder zu sich selbst findenden Imperialismus.

Diese aus dem Doppelcharakter der Auseinandersetzung resultierende Zerrissenheit läßt sich durch entschiedene Parteinahme für das angeblich im Falschen verborgene Richtige nicht überdecken, ihr läßt sich auch nicht durch untätig bleibende Aufklärung entkommen: Sie kann nur angenommen und immer wieder aufs Neue reflektiert werden. Das daraus erwachsende Engagement kann sinnvoll seine Mittel zum Zweck nur am Ort, an dem die Verbrechen geplant und wo von ihnen profitiert worden ist und wird, also hier, anwenden: Die historische und aktuelle Verantwortung für die deutschen Verbrechen - die den wesentlichen Bezugspunkt für eine deutsche Linke darstellt (heute, wie vor vierzig Jahren) - kann zur Konsequenz nur das unbedingte Bemühen haben, das Aufstreben der Großmacht Deutschland, so gut es geht und auf allen Ebenen, zu stören oder gar zu verhindern und gleichzeitig zu versuchen, den bis weit in die Linke reichenden volksgemeinschaftlichen Konsens dieser Gesellschaft, der heute noch vor allem die ins Visier nimmt, die auch die Opfer des NS-Regimes waren - Juden, Roma und Sinti, Behinderte - zu zerstören.

Solange in Deutschland Antisemitismus virulent ist, zu Taten drängt - in allen Schichten und Fraktionen der Gesellschaft, und ohne daß es eine nennenswerte Gruppe gäbe, die die Sache der Juden zu ihrer machen würde , sind die vollmundigen, von keinem spürbaren Zweifel geplagten Erklärungen und Ratschläge, was der Existenz Israels, oder, wie es bewußt vage heute vorzugsweise heißt, »eines jüdischen Staates«, nütze und was nicht, wie sich die Israelis verhalten sollten, um in den besonderen Genuß deutscher Solidarität zu kommen, und wie auf keinen Fall, so deplaziert wie sonst nichts. Diesem immer wieder auch von Linken unternommenen Versuch, sich aus der deutschen Geschichte zu verabschieden, kann aber nicht durch einen beherzten Schritt, der zur Befürwortung einer imperialistischen Aggression führt, begegnet werden. Das Engagement gegen Antisemitismus und das gegen den ebenfalls in verschiedenen Formen allgegenwärtigen und zunehmenden Rassismus lassen sich hierzulande nur um den Preis eines Abschieds von jeglicher emanzipatorischen Moral gegeneinander entwickeln.

Oliver Tolmein ist Autor von »Geschätztes Leben - Die neue Euthanasie-Debatte«

Konkret 04/91, S. 28

Sinn ohn` Form: Golfkrieg und Linke

Während die Auseinandersetzungen in der bundesdeutschen Linken über die Perspektiven Israels und des palästinensischen Kampfes für ein eigenes Land äußerst vehement und scharf geführt wurden, ist die Situation der Kurdinnen und Kurden in der Türkei, im Irak und im Iran bis auf ein paar wenige Veranstaltungen kaum diskutiert worden. Daran hat weder die Ergänzung des Standard-Flugblatt-Forderungskatalogs um »Selbstbestimmung für das kurdische Volk« noch die Stationierung bundesdeutscher Luftwaffeneinheiten ausgerechnet in den türkisch-kurdischen Gebieten etwas geändert. In der aktuellen Ausgabe der anarchistischen Zeitschrift »Schwarzer Faden« ist jetzt ein Grundsatz-Artikel erschienen, der zwar auch keinen Ausweg aus der Misere weist, der aber immerhin einen Anstoß bietet, sich mit dem Thema eingehender zu beschäftigen. Ronald Ofteringer geht in seinem Aufsatz über »Nationalismus und Befreiung - Die Kurdenfrage« von der bundesdeutschen Nationalismus-Diskussion des letzten Jahres aus und liefert Informationen über die verschiedenen Entwicklungslinien des kurdischen Befreiungskampfes im Irak, im Iran und in der Türkei. Unter Hinweis auf die verschiedenen Interessen und die Konkurrenz der Gruppen, die sich zeitweilig blutig bekämpft haben, zeigt er die Probleme eines Befreiungskampfes, der vor allem als nationaler Befreiungskampf geführt wird. Ofteringers etwas kurzatmig geratene Schlußfolgerungen aus seinem umfangreichen politischen und historischen Bericht sind verhalten pessimistisch: Zwar habe es in den letzten Jahren eine weitgehende Annäherung der konkurrierenden kurdischen Organisationen gegeben, die Unterschiede der Bewertung des Golfkrieges zwischen der traditionellen irakisch-kurdischen Bewegung und der türkisch-kurdischen PKK könnten jedoch, befürchtet er, erneute innerkurdische Konflikte zur Folge haben. Des weiteren sind im »Schwarzen Faden 1/91« zwei Beiträge anarchistischer RednerInnen auf dem Kongreß »Keine Stimme für Deutschland« dokumentiert. Es findet sich dort auch ein ausführlicherer Diskussionsbeitrag über linke Gegenöffentlichkeit und ein Interview mit Alain Finkielkraut über die Migration in die EG-Länder.

Die Betrachtungsweise ist gewohnt schematisch: »Krieg - Was Männerwahn anrichtet und wie Frauen Widerstand leisten«. Wer in dem »Emma«-Extra-Band zum Golf-Krieg also eine aktuelle Reflexion der Mittäterinnen-These erwartet, wird dort ebensowenig fündig, wie jemand, der oder die dort nach einer weitergehenden kritischen Diskussion der feministischen Diskussionsansätze der letzten Wochen sucht. Andererseits wird in »Emma«, vor allem auch von arabischen Autorinnen, thematisiert, was in der Männer-Presse geflissentlich übersehen wird (und immer übersehen worden ist, wie der Nachdruck von Schwarzers ausgezeichneter Reportage über den Iran kurz nach der Revolution und der Bericht über die heftigen Reaktionen auch linker Gruppen darauf überzeugend dokumentieren): die Auswirkungen des Krieges auf die patriarchalischen inneren Verhältnisse in den islamischen Ländern. Befremdlich allerdings ist Alice Schwarzers Leitkommentar geraten: Saddam Hussein erscheint nur noch als Opfer (»Am 2. August 1990 marschierte Saddam Hussein (?) in Kuweit ein - und saß damit in der Falle«), für eine vorstellbare Vernichtung Israels kann Frau Schwarzer die Verantwortlichen auch schon heute benennen, es werden nicht die Angreifer sein, sondern: »Sollte die Existenz Israels darum eines Tages wirklich gefährdet sein ... so wäre das vor allem diesen Falken, den Schamirs, den Bushs und den Schwarzkopfs zu verdanken.« »Im Golfkrieg«, schreibt Frau Schwarzer, »fließen die beiden großen Ströme der Menschenverachtung zusammen: Rassismus und Sexismus.« Damit hat sie recht und auch wieder nicht: Als deutsche Autorin zu übersehen, daß es einen dritten »großen Strom der Menschenverachtung« gibt, der gerade wieder über die Ufer tritt (vor allem in Deutschland, aber zusehends auch in anderen Regionen), den Antisemitismus, ist unverzeihlich.

Pünktlich nach Ende des Golfkrieges hat sich die Radikale Linke bzw. die, die davon übrig geblieben sind, zu Wort gemeldet und zu einem Anti-Kriegs-Rat aufgerufen. Ansonsten haben sich die schön layouteten, ausführlichen Artikel ihrer Flugschrift dem links-liberalen, linken Zeitgeist weitgehend angepaßt: Insbesondere der Artikel über »Die Linke und Israel« ist von entsprechenden Texten in der »Zeit« kaum noch zu unterscheiden und übernimmt auch das entsprechende Vokabular, z.B. die »Schuld-Klaviatur«, auf der Israel-Freunde angeblich spielen. Zwei der wesentlicheren Texte der Flugschrift mit dem geringen cw-Wert (inneren Controversen-Wert) über das »Linke coming out für den Krieg« und eine Kritik am Betroffenheitskult der Friedensbewegung sind auch im neuen »Arbeiterkampf« (wenngleich gekürzt) nachgedruckt. Da im »ak 328« die Haltung der Linken zum Golfkrieg und vor allem zu Israel kontrovers und gerade auch unter dem Aspekt der antideutschen Orientierung des letzten Jahres diskutiert wird, und weil es dort außerdem einen lesenswerten Artikel über Syrien und die Neuordnung im Nahen Osten gibt, ist das im Zweifel die ergiebigere Lektüre.

Von den zahlreichen anderen Zeitungen und Broschüren zum Golf-Krieg sei hier ansonsten noch auf die informative und von einem breiten Autoren- und Autorinnenspektrum (darunter Jochen Hippler, Jutta Ditfurth, Joachim Hirsch und medico international) verfaßte Broschüre »Welt-Krieg am Golf« von der »neuen hanauer zeitung« verwiesen: Das heißt nicht, daß andere Broschüren nicht lesenswert sind; viele haben uns nicht erreicht, viele überschneiden sich, was Text-Auswahl und Argumentation angeht.

Schwarzer Faden 1/91, zu beziehen über: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau 1, 6 Mark

»Emma«-Extra-Band »Krieg«, im Zeitschriftenhandel, 9,80 Mark

Flugschrift Nr. 1 der Radikalen Linken, c/o Radikale Linke, Postlagernummer 59387, 2 Hamburg 50, 4 Mark

ak 328, Zeitung des KB, Schulterblatt 58, 2 Hamburg 36, 5 Mark

neue hanauer zeitung, Welt-Krieg am Golf, Verlag am Freiheitsplatz, Am Freiheitsplatz 6, 6450 Hanau 6 Mark

Konkret 04/91, S. 29

Robert Kurz

Die unverkäufliche Republik

Was passiert wirklich mit Ostdeutschland

Es war einmal eine Zeit, lang lang ist es her: Im Sommmer 1990, da stöhnte die Linke über den drohenden»Ausverkauf« der DDR, und die Liebhaber der Marktwirtschaft stellten das Wirtschaftswunder des Ostens in Aussicht. Ein knappes Dreivierteljahr nach der Wirschafts- und Währungsunion liest die Realität sich eher andersherum: Treuhand-Chef Rohwedder, der sich noch im November als stolzer Verwalter von 8.000 zu privatisierenden Ost-Unternehmen ein Betriebsvermögen von 600 Millarden DM zusammenphantasiert und im Vorgriff auf diesen zu erwartenden Erlös schon großzügig Kredite verbürgt hatte, bleibt auf der gigantischen Konkursmasse der DDR sitzen wie auf faulen Äpfeln. Die BRD-Kapitalisten wollen die meisten Betriebe selbst für den symbolischen Betrag von 1 DM partout nicht aufkaufen, und BMW-Chef von Kuenheim mochte sein altes Stammwerk in Eisenach nicht einmal geschenkt.

Bis Ende Februar gab es erst in 700 Fällen Verkäufe bzw. Verkaufsverhandlungen, mit einem mageren Erlös von angeblich etwas über 2 Milliarden DM (selbst diese Zahlenangaben der Treuhand sind im einzelnen nicht belegt und zweifelhaft). Und verkauft wurden nur die »Filetstücke« aus einigen Kombinaten. Siemens übernimmt ein marktfähiges Segment des Leipziger Starkstrom-Anlagenbaus; von 20.000 Beschäftigten werden 4.500 überleben. Carl Zeiss Oberkochen kauft sich voraussichtlich im »Kernbereich« von Carl Zeiss Jena ein; von 27.000 Stellen bleiben bestenfalls 5.000 übrig. Und Opel Bochum ließ die Treuhand gleich links liegen und baut in Eisenach auf die grüne Wiese, während die Wartburg-Produktion vorzeitig eingestellt wird. Von über 20.000 Arbeitern der AWE Produktion (Automobilwerke Eisenach) können gerade noch 4.500 anheuern beim zukünftigen Opel-Werk, das lediglich die Fertigungstiefe der spanischen Schwesterfabrik in Saragossa besitzen wird: d.h. weder Motorenbau noch Getriebefertigung, im Unterschied zu Saragossa nicht einmal ein Preßwerk.

Die wenigen produktiven Investitionen des westlichen Kapitals in Ostdeutschland laufen also tatsächlich auf nichts als einige »verlängerte Werkbänke« und sogenannte »Schraubenzieherfabriken« hinaus, wie sie etwa die Japaner in Mexiko entlang der Grenze zu den USA gebaut haben, um Einfuhrkontingente und andere Handelsschranken zu umgehen. Die vom Weltmarkt »entwertete« Industriestruktur der Ex-DDR als solche aber wird nicht übernommen. Die meisten BRD-Firmen, soweit sie überhaupt in Ostdeutschland investieren, sind vor allem auf dichtgefächerte Vertriebs- und Service-Netze aus, wollen also dort lediglich verkaufen und nicht produzieren. Und was etwa Siemens an Produktion aufbaut, sind keine Weltmarktfabriken, sondern Fertigungen in Erwartung des kommenden Staatskonsums (Telekommunikation, Energieversorgung) und dessen Investitionen: ein zwar für Siemens interessanter Markt, für den aber das Geld erst anderswo verdient und vom Staat abgeschöpft werden muß. Alles in allem investiert die BRD-Industrie sowohl dem Volumen als auch der Struktur nach in Ostdeutschland nicht mehr und nicht anders als in einem durchschnittlichen 3. Welt-Land.

Warum diese jämmerliche Investitions-Pleite? Der ostdeutsche Binnenmarkt kann von der hochproduktiven Weltmarkt-Industrie der BRD locker vom Westen aus beliefert werden, allein durch ein Hochfahren der Kapazitätsauslastung. Deswegen rechnen sich Neuinvestitionen bzw. »Aufkäufe« der veralteten ostdeutschen Produktionsstätten betriebswirtschaftlich in den meisten Fällen überhaupt nicht. Und gegen die Westkonzerne haben nicht nur ostdeutsche »Gründer« keine Chance, weswegen es dort auch keinerlei wirtschaftswunderliche Konzern-Embryos in Bauchladenform à la Grundig, Schickedanz oder Nixdorf wie in der Vergangenheit der BRD geben kann, sondern die vorhandene DDR-Industrie wird eben auch gnadenlos vom nunmehr offenen Markt gefegt.

Interessant wäre die Übernahme ostdeutscher Produktionen für das BRD-Kapital also nur, wenn und soweit sie Exportmärkte zu erfassen vermögen. Was Exporte in den OECD-Raum angeht, so sind jedoch erstens die Märkte schon besetzt, nicht zuletzt durch die Japaner und die südostasiatischen Newcomer, so daß ein Erfolg der erforderlichen Mega-Investitionen für modernisierte Ausrüstungen und Produkt-Innovationen mehr als zweifelhaft wäre. Vor allem aber ist seit dem Herbst 1990 die westdeutsche Exportkonjunktur selber schwer eingebrochen, weil sich die USA und Großbritannien bereits mitten in der seit langem befürchteten Rezession befinden und Italien, Frankreich und Spanien zu folgen scheinen. Die Exportüberschüsse der BRD sanken 1990 um 40 Millarden DM, obwohl der Einbruch erst im 4. Quartal mit voller Gewalt einsetzte. Inzwischen wird immer deutlicher, daß es sich keineswegs bloß um eine zyklische Schwankung, sondern um eine tiefe Strukturkrise des westlichen Weltsystems selber handelt (Überschuldung ganzer Branchen, Bankenkrise, Außenverschuldung der USA usw.). In dieser Situation wäre es auf Jahre hinaus geradezu hirnrissig, im maroden Ostdeutschland für West-Exporte auch nur eine müde Mark zu investieren.

In Luft aufgelöst hat sich aber auch die große Hoffnung auf die »neuen Märkte in Osteuropa«. Was als vermeintlicher Sieg der westlichen Marktwirtschaft bejubelt wurde, bedeutet auf der anderen Seite eben auch schlichte Zahlungsunfähigkeit der östlichen Zusammenbruchs-Ökonomien, mit besonders fatalen Wirkungen für die Industrie der Ex-DDR. Denn seit dem 1.

Juli 1990, als die glorreiche Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft trat, erscheinen ihre Produktionskosten in harten DM, während die RGW-Handelspartner bis zum Jahresende weiter mit dem Kunst- und reinen Verrechnungsgeld »Transferrubel« bezahlten, das auf dem Weltmarkt null und nichtig ist. Bis zum 31. Dezember hatte sich auf den von der BRD »geerbten« Transferrubel-Konten ein saldierter Überschuß von umgerechnet 23,4 Millarden DM angehäuft, für dessen reale Umwandlung in DM erst noch ein Dummer gesucht werden muß, faktisch ist das Geld verloren. Die DM-Produktionskosten der ostdeutschen Exporte in den RGW-Raum wurden also ein halbes Jahr lang für eine Scheinproduktion (vom marktwirtschaftlichen Standpunkt aus) verpulvert.

Seitdem aber vom 1. Januar 1991 an die RGW-Länder ihren Handel mit dem in die BRD einverleibten Ostdeutschland in Devisen bezahlen sollen, sind die Bestellungen besonders aus der Sowjetunion mangels Zahlungsfähigkeit fast auf Null zurückgegangen. Um den vollständigen und sofortigen Zusammenbruch der ostdeutschen Exportwirtschaft zu verhindern, mußte der frischgebackene Wirtschaftsminister Möllemann zwar nicht mit dem Fallschirm über Moskau abspringen, dortselbst jedoch Feuerwehr spielen mit etwas eigenartigen Resultaten. Denn soweit die ostdeutschen Exporte jetzt (und auch nur teilweise) weiterlaufen können, müssen sie von der BRD gleich dreifach subventioniert werden: erstens die Produktionskosten durch verbürgte Treuhand-Kredite, weil die Sowjetunion natürlich nur Weltmarktpreise zahlt, die ostdeutschen Hersteller aber weit unter dem weltmarktgültigen Produktivitätsniveau arbeiten und ihre Herstellungskosten in DM also höher sind; zweitens die Kredite der Bundesregierung mit günstigen Konditionen; und drittens, da diese Kredite nicht alle zweckgebunden sein können, die aus diesem Grunde trotzdem zu erwartenden Zahlungsausfälle durch Hermes-Bürgschaften, die bei einer solchen Risiko-Lage normalerweise gar nicht gegeben werden dürften. Jeder privatkapitalistische Manager müßte sich bei solchen »Geschäften« erschießen, und so kann es kaum verwundern, daß sich westliche Akquisiteure beim Gedanken an die ostdeutsche Exportwirtschaft an die Stirn tippen.

Von der wirklichen Situation sowohl des Binnen- als auch des Weltmarktes her gibt es also für das BRD-Kapital schon gar keinen Grund, in nennenswertem Ausmaß Ostdeutschland durch dessen »Ausverkauf« mit normaler »Ausbeutung« zu beglücken, und wenn die Arbeitskraft noch so billig wäre. Hinzu kommen noch die ökologischen Altlasten der ostdeutschen Industrien, die nur teilweise vom BRD-Staat übernommen werden, und vor allem die auf den Betrieben lastenden Altschulden an die Ostberliner Staatsbank, die nach ihrer unausweichlichen Umstellung bei der Währungsunion (2:1) satte 110 Millarden DM ausmachen. Welcher Kapitalist aber wäre verrückt genug, veraltete und hochverschuldete Industrien ohne Absatzmärkte aufzukaufen? Die gegenwärtig vielbeschworenen »bürokratischen Hemmnisse« und »unklaren Eigentumsverhältnisse« sind demgegenüber praktisch bedeutungslos; ihre Beseitigung würde an der Situation nichts Wesentliches ändern.

Das Resultat ist verheerend. Eine komplette, physisch vorhandene Industriestruktur wurde den Gesetzen der vielbejubelten Marktwirtschaft zufolge ökonomisch verdampft; eine komplette Industriebevölkerung müßte neben ihren mangels »Rentabilität« stillzulegenden Produktionsbetrieben auf Müllhalden-Ökonomie umschalten. Tatsächlich zirkuliert in der Treuhand-Bürokratie eine »Sterbeliste«. Außer für die AWE kam das Todesurteil z.B. bereits für das traditionsreiche Kamerawerk Pentacon und für die Fluggesellschaft Interflug; auch vom einstigen Renommierkombinat Robotron ist kaum mehr etwas übrig. Laut Arbeitgebersprecher Murmann könnte die Arbeitslosigkeit allein in Ostdeutschland bis zum Sommer (im Juni laufen die meisten Kündigungsschutz-Abkommen aus) 3-4 Millionen betragen, laut Bundesanstalt-Chef Franke 50 Prozent: eine die Weltwirtschaftskrise von 1929-33 übertreffende Dimension.

Da jetzt schon neben der offiziellen Arbeitslosigkeit in den »Beitrittsgebieten« (Anfang Februar ca. 800.000) mindestens 2 Millionen auf »Kurzarbeit Null« gesetzt sind, fließen weder Versicherungsbeiträge noch Steuern in einem auch nur annähernd ausreichenden Maße. Die Defizite in den ostdeutschen Sozial- und Krankenkassen schnellen unbezahlbar in die Höhe. Und die ostdeutschen Länder und Kommunen können ihre Angestellten nicht mehr bezahlen, müßten jetzt schon Bibliotheken, Theater und Schwimmbäder schließen. Allein das kommunale Defizit von Leipzig für 1991 beträgt vorläufig 1,6 Milliarden DM; für die ostdeutschen Staatshaushalte insgesamt wird es auf mindestens 50 Milliarden DM geschätzt - mit dem Ist-Zustand als Grundlage, also vermutlich viel zu optimistisch.

Die kommunalen Wohngesellschaften, die den größten Teil des Wohnraumbestandes verwalten, können bei einem geschätzten Investitionsbedarf von 200 Milliarden DM und einer mit der Währungsumstellung erschienenen Verschuldung von 40 Milliarden DM die bereits entsubventionierten Energiekosten und die kommunalen Dienste nicht mehr bezahlen; sie müßten die Mieten von gegenwärtig immer noch durchschnittlich 70 DM gleichfalls entsubventionieren und mindestens verzehnfachen - bei einem Durchschnittseinkommen von 1.200 DM für Beschäftigte und 672 DM für Rentner. Die Ostdeutschen säßen dann nicht nur arbeitslos neben ihrer eigenen Industriestruktur und kulturlos neben ihren geschlossenen eigenen Kulturinstitutionen, sondern ebenso massenhaft obdachlos neben ihren eigenen Wohnungen. Wenn das keine marktwirtschaftliche Glanzleistung ist, immer streng nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten.

Natürlich kann es die BRD nicht zum Äußersten kommen lassen, sondern muß die Armut irgendwie verwalten. Das heißt aber auch, daß sie gegen die Logik des eigenen »Siegersystems« fundamental verstoßen muß. Da die Treuhand weder privatisieren noch die gesamte ostdeutsche Industrie stillegen kann, bleibt ihr nichts anderes übrig, als einen Teil der

Industriestruktur durch Subventionen und verbürgte Kredite (z.B. bei den Exporten in die Sowjetunion) künstlich zu beatmen. Dasselbe gilt für die Sozialkassen und die kommunalen bzw. Länderhaushalte. Gewaltige und beispiellose staatliche Transferleistungen werden nötig, die großenteils allein in den laufenden Konsum bzw. in nicht marktfähige Produktionen fließen. Trotz zahlreicher »Anschubfinanzierungen« und Nachbesserungen mußten Ende Februar weitere 22 Milliarden DM für die ostdeutschen Haushalte umverteilt werden, um den Kollaps vorerst abzuwenden; und die heimliche Inflationsmaschine der Treuhand-Kreditbürgschaften wird sich noch fürchterlich bemerkbar machen. Mit anderen Worten: Die BRD hat die Honeckersche Staatsökonomie geerbt und wird sie nicht mehr los.

Das muß allerdings Folgen haben für die erfolgsgewohnte westdeutsche Marktwirtschaft selber. Die beschlossenen Steuererhöhungen, egal ob »sozialverträglich« oder nicht, verteilen nicht nur relative Verarmungspotentiale erstmals fühlbar nach Westen um, sondern schöpfen damit eben auch produktive Kaufkraft ab und nehmen die eigene Binnenkonjunktur in den Würgegriff. Dieselbe Wirkung wird auch die gleichzeitige exorbitante Steigerung der staatlichen Kreditaufnahme haben, die in ihren Dimensionen bzw. ihrer Belastungswucht durch zahlreiche Schatten- und Nebenhaushalte, ausgelagerte Fonds und die Bürgschaften der Treuhand etc. erst in den nächsten Monaten ans Licht kommen wird. Dies umso mehr, als ja auch die westdeutsche Exportkonjunktur, sonst immer der rettende Faktor, aufgrund der strukturellen Rezession in den anderen westlichen Ländern am Verlöschen ist.

Diese Krisenpotentiale werden gegenwärtig noch überdeckt durch die ebenso künstliche wie einseitige deutsche Binnenkonjunktur. Vor allem die westdeutsche Konsumgüterindustrie und die Versandhäuser erlebten einige Monate lang einen Boom ohnegleichen auf Kosten der niedergewalzten ostdeutschen Produktion, bezahlt mit Kaufkraft, die bereits den kapitalistisch unproduktiven staatlichen Transferleistungen entstammte. Mit ihren in der Währungsunion umgestellten Sparguthaben (die eigentlich hätten entwertet werden müssen) kauen die Ostdeutschen an der monetären Henkersmahlzeit. Aber diese Münchhausiade wird ein Ende mit Schrecken finden, sobald die ostdeutsche Kaufkraft ohne produktive Grundlagen abstürzt und sich dann zeigt, daß die BRD-Industrie zugunsten des binnenökonomischen Scheinbooms sogar über die rezessive Abschwächung in der OECD hinaus Exportmärkte preisgegeben hat. Der gewaltig anschwellende Verschuldungsdruck des BRD-Staates könnte diesen dann auf die internationalen Finanzmärkte und in die offene Konfrontation mit den großen Defizit-Ökonomien treiben, vor allem den USA. Wenn der bisher nach Japan zweitgrößte internationale Kreditgeber BRD plötzlich selber seine Wiedervereinigungs-»Reaganomics« kreiert, zum Nachfrage-Staubsauger nach Geldkapital wird und mitten in der Weltrezession die Zinsen nach oben treibt, dürfte kein Auge mehr trocken bleiben.

Fazit: Die Wiedervereinigung ist selber ein gewaltiger Krisenfaktor des globalen Marktsystems; die BRD-Ökonomie kann das politisch einverleibte Ostdeutschland gar nicht verdauen. Im deutschen Binnenraum zeigt sich so nur exemplarisch, daß die westliche Marktwirtschaft den Osten insgesamt ebensowenig wie vorher schon den globalen Süden integrieren kann. Das historische Niveau der Produktivität und Kapitalintensität ist zu hoch dafür; nach dem Staatsversagen kommt das Marktversagen: Die Ostdeutschen, die es für eine »Revolution« hielten zu skandieren: »Helmut, nimm uns an der Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland!«, erleben verdientermaßen ihr Wunder, und zwar ein blaues. Für eine Revolution in der Krise des Staatssozialismus wäre etwas anderes nötig gewesen als die alberne Hoffnung, von der Deutschen Bank aufgekauft zu werden.

Von Robert Kurz erschienen in KONKRET 3/91 »Acht Thesen zum Golfkrieg«

Konkret 04/91, S. 32

Georg Fülberth

Noch ein Nachruf

Mit der offiziellen Auflösung des Warschauer Paktes geht eine Phase internationaler Beziehungen zuende, an die spätere Generationen möglicherweise mit Wehmut zurückdenken werden

Nicht erst am Ende der Warschauer Vertragsorganisation, die zum 1. April ihre militärische Struktur auflöste, stand eine Niederlage, sondern auch an ihrem Anfang 1955. Der entscheidende Punkt war jeweils die deutsche Frage.

Voranging, 1945, Potsdam. Deutschland sollte eine Einheit bleiben, aber innerhalb einer europäischen Friedensordnung gezähmt sein. Grundlage war das Einvernehmen zwischen den USA und der UdSSR. Als sie zerbrach, war Deutschland zentrales Objekt des Kalten Krieges. Es sollte entschieden werden, welchem der beiden Systeme es angehören werde. Auch hier blieb seine Einheit vorausgesetzt, die zeitweilige Spaltung war lediglich Ausdruck der Tatsache, daß der Kampf noch nicht aus war.

1955 gab Chruschtschow auf. Der 17. Juni 1953 hatte gezeigt, daß auf längere Sicht der westdeutsche Staat für große Teile der Arbeiterklasse auch in der DDR der attraktivere sein werde. Durch seine Eingliederung in die Nato war er Element eines Drohpotentials geworden. Die Sowjetunion war in der Defensive. Sie konnte ihr Ziel: ein einheitliches, ihre Sicherheitsinteressen nicht gefährdendes, womöglich gar sozialistisches Deutschland, zumindest als Tagesforderung nicht aufrechterhalten. Deshalb proklamierte sie jetzt die deutsche Zweistaatlichkeit. Der Westen aber hielt an der Wiedervereinigung in Frieden und Imperialismus als aktueller Aufgabe fest. In dieser Differenz der Ziele zeigte sich eine sehr unterschiedliche Dynamik der beiden Systeme.

Die Warschauer Vertragsorganisation - der »Warschauer Pakt« - war ebenfalls Ausdruck der Schwierigkeiten, in welche die UdSSR inzwischen geraten war. Er stellte die Antwort auf die Eingliederung der Bundesrepublik in die Nato dar. Diese ihrerseits sollte, nun schon aus der Sicht des Westens, insbesondere Frankreichs, die Westdeutschen nicht nur bewaffnen, sondern auch zähmen.

Warschauer Pakt und Bekenntnis zur Zweistaatlichkeit waren Ergebnis einer Frontbegradigung als Konsequenz der sowjetischen Niederlage in der ersten Runde des Kalten Krieges. Auf dieser zurückgenommenen Linie war das sozialistische Weltsystem dann zwei Jahrzehnte lang relativ erfolgreich. Die erklärte Absicht des in der BRD angesiedelten deutschen Imperialismus: nicht nur das halbe Deutschland ganz zu haben, sondern möglichst umgehend das Reich wiederherzustellen, wurde nicht realisiert, stattdessen behauptete sich zunächst die DDR. Die Sowjetunion gewann Einfluß außerhalb des unmittelbaren Vertragsbereiches des Warschauer Paktes in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien. Die Bipolarität gab diesen die Chance, zur Dritten Welt zu werden.

Zur Offensive war der Warschauer Pakt nie geeignet. Bei einem Angriff auf den Westen hätten sich seine Truppen sofort in den Kaufhäusern verlaufen. Ein Überfall der Nato mit deutschen Soldaten dagegen wäre auf den erbitterten Widerstand der Völker der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei gestoßen - nach ihren Erfahrungen bis 1945 aus Nationalismus, nur minoritär auch zur Verteidigung sozialistischer Errungenschaften. Diese Barriere, den antideutschen Vorbehalt, beseitigte 1970 Willy Brandt. In der Folgezeit zeigte sich, daß die Systemauseinandersetzung nicht in erster Linie militärisch entschieden werden würde. Der Weltmarkt wurde zum innenpolitischen Faktor auch in den Ländern der Warschauer Vertragsorganisation. Ihre Armeen standen dumm rum.

Allerdings war es nicht nur eine ökonomische Pleite, sondern zuletzt auch eine militärische. Auf der Grundlage breiterer gesellschaftlicher und technologischer Ressourcen konnte die Nato - genauer: in diesem Fall wieder ihre US-amerikanische Vormacht - mit ihren Pershings und Cruise Missiles neue Droh-Waffen in Stellung bringen, gegen welche die UdSSR und die Warschauer Vertragsorganisation kein Rezept mehr hatten.

Interveniert hat der Pakt niemals nach außen, immer nur nach innen, am deutlichsten 1968 in der CSSR. Auch der Bau der Berliner Mauer 1961 wäre ohne seine Rückendeckung nicht zustandegekommen. In beiden Fällen handelte es sich um das Eingeständnis eines Scheiterns. Die neuen Ordnungen waren entweder nie von der Mehrheit der Bevölkerung getragen worden (DDR), oder sie hatten ihre Basis, die sie einmal besaßen, wieder verloren (CSFR). In beiden Fällen war der Eingriff (Einmarsch, Mauer) gerechtfertigt als Voraussetzung eines sofort danach vorzunehmenden gründlichen inneren Umbaus. Als dieser unterblieb, verlor auch der Gewaltakt seinen historischen Sinn. Die Genossen Militärs hatten ihre Sache gut gemacht, Ökonomie und Politik kamen nicht nach.

Zweifellos diente der Pakt auch den staatlichen Interessen der UdSSR. Die Länder »Zwischeneuropas« waren ab 1938 eine leichte Beute der deutschen Faschisten geworden und danach zum Hinterland und Durchmarschgebiet für den Überfall von 1941. Seit 1945 war das Vorzeichen geändert: in den cordon sanitaire für die UdSSR wurde sogar ein Teil Deutschland einbezogen.

Der Sozialismus konnte durch dieses System auf Dauer nicht geschützt werden,wohl aber der territoriale Bestand der Länder, die von Hitler überfallen worden und deren nach dem Sieg der Anti- Hitler-Koalition veränderte Grenzen von der BRD jahrzehntelang in Frage gestellt worden waren. Königsberg bleibt Kaliningrad, Breslau Wroclaw, und die Egerländer Gmoi kam nicht ans Ziel. Der so gesicherte territoriale Bestand wird allerdings in Zukunft lediglich die Basis des Nationalismus nach- sozialistischer Regimes bilden. Immerhin: Daß es Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht mehr gibt, gehört zu den Erfolgen des Warschauer Pakts. Es mag auch im Interesse der Westmächte gelegen haben.

Die ökonomische Parallel-Organisation zum Warschauer Pakt, der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, entstand einige Zeit vor diesem und wird ihn um eine kurze Frist überleben. Auch er entstand aus der Abwehr: gegen den Wirtschaftsboykott des Westens. Der Sowjetunion wird nachgesagt, daß sie sich immer wieder auf Kosten ihrer Verbündeten bedient habe. Das wird im einzelnen noch zu überprüfen sein. Sicher ist jetzt schon, daß innerhalb des RGW die Länder, welche die schlechtesten Voraussetzungen mitbrachten, sich entwickeln konnten, und sei es zu Lasten der Reicheren in dieser Organisation. Falls es jemals zu einer gerechten Neuen Weltwirtschaftsordnung kommen sollte, wird sie ebenfalls nach diesem Prinzip funktionieren müssen.

Manche Leute träumen zuweilen von einer Weltregierung. Nach einigem Überlegen erschrecken sie, denn das wäre wahrscheinlich eine besonders strikte Form von Herrschaft, wohl mit einer Vormacht. Die im Vergleich hierzu bessere Balance internationaler Beziehungen erfolgt im regulierten Konflikt. Das setzt ein Gleichgewicht der einander gegenüberstehenden Kräfte voraus, und dieses kann oft nur durch den Zusammenschluß der Schwächeren entstehen. Dadurch erst werden diese »konfliktfähig«. Mit dem Warschauer Pakt ist das für eine Generation gelungen.

Vielleicht ist die Annahme ein Irrtum, nach dem Kalten Krieg bleibe der Nord-Süd-Konflikt übrig. Wenn Schwächere durch Stärkere niedergehalten werden und keine Kraft zur Gegenwehr haben, ist das nicht Kampf, sondern Herrschaft. Zum Konflikt gehört Macht auf beiden Seiten, sonst entsteht nichts anderes als Unterdrückung. Weil der Warschauer Pakt ein »Block« war, militärisch einige Zeit stark, wenngleich nicht anziehend, hat er das im Verhältnis zwischen dem reichen Westen und dem armen Osten für einige Jahrzehnte verhindern können. Seine Existenz markiert insofern vielleicht sogar eine zwischendurch erreichte Gute Alte Zeit, Breschnew war der Kaiser Franz Josef.

Georg Fülberth, Trauerarbeiter, lebt in Marburg

Konkret 04/91, S. 33

Wolfgang Pohrt

Der Weg zur inneren Einheit X

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality« (AP), in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert. Nach dem Einleitungsessay, Überlegungen zur empirischen Methode, den Ergebnissen eines ersten Fragebogendurchlaufs (s. KONKRET 5-7/90), drei Interviews mit rechtsradikalen Aktivisten, durch die ermittelt werden sollte, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann« (s. KONKRET 8-9+11/90), und dem Abdruck einiger empirischer Daten der Pohrtschen Erhebung (s. KONKRET 1/91) setzen wir die Interpretation ihrer Ergebnisse (s. KONKRET 2+3/91) fort und beenden damit die Serie

V. DUMMHEIT UND ABERGLAUBEN DARF MAN NICHT VERSPOTTEN ODER DAS KRITIKVERBOT ALS TOLERANZEDIKT

Von Tucholsky stammt das Bonmot, nach einem gelungenen Witz sitze halb Deutschland auf der Couch und nehme übel. Entweder waren damals die Zeiten nicht so muffig, oder der Spötter war ein unverbesserlicher Optimist, denn heute, so darf man aus dieser Umfrage folgern, beträgt der Anteil der chronisch Verschnupften an der Gesamtbevölkerung statt 50 rund 80 Prozent.

Die chronisch Verschnupften sind übrigens die gleichen, denen kein Faschingsscherz über Ausländer zu ekelhaft, keine zotige Büttenrede zu widerlich ist, und deshalb ist es nicht leicht, die Art ihres Verschnupftseins präzise zu beschreiben. Man täte den wirklichen Gouvernanten und den wirklichen zimperlichen alten Jungfern Unrecht, würde man die Landsleute als gouvernantenhaft oder altjüngferlich beschimpfen, denn während jene ehrlich empört darüber sind, daß jemand gegen Regeln verstößt, die ihrer Meinung nach für alle obligatorisch sein sollten und die sie selber auch streng befolgen, sind für die Landsleute Gouvernantenhaftigkeit und altjüngferliche Zimperlichkeit Gemütszustände, die man einschalten und ausknipsen kann. Sie sind fungibel, und sie werden in der Regel zur Einschüchterung von Kritik oder zur Unterdrückung der Wahrheit benutzt.

Das Einschüchterungsmanöver basiert auf dem Trick, durch gespielte Empörung oder gespieltes Entsetzen eine peinliche Situation herbeizuführen, in welcher der Missetäter der Blamierte ist und er sich nur noch vor Zerknirschung winden kann. Besonders beliebt ist die Methode bei Lehrern, die ohne Vorwarnung zu erbleichen und aus allen Wolken zu fallen scheinen, wenn Kinder etwa erzählen, *Man Eater* sei nun mal ihr Lieblingsvideo. Überhaupt wird sie gern im Umgang mit Jüngeren praktiziert, beispielsweise bei einer TV-Diskussion Ende August im ZDF, wo Jugendliche über die Jugend erzählen sollten. Natürlich wurde auch das unvermeidlichste aller hiesigen Problem-Themen, nämlich die moralische Bedenklichkeit der Abtreibung, angeschnitten, und ein Mädchen gibt seinerseits zu bedenken: »Ich bin 17 Jahre alt, und wenn ich schwanger werde und das Kind nicht wegmachen lassen kann...«, worauf der Moderator scharf dazwischenfährt mit den Worten: »Da muß ich sofort unterbrechen, also dieses ‘Wegmachen’, dieses Wort finde ich furchtbar.« Der Ohrenzeuge solcher Interventionen braucht selber keine Sympathien für den Rechtsradikalismus zu besitzen, um für die rechtsradikalen Sprüche von Jugendlichen Verständnis aufzubringen, denn eine wahre Lust muß es für Kinder sein, den meist schon etwas verwitterten und von den Spuren einer gewiß nicht immer klösterlichen Existenz gezeichneten Lehrer als Gretchen in der Szene »Frau Nachbarin, Ihr Fläschchen!« zu erleben.

Auch unter Erwachsenen bedient man sich der gespielten Empfindsamkeit gern, hier dient sie vor allem als Waffe gegen Witz, Ironie, Sarkasmus, Eloquenz. Hat eine Diskussion, was hier selten genug vorkommt, beispielsweise mal den Punkt erreicht, wo die Gedanken schärfer und die Worte schneller und spitzer werden, so findet sich immer einer, der erklärt, daß es ihn tief betroffen mache, wie man hier miteinander umgehe. Auf einen relativ hohen Mittelwert von 5.36 kam daher auch der *UFO-Satz*, von dem irrtümlich erwartet worden war, er würde unmittelbar eine Neigung zum Irrationalen messen, und der sich nun als Reagenz auf antiaufklärerischen Konformismus erwies: **37. Wenn jemand an UFOs, an die Seelenwanderung oder die Wiedergeburt glaubt, darf man ihn deshalb nicht verspotten.**

in Prozent

starke Ablehnung 7.5%

mittlere Ablehnung 4.4%

geringe Ablehnung 6.6%

keine Meinung 0.3%

geringe Zustimmung 23.6%

mittlere Zustimmung 22.7%

große Zustimmung 34.9%

ZUSAMMEN 100.0%

Sachlich einwenden ließe sich gegen die von rund 80% der Befragten geteilte Meinung zunächst, daß alles an einem Menschen verspottet werden darf, wofür dieser die Verantwortung trägt. Wer zuviel ißt, muß es sich gefallen lassen, daß man sich über seine Leibesfülle lustig macht, und wenn er klug ist, wird er den Spöttern ihren Spaß auch gönnen, hat er doch selber bei der Völlerei einen viel größeren genossen. Witze über die geschmacklosen Kleider der Bundeskanzlergattin sind legitim, weil diese Frau hinsichtlich der Wahl ihrer Kleider alle Mittel und Möglichkeiten hat. Grundsätzlich verspottet werden darf daher jede Meinung, weil die falsche kein angeborener, unabänderlicher Defekt und die richtige im Unterschied zu einem eleganten Kleid oder zu einer noblen Karosse für jeden erschwinglich ist. Selbstverständlich ist also der Spott ein legitimes Mittel im Meinungsstreit zwischen Personen, die 'im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte' sind, nur über das wirre Gerede von Betrunkenen oder Irren Witze zu machen, ist geschmacklos.

Außerdem müßten die Zustimmer zum *UFO-Satz* sich fragen lassen, ob sie Spott grundsätzlich ächten wollen, denn wenn man nicht verspotten soll, wer im 20. Jahrhundert an UFOs, an die Seelenwanderung oder an die Wiedergeburt glaubt - wen dann überhaupt. Um einen Hinweis darauf zu bekommen, was die Zustimmer wohl meinen könnten, werden nun wieder die Items aufgelistet, welche mit dem *UFO-Satz* am höchsten korrelieren. Weil dieser Satz die schlechteste Trennschärfe von allen besitzt, weil er also der zwischen Highscorern und Lowscorern am wenigsten umstrittene ist, mußte der Grenzwert diesmal auf r _ 0.15 gesenkt werden:

12. Wenn der Vernichtung der tropischen Regenwälder und der Zerstörung der Ozonschicht nicht Einhalt geboten wird, ist der Untergang der Menschheit nur noch eine Frage der Zeit. (0.1609)

18. Die Probleme, vor denen unser Land heute steht, verlangen nach einer starken, zukunftsweisenden politischen Führung. (0.1508)

29. Obwohl es vielleicht übertrieben klingt: Manchmal sind Tiere die besseren Menschen. (0.1531)

35. Einer der Hauptfehler der Deutschen war, daß sie die nur auf den schnellen Dollar abzielende Lebensweise der Amerikaner übernommen haben. (0.2292)

38. Was dem Einzelnen Kraft gibt, ist seine Geborgenheit in der Familie und seine Verankerung in der Gemeinschaft. (0.1724)

39. Presse und Fernsehen neigen dazu, mit ihrer verantwortungslosen Kritiksucht alles Gute und Schöne in den Schmutz zu ziehen. (0.1531)

44. Tierquälerei sollte man besonders streng bestrafen, weil das Verbrechen an unschuldigen und wehrlosen Wesen begangen wurde. (0.1799)

50. Wer nicht buckelt, sondern ehrlich zu seiner eigenen Überzeugung steht, muß im Leben mit Nachteilen rechnen. (0.1549)

51. Die Öffentlichkeit erfährt oft wenig davon, was die wirklichen Drahtzieher hinter verschlossenen Türen planen. (0.2479)

Wie der *UFO-Satz* in seinem Sympathisantenkreis den Wunsch nach der starken Regierung (Nr.18) mit dem Argwohn gegen die 'wirklichen Drahtzieher' (Nr.51) zusammenbringt und dergestalt die antidemokratischen Neigungen seiner Befürworter verrät, so korreliert er selber mit dem gegen die Pressefreiheit gemünzten Satz Nr.39, und das heißt: Keineswegs wird er als Votum für eine Toleranz aufgefaßt, welche neben dem Recht auf Irrtum und Idiotie auch das Recht zur Kritik an beiden impliziert, sondern er entspricht dem Wunsch nach staatlicher Unterdrückung von scharfzüngigen Kritikern und Spöttern. Deutlicher noch als durch den niedrigen Korrelationskoeffizienten wird dieser Zusammenhang, wenn man die Frage stellt, wieviele unter den Zustimmern zum *UFO-Satz* die Kritiksucht der Presse rügen. 58.8% beträgt der Anteil, und er fällt nur deshalb weniger spektakulär aus, weil Satz Nr.39 generell weniger Zustimmung findet. Dreht man die Frage um, so stellt man fest, daß 84.3% derer, welche die Kritiksucht der Presse rügen, zugleich Anhänger des *UFO-Satzes* sind.

VI. DIE ANGST VOR DER BEVÖKERUNGSLAWINE ODER DIE MENSCHENFEINDSCHAFT ALS SORGE UM DIE ZUKUNFT DER MENSCHHEIT

Im Unterschied zum Ungebildeten ist der Halbgebildete einer, der sich um Dinge kümmert, die ihn nichts angehen und von denen er nichts versteht. Seinem beschränkten Verstand, seinem reduzierten Erfahrungs-horizont und seinen noch viel reduzierteren Einflußmöglichkeiten zum Trotz sorgt er sich um die großen Fragen unserer Zeit, wobei diese Fragen sich in Gedanken verwandeln, wie sie einem Kleintierzüchter durch den Kopf gehen mögen, wenn er vor seinem Kaninchenstall steht: Zu viel Mist? Zu viele Karnickel? Fressen die Biester mich am Ende noch arm und kahl, wenn ich ihren Paarungstrieb nicht dämpfe?

Der großraumpolitisch ambitionierte kleine Mann, der mit Millionen und Milliarden jongliert, ist hinsichtlich seines Gemüts der notwendig in primitiven Kategorien denkende Bauer aus der Epoche der Subsistenzwirtschaft geblieben, der es mit ansehen muß, wie die Erbteilung zu immer kleineren Höfen und zu immer größerer Not führt. Denn bis ins Hirn des Ohnmächtigen mit dem Interesse für Globalstrategie drang die Tatsache nicht durch, daß seit den Anfängen des Kapitalismus, und mit überwältigender Deutlichkeit seit rund hundert Jahren, der Mensch kein Fresser ist, der abweidet, was er vorfindet, sondern der Erzeuger eines Mehrprodukts, dessen agrarindustrieller Teil sich als Butterberg, Getreideberg oder Fleischberg in den Kühlhäusern stapelt. Und auf das Harmonischste verbindet sich in seinem Kopf ein demographisches Interesse mit völliger Unkenntnis simpler demographischer Gesetzmäßigkeiten, denn andernfalls müßte er nicht so besorgt in die Zukunft schauen, weil die Bevölkerungsentwicklung Europas in den letzten 200 Jahren zeigt, daß die Menschen sich unter bestimmten Bedingungen zwar eine Weile mächtig vermehren, unter veränderten Bedingungen damit aber auch schnell wieder aufhören können und deshalb nur ein Narr aktuelle Zuwachsraten aufs Jahr 2050 hochrechnen und sich dabei in apokalyptischen Visionen suhlen wird.

Der Satz, der die als Sorge um die Zukunft der Menschheit drapierte Menschenfeindschaft messen sollte, kam auf einen Mittelwert von 5.14, und die Häufigkeitsverteilung zeigt, daß fast drei Viertel der Befragten ihm mehr oder minder stark zustimmen: **25. Eine der Hauptaufgaben für die nächsten Jahre wird es sein, die Bevölkerungslawine einzudämmen.**

in Prozent

starke Ablehnung 7.0%

mittlere Ablehnung 8.1%

geringe Ablehnung 11.1%

keine Meinung 0.0%

geringe Zustimmung 19.5%

mittlere Zustimmung 20.8%

große Zustimmung 33.5%

ZUSAMMEN 100.0%

Im Abschnitt über das Öko-Syndrom wurde schon erwähnt, daß 91,5% derer, welche in der Bevölkerungslawine eines der Hauptprobleme für die Zukunft sehen, zugleich den *schadstoffbedingten Krebstod* fürchten, und der Widerspruch, daß man sich zugleich um das Anwachsen der Bevölkerung und um ihre Dezimierung sorgt, ist selbstverständlich dahingehend aufzulösen, daß im einen Fall die Bevölkerung der Dritten Welt, im anderen die der Bundesrepublik oder auch einfach nur die eigene Haut gemeint ist. Nicht ohne Reiz ist es daher, die Sache mit der Bevölkerungslawine rein rechnerisch einmal genauer durchzuspielen, weil man zu überraschenden Ergebnissen und ganz neuen bevölkerungspolitischen Empfehlungen dabei kommt. So ist die hohe Geburtenrate in der Dritten Welt ja nur einer von zwei Faktoren, welche zusammengenommen eine für die Erde nicht mehr tolerierbare Bevölkerungsdichte ergeben, der andere ist die Verweildauer. Wie jeder Gastwirt weiß, können umso mehr Kunden sein Lokal frequentieren, je geringer die Zahl solcher Zecher ist, die zwei geschlagene Stunden lang in ihr leeres Bierglas stieren. Analog dazu ließen die Platzkapazitätsprobleme auf der Erde sich auch dadurch beheben, daß man die Gäste schneller zum Ausgang bittet, und eine gerechte Lösung wäre es nur, wenn im Maße, wie die Dritte Welt ihre Geburtenrate aufs Niveau der reichen Länder senkt, in diesen reichen Ländern die Verweildauer auf die in der Dritten Welt übliche Zeitspanne reduziert würde. Und wenn in hiesigen TV-Talk-Shows Leute, welche den 60. Geburtstag offensichtlich schon hinter sich haben, vor der drohenden Übervölkerung warnen, so möchte man ihnen oft gern diese Rechung präsentieren und sie dazu auffordern, doch einmal selber mit gutem Beispiel voranzugehen, wenn ihnen die Übervölkerung der Erde mit Essern und Umweltverschmutzern denn wirklich so sehr am Herzen liegt.

VII. DAS GEMEINWOHL UND DIE INNEREN WERTE ODER DAS ATAVISTISCHE KOLLEKTIV UND SEINE BESTIALISCHEN SELBSTERHALTUNGSREFLEXE

Zwei thematisch verwandte Sätze der Skala prangern den Eigennutz an. In Satz Nr.4 sind es die Gruppenegoismen, die dem Gemeinwohl schaden, weil die Regierung sich nicht dagegen durchsetzen kann, in Satz Nr.2 führt das Bedachtsein eines jeden auf den eigenen materiellen Vorteil zur Verkümmerung der inneren Werte. Hier wie dort könnte die Botschaft heißen: Keiner nur für sich allein, jeder für das große Ganze und die großen Ideale. Die Selbstlosigkeit möge das Gesetz unseres Handelns sein, im Verzicht auf den eigenen Vorteil finden wir unser Glück, Neid und Zwietracht wollen wir begraben.

Angesichts der hohen Zustimmung für beide Items müßte ein naiver, aber logisch denkender Beobachter der Zeitgeschichte an seinem Verstand oder am Verstand der Deutschen zweifeln. Denn wenn sie alle gegen die freie Marktwirtschaft sind, gegen Wohlstandsmehrung durch allseitige Konkurrenz, gegen das Rackern und Raffen, wie es der Kapitalismus nun mal mit sich bringt; wenn sie den Wohlstand geradezu abscheulich finden, weil er ihre inneren Werte ruiniert - warum strömten sie dann scharenweise aus der DDR in die BRD, warum hat die DDR die Wirtschaftsordnung der BRD übernommen, warum war es genau umgekehrt? Wieder taucht also die Frage auf, was die Leute eigentlich meinen, wenn sie anders reden, als sie handeln, und wieder sind Rückschlüsse und Querverbindungen das einzige Mittel, um sich an die Bedeutung der Sätze heranzupirschen.

Einer der beiden Sätze, die es diesmal zu enträtseln gilt, wurde schon bei der Erörterung des *Drahtzieher-Satzes* erwähnt, nämlich der Satz Nr.4, der auf einen Mittelwert von 5.17 kommt: **Unseren Politikern fehlt das Format, sich zugunsten des Gemeinwohls gegen Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Unternehmer durchzusetzen.**

in Prozent

starke Ablehnung 7.0%

mittlere Ablehnung 9.5%

geringe Ablehnung 8.6%

keine Meinung 1.0%

geringe Zustimmung 5.2%

mittlere Zustimmung 25.6%

große Zustimmung 33.2%

ZUSAMMEN 100.0%

74% Zustimmung zeigen zunächst, daß die Nazi-Parole *Gemeinnutz geht vor Eigennutz* auch heute eine erfolgversprechende Wahlkampfparole wäre. Ferner lassen die Zahlen darauf schließen, daß die Deutschen von der Demokratie nach wie vor wenig Ahnung haben, weil es nicht die Aufgabe einer gewählten und parlamentarisch kontrollierten Regierung ist, sich gegen die im Parlament vertretenen Interessengruppen und gegen die Wähler einfach durchzusetzen - eben dies zu verhindern ist der Sinn des Parlamentarismus, er soll gewährleisten, daß kein Monarch, Diktator oder Autokrat sich über die Interessen der Bevölkerung hinwegsetzen kann. Weil deren Interessen so wenig einheitlich sind, wie es die Bevölkerung in der arbeitsteiligen Gesellschaft selber ist, weil es die Interessen der Landwirtschaft, der Schwerindustrie, des Großhandels, des Kleingewerbes etc. und dort jeweils noch die Interessen der Eigentümer und der Beschäftigten gibt, muß es auch die Parteien geben und ein Parlament, wo die gewählten Vertreter der diversen Interessengruppen den für sie jeweils günstigsten und für alle akzeptablen Kompromiß aushandeln sollen, dem schließlich die Regierung Geltung verschafft. Vollmacht, ein von den Gruppeninteressen verschiedenes nationales Interesse zu behaupten und es gegen die Interessengruppen durchzusetzen, erhält die Regierung nur im Ausnahmezustand, und die Liste der Sätze, die mit dem insgesamt äußerst trennschwachen *Gemeinwohl-Item* noch am höchsten korrelieren (r _ 0.15) stützt tatsächlich den Verdacht, die Landsleute würden eigentlich meinen, daß sie permanent im Ausnahmezustand leben, nicht zuletzt wegen des Ozonlochs:

3. Wichtige Lehren muß man stets mit Leiden bezahlen. (0.2821)

5. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem. Ein Problem sind aber auch die Drückeberger, die auf unser aller Kosten leben. (0.1658)

8. Wenn man ehrlich und anständig bleibt, wird man leicht übervorteilt oder ausgenützt. (0.1729)

12. Wenn der Vernichtung der tropischen Regenwälder und der Zerstörung der Ozonschicht nicht Einhalt geboten wird, ist der Untergang der Menschheit nur noch eine Frage der Zeit.(0.1963)

18. Die Probleme, vor denen unser Land heute steht, verlangen nach einer starken, zukunftsweisenden politischen Führung. (0.1732)

20. Sittlichkeitsverbrecher verdienen härtere Strafen als nur ein paar Jahre Gefängnis. (0.1932)

34. Die Prunksucht arabischer Ölscheichs zeigt, daß plötzlicher Reichtum kulturlose Völker überfordert. (0.1610)

35. *Einer der Hauptfehler der Deutschen war, daß sie die nur auf den schnellen Dollar abzielende Lebensweise der Amerikaner übernommen haben. (0.2481)*

43. Im Leben gewinnt nicht der Bessere, sondern Erfolg hat, wer besonders rücksichtslos, raffiniert und gerissen ist. (0.2020)

44. Tierquälerei sollte man besonders streng bestrafen, weil das Verbrechen an unschuldigen und wehrlosen Wesen begangen wurde. (0.1596)

50. Wer nicht buckelt, sondern ehrlich zu seiner eigenen Überzeugung steht, muß im Leben mit Nachteilen rechnen. (0.1652)

51. *Die Öffentlichkeit erfährt oft wenig davon, was die wirklichen Drahtzieher hinter verschlossenen Türen planen. (0.2677)*

52. *Wenn der Zuwandererstrom nicht aufhört, der über uns hereingebrochen ist, muß die Entwicklung im Chaos enden. (0.1510)*

55. Jeder unverklemmte Mensch hat das Bedürfnis, manchmal alle Fesseln der Zivilisation abzustreifen und sich richtig auszuleben. (0.1536)

Durch Kursivdruck hervorgehoben wurden diesmal die Favoriten im Sympathisantenkreis, der schon erwähnte *Drahtzieher-Satz*, der *schnelle Dollar* und *lernen durch leiden*. Etwas säuerlich wirkt das Dreigespann, und man meint, jenen in Deutschland besonders beliebten Vorwurf zu hören, der erhoben wird gegen jeden, dem es unter Aufwendung von erheblichen Anstrengungen und Mühen gelingt, nicht wie eine ausgequetschte Zitrone herumzulaufen und seinen Mitmenschen dabei wie Blei auf der Seele zu liegen: Du macht es dir aber einfach, du machst es dir viel zu leicht - wie wenn nicht eben dies die oberste Pflicht Aller in Zeiten wäre, wo wirklich kein Tiefsinn erforderlich ist, um das Leben schwierig zu finden.

Was den *schnellen Dollar* oder das leicht verdiente Geld mit *lernen durch leiden* verbindet, ist die Botschaft, daß es keinem einfach gut gehen darf, daß vielmehr jeder sein Brot im Schweiße seines Angesichts verdienen müsse. Gleichwohl ist die Inter-Item-Korrelation mit dem Drückeberger-Satz eher gering (0.16), und das heißt: Unter den Zustimmern zum *Gemeinwohl-Satz* ist die Zustimmung zum *Drückeberger-Satz* nur wenig höher als bei allen Befragten im Durchschnitt. Hoch genug ist sie damit trotzdem, weil der *Drückeberger-Satz* schon beim Durchschnitt auf große Zustimmung stößt, oder anders gesagt: Genau 80.9% derer, die Satz Nr.4 mehr oder minder richtig finden, spenden auch bei Satz Nr.5 schwächeren oder stärkeren Applaus - und sehr viel Fantasie braucht man daher kaum, um sich auszumalen, welche Gruppen der Bevölkerung es am Ende sein würden, denen die gewünschte stärkere Regierung mit der nötigen Entschlossenheit entgegentritt. Wenn also das Wort vom Gemeinwohl die in viele Gruppenmit antagonistischen Interessen gespaltene Bevölkerung zum Volk zusammenlügt, welches nur ein Interesse haben würde, so besteht der Zweck des Verfahrens darin, eine Verfolgergemeinschaft zusammenzuschmieden, die ihre innere Zerrissenheit auf Kosten der Ärmsten und der Schwächsten kittet.

War der *Gemeinwohl-Satz* im Hinblick auf elementare demokratische Normen und die gesellschaftlichen Gegebenheiten falsch, so kann man sich beim *Verkümmern der inneren Werte im Wohlstand* jedes weitere Ausholen sparen. Der Satz, der eine mittlere Zustimmung von 5.21 vorweist, ist schon unsinnig, wie er einfach dasteht, weil alles am Menschen, was diesen zu einem solchen macht, also jede zartere Empfindung, jede entwickeltere geistige Regung, die Befreiung von kreatürlicher Not voraussetzt und weil umgekehrt die kreatürliche Not das menschliche Wesen jederzeit in ein bestialisches verwandeln kann: **2. Im Wohlstand verkümmern die inneren Werte, weil jeder nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist.**

in Prozent

starke Ablehnung 7.0%

mittlere Ablehnung 7.9%

geringe Ablehnung 7.5%

keine Meinung 0.3%

geringe Zustimmung 21.2%

mittlere Zustimmung 24.7%

große Zustimmung 31.4%

ZUSAMMEN 100.0%

Frei übersetzt heißt dies, daß gut drei Viertel der Befragten meinen, der Zwang, sich bestialisch verhalten zu müssen, kehre gerade das Gute im Menschen hervor, seine inneren Werte, und die Liste der am höchsten korrelierenden Sätze (r _ 0.2) liefert, insofern sie auch Item Nr.29 enthält, tatsächlich das Indiz dafür, daß die Landsleute einen etwas eigenwilligen Begriff vom Menschen haben:

1. Echte Freiheit verlangt, daß man sich in die Gemeinschaft einfügt. (0.2299)

3. Wichtige Lehren muß man stets mit Leiden bezahlen. (0.2211)

9. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt. (0.2164)

15. Freundlichkeit und Nachsicht werden von den meisten Menschen doch nur als Schwäche ausgelegt. (0.2039)

17. Oft erntet am wenigsten Dankbarkeit und Anerkennung, wer sich aufopfert und am meisten leistet. (0.2239)

29. Obwohl es vielleicht übertrieben klingt: Manchmal sind Tiere die besseren Menschen. (0.2510)

35. Einer der Hauptfehler der Deutschen war, daß sie die nur auf den schnellen Dollar abzielende Lebensweise der Amerikaner übernommen haben. (0.3109)

41. Die armen Völker mit ihren riesigen Menschenmassen könnten sich eines Tages zu einem gnadenlosen Vernichtungskrieg gegen die reichen Länder verbünden. (0.2305)

45. Der Arme ist oft glücklicher als der Reiche, weil er sich über die einfachen Dinge des Lebens noch richtig freuen kann. (0.3060)

Auffällig an den letzten drei Items ist, daß sie einen Widerspruch bilden, dessen Auflösung mit Spekulationen von erheblicher Tragweite verbunden ist. Wenn einerseits die Armen glücklicher als die Reichen sind, weil sie sich über die einfachen Dinge des Lebens noch richtig freuen können, und wenn andererseits diese Armen einen gnadenlosen Vernichtungskrieg gegen die Reichen führen werden, so kann dies nur heißen, daß ihr Glück wesentlich in der Vorfreude auf den künftigen Vernichtungskrieg und im Genuß an der Vernichtung selber besteht. Die Floskel von den ‘einfachen Dingen des Lebens’, über welche sich der Arme noch richtig freuen könne, wurde offenbar wörtlicher verstanden, als sie gemeint gewesen war, insofern der Tod oder das Immergleiche an Einfachheit alle anderen Erscheinungen des Lebens übertrifft. Und es drängt sich, im Zusammenhang mit dem *Antiamerikanismus-Satz*, nun unabweisbar ein Gedanke auf, obwohl man ihn zugleich als völlig überspannt wegschieben möchte: Die Deutschen verzeihen es den Amerikanern nicht, daß die ihnen das Töten abgewöhnten.

So dürfte es sich bei den inneren Werten, deren Verkümmerung im Wohlstand man bedauert und deren Aufblühen in der Not man sich wünscht, um die bestialischen Selbsterhaltungsreflexe von atavistischen Kollektiven handeln, die den Begriff des Menschen noch gar nicht kennen und die in jedem Zweibeiner anderer Stammeszugehörigkeit nur den Feind sehen, den man töten muß, um nicht von ihm getötet zu werden.

Zusammenfassung

Während die Sub-Skalen ein Produkt des Bemühens waren, die AP methodisch zu imitieren, stellt die Konsens-Skala eine kleine Neuerung dar. Sie versammelt gerade solche Sätze, wie sie bei der Entwicklung der F-Skala und an sie angelehnten Skalen herausgefiltert wurden, weil sie keine Trennschärfe besitzen, weil sie nur schwach mit dem Total-Score korrelieren, weil sie zum konventionellen autoritären Syndrom, wie es die Skala mißt, offensichtlich querstehen.

Die Konsens-Skala versammelt also Sätze, die zwischen Lowscorern und Highscorern oder zwischen Nicht-Autoritären und Autoritären kaum umstritten sind und die sich obendrein außerordentlich großer Zustimmung erfreuen dürfen. Der schon im Tabellenteil genannte Mittelwert für die Skala beträgt 5.64, und wenn man der Summenvariablen das ursprüngliche Bewertungsschema zuordnet, analog zum Verfahren bei der Skala ‘Stimmungsbarometer’ (vgl. KONKRET 1/91), ergibt die Häufigkeitsverteilung folgende Werte:

KONSENS-SKALA

in Prozent

starke Ablehnung 0.0%

mittlere Ablehnung 0.7%

geringe Ablehnung 2.7%

keine Meinung 0.0%

geringe Zustimmung 12.7%

mittlere Zustimmung 46.5%

große Zustimmung 37.3%

ZUSAMMEN 100.0%

Schon die Tatsache, daß bei dieser Skala praktisch nur nach dem Grad der Zustimmung unterschieden werden kann, weil die Ablehner zu vernachlässigen sind, läßt den Eindruck von Gleichschaltung entstehen, weil selbst dann, wenn die meisten Sätze der Skala aus guten Gründen zu befürworten wären, es doch keineswegs solche sind, über die man so wenig streiten oder verschiedener Meinung sein kann wie etwa über die Behauptung, jeder Mensch solle sich satt essen dürfen. Aus guten Gründen zu befürworten aber sind die Sätze der Konsens-Skala nicht, und das ganze Kapitel war ein Versuch, sich an die schlechten Gründe und die dahinterliegenden Motive heranzutasten.

BILANZ IM NOVEMBER

Noch im Frühling, zu Beginn der Studie, war wenigstens die räumliche und zeitliche Abgrenzung klar. Präzise Angaben zur Lage und zum Jahrgang ließen den Untersuchungsgegenstand sogar als etwas Handfestes erscheinen, weil der Mensch zum Fehlschluß neigt, daß, was datiert und lokalisiert wurde, wohl auch existieren muß. Mochte das Massenbewußtsein samt seiner Elemente sein, was es wollte, immerhin wußte man eines bestimmt, nämlich wann und wo man die Mixtur suchen sollte.

Gut acht Monate später warf das Label »BRD 1990« nur noch Fragen auf. Anfangs der 80er Jahre hatte man sich grundlos um die nationale Identität gesorgt, nun war sie wirklich zum Problem geworden. Wo BRD drauf stand, war jetzt DDR mit drin, schneller als gedacht verloren feststehende Begriffe wie Jugoslawien, Sowjetunion oder BRD ihren Sinn. Außerdem verloren die Landsleute das Monopol auf die Herstellung von Marotten, schwierig wurde die Beantwortung der Frage, was Import und was *made in Germany* war. Spätestens seit im Oktober der Friedensnobelpreis an Gorbatschow ging, unter dessen Regime in der Sowjetunion die Stammeskriege begannen, hielten die Deutschen nicht mehr den Weltrekord in der Disziplin Realitätsverlust, der hiesige Wahn war eine Spielart des globalen geworden.

Für die Untersuchung hieß dies, daß sie Opfer einer Heimatvertreibung wurde, diesmal einer im wörtlichen Sinn, weil die Verhältnisse wandern gingen und der Sozialforscher ortsfest blieb. Ziemlich alt sah er plötzlich aus, Jahre des Beobachtens und Knobelns waren reif für den Speicher. Auch der hartgesottenste Scientismus nämlich leugnet nicht, daß beispielsweise eine Skala ohne vorwissenschaftliche Erfahrung weder konstruiert noch interpretiert werden kann. Richtiger wäre, wenn man sagen würde, daß jede Untersuchung eines Gegenstands von Informationen über ihn lebt, wie sie weder in der Fachliteratur noch in der Studie selber zur Sprache kommen. Wer lange irgendwo wohnt, entwickelt allmählich einen Instinkt dafür, was die Eingeborenen demnächst anstellen werden, die Vielzahl der Eindrücke und Bilder stellt das Material für assoziative Verknüpfungen bereit, und mit der Zeit bildet sich eine auf Lebenserfahrung beruhende Sicherheit des Urteilens. Nebensächliche Beobachtungen, kleine, nur aus den Augenwinkeln wahrgenommene Dinge sind es schließlich, denen das Denken oft den Einschaltklick verdankt.

Sicher sieht man der M-Skala das nicht an, aber in ihr und vor allem in der Interpretation der Werte stecken zehn Jahre nicht ganz mühelos erworbener Erfahrung. Zehn Jahre lang war die Bundesrepublik ein überschaubares, friedlich vor sich hingärendes, auf kleiner Flamme im eigenen Saft schmorendes Gebilde gewesen, nur das Massenbewußtsein schäumte und warf manchmal dicke Blasen auf, und in aller Ruhe konnte man die Gesetze der Blasen- und Schaumbildung studieren. Die Gemütsaufwallungen hatten kaum äußeren Grund, sie waren autark und autonom und eben deshalb ein ideales Objekt für Beobachtung und Forschung. Der reine Wahn aber setzt, außer bei ganz Verrückten, Verhältnisse voraus, unter denen man sich ihn leisten kann, ein Hypochonder wird schnell seine eingebildete Krankheit vergessen, wenn er eine richtige bekommt. Das bundesdeutsche Ökosyndrom beispielsweise, welches in dieser Studie noch eine wichtige Rolle spielt, war auch Zeitvertreib, es basierte auf Wohlstand, Stabilität und Langeweile. Wer eigentlich keine Sorgen hat, denkt sich welche aus, und was er dann als freischaffender Künstler zusammenphantasiert, erlaubt Rückschlüsse auf den Zustand seiner Seele.

Dies luxuriöse Tollhaus also war der Studie Heimatland, die Gegend, wo man jede Gasse bei geschlossenen Augen am Geruch und an den Geräuschen erkennt. Von dort wurde sie verscheucht, nicht etwa nur auf anderes Gebiet, sondern auf eines, wo die Karten jeden Tag hätten neu gezeichnet werden müssen. Die volle künstlerische Freiheit beim Ausdenken von Sorgen nämlich gibt es in der neuen BRD nicht mehr, neben eingebildeten Gefahren machen wirkliche sich breit, und es

scheint, als wäre das Ökosyndrom der neuen Konkurrenz schon erlegen. Nicht, daß die Landsleute deshalb normal würden auch nur in dem Sinn, daß sie einfach bloß so verrückt werden wie alle. Aber in einem Übergang befindet das Kollektivbewußtsein sich, und inmitten von Übergängen ist es schwer, schon die sich herausbildenden neuen Konturen zu erkennen, weil die Gefühle und die Reaktionen höchst zwiespältig sind. Alte und neue Einstellungen überlagern sich noch, einerseits signalisiert die Entwicklung im Osten Europas und der neuen BRD ernste Gefahren für Bequemlichkeit und Wohlstand, andererseits geht mit dem Zusammenbruch dort eine lange gehegte Untergangsvision in Erfüllung.

Also wissen die Leute es selber nicht so ganz genau, ob sie sich vor dem Elend fürchten oder sich darüber freuen sollen. Schlechte Zeiten für Meinungsforscher, die mit vorformulierten klaren Sätzen arbeiten müssen, um zu quantitativen Ergebnissen zu kommen.

Finden beispielsweise die Bundesbürger die Folgen der Einheit gut oder schlecht, wenn sie sich als konkretes Beispiel Berlin anschauen? Belauschen wir kurz ein Ehepaar, Anfang 40, kinderlos, beide berufstätig. Im Herbst 1989 zog es von Berlin in eine süddeutsche Kleinstadt, hauptsächlich wegen der Schadstoffe in der Luft, aber auch wegen der Verkehrsbelastung, und weil man überhaupt ein ruhigeres Leben führen wollte, fern von der Großstadt mit ihrem Streß und ihren Menschenmassen. Ein Jahr später nun verbringt das Paar ein verlängertes Wochenende in Berlin, wo die beiden zuletzt vor dem Mauerfall gewesen waren. Schon die Fahrt ist ein Erlebnis: 15 Stunden hin, 20 Stunden zurück, endlose Staus auf der Autobahn, Kälte, Nacht, kein Benzin, kein Essen und keine Toiletten. Bei der Rückkehr werden die beiden nach ihren Eindrücken befragt, und das sind sie - stark gerafft, aber jeder Satz wörtlich zitiert:

»Berlin ist voll, Schlangen wie in Rußland. Schlimm. Schlimm, aber voller Leben. Es hat uns gut getan. Die Fahrt war scheußlich, aber es hat sich gelohnt. Berlin lebt jetzt noch mehr, alles ist rammelvoll, Innenbezirke und Außenbezirke sind voller Autos. Wo man früher 5 Minuten gebraucht hat, braucht man jetzt eine halbe Stunde. Egal wo man fährt, überall sind zweispurige Kolonnen. Die Karl-Marx-Straße ist voll wie mit Ameisen. Man kann nicht mehr zu zweit dort rumschlendern, sondern man muß sich Zeit nehmen und sich richtig durchboxen. Wir wollten einen Geschäftsbummel machen, aber das ging nicht - überall Schlangen. Man braucht erstmal Zeit, um ins Geschäft rein zu kommen. Schon überhaupt durch die Straße zu kommen - das ist ein Erlebnis. Wir waren schon in Metropolen, durch Athen bei 45 Grad im Schatten mit dem Auto - das war schon ein Erlebnis, Abgase und Schrittempo. Aber hier - da haben wir gesagt: Berlin ist jetzt eine richtige Metropole. Also wenn man dann im Laden drin ist, braucht man wieder Zeit, um an die Ware ranzukommen. Und dann läßt man sie schon stehen, weil die Schlange an den Kassen, die funktionieren, so lang ist, daß man eine halbe bis dreiviertel Stunde warten muß. Draußen in Gropiusstadt, wo sonst immer Totentanz war, morgens am Samstag beim Brötchenkaufen: 30 Meter Schlange draußen vor dem Laden. Und es gibt keine Rempeleien, die Leute stehen geduldig, holen sich mal eine Zeitung, dann geht es ein Stückchen weiter, man kommt auch ins Gespräch. Im Stau auf der Autobahn war es ähnlich. Ich habe da im Wagen gesessen und die Leute beobachtet, anfangs will jeder, daß es bloß weitergeht. Aber dann kommt so ein Punkt, da wird einem alles egal, dann lockert sich das, die Leute fangen auch an zu grinsen, und nach 10 Stunden kommt dann auch die Kommunikation in Gang. Also es hat uns gut getan, dieses Gedränge, es ist Leben auf den Straßen. Früher war alles anonym, aber jetzt ist man nicht mehr anonym, sondern man ist in der Masse, man ist wie im Karussell.«

Auf der M-Skala erreichten die beiden übrigens Mittelwerte von 5.36 bzw. 4.31, beide stimmten stark zu beim *ozonlochbedingten Weltuntergang* (Nr.12) und beim *schadstoffbedingten Krebstod* (Nr.48), beider Parteipräferenz galt den Grünen. Beide glauben, daß die Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien möglicherweise daher kommen, daß das Land einfach übervölkert ist oder daß die Leute dort unter Langeweile und nicht ausgelebtem Bewegungsdrang leiden. Wer sie bei anderer Gelegenheit das naturverbundene Leben hat loben oder die Gefahren der modernen Zivilisation hat beschwören hören und von Ambivalenz nichts weiß, würde sie in diesem Kurzbericht nicht wiedererkennen.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist freilich nur die Reihung »Wie in Rußland - Schlimm - Aber voller Leben - Es hat uns gut getan.« Anders, als man denken sollte, aber genauso, wie man ahnen konnte, schlummert in der Seele derer, die sich vor der Katastrophe zu ängstigen meinen, ein mächtiger Erlebnishunger nach ihr. Sie wird herbeigesehnt, als Spektakel zum einen, welches Abwechslung in den langweiligen, gefühlsarmen Alltag bringt, zum anderen als Katalysator, welcher die Vereinzelten und Vereinsamten zur Notgemeinschaft verbindet - in Lebensmittelläden, wo das Schlangestehen auch im alten Bundesgebiet Routine wurde, rufen Beschwerden oft den Ärger älterer Bürger hervor, die sich in der Schlange sichtlich wohlfühlen.

Viel also hat sich gar nicht geändert, könnte man meinen, noch immer der alte Weltuntergangs-Wonnegraus, noch immer die friedensbewegte Sehnsucht nach Verwüstung, nach den Hungerjahren auch, nach der Nachkriegszeit, als das Land in Schutt und Asche lag. Nur nimmt der Wahn eine andere Bedeutung und auch andere Formen an, wenn den Sehnsüchten, die er produziert, plötzlich Äquivalente in der Realität entsprechen. Sich mit Grauen an sterbenden Wäldern, versafteten Soforttoten oder den möglichen Folgen einer Klimakatastrophe zu weiden, war ein vergleichsweise harmloses Spiel, weil die Objekte der Begierde mit großer Sicherheit imaginierte bleiben würden. Die Landsleute glichen Kindern, deren Sadismus folgenlos ist, weil sie das Bein nur der Puppe ausreißen. Aus dem Spiel wird ernst, wenn das geschlossene Wahnsystem aufbricht. Geschlossen ist das Wahnsystem solange, wie die von ihm produzierten Wünsche verrückt sind und

unrealistisch zugleich: Es ist verrückt, sich den Weltuntergang zu wünschen, und es ist zusätzlich verrückt, an die Möglichkeit dieser Wunscherfüllung zu glauben. Nur halb verrückt ist es dagegen, sich russische Verhältnisse zu wünschen, weil solche Verhältnisse vorhanden und realisierbar sind.

Eben weil der Wahn eine andere Bedeutung hat, ändern sich auch die Formen und Symptome. Jede Ambivalenz im Hinblick auf die Katastrophe hat auch eine realitätsverleugnende Komponente, die nur früher gar nicht in Erscheinung trat, weil die Realitätsferne in der Sache selber lag. Über das Waldsterben, die Irrfahrten der lächerlichen Strahlen-Molke oder den Transport amerikanischer Chemiewaffen wurde von den Medien zwar in einem Umfang berichtet, welcher der eingebildeten Gefahr angemessen gewesen wäre, aber nur deshalb, weil keine reale Gefahr vorhanden war. Bloß fiktive Dinge kann man trotz ambivalenter Einstellung ihnen gegenüber permanent fixieren, weil der Widerspruch von haben wollen und nicht haben wollen durch das Bewußtsein aufgelöst wird: Da sind sie zwar, aber es gibt sie eigentlich nicht, alles nur ein böser Spuk. Anders jedoch verhält es sich, wenn wirklich existiert, was zugleich lockt und Schrecken einflößt. Unter diesen Bedingungen muß die Realitätsverleugnung, die zuvor in der Sache selber lag, sich in eine Leistung des Subjekts verwandeln. Besaß der Wahn bislang die Form einer separaten Marotte, die für sich allein genommen zwar völlig verrückt, aber auch wiederum eher harmlos war, weil sie ein von der Realität abgespaltenes Eigenleben führte, ähnlich dem Irresein des Normalbürgers im Hobbykeller, so beginnt nun der Wahn, das Verhältnis der von ihm Befallenen zur Realität zu bestimmen.

Es fallen dann normale Reaktionen aus, etwa die, daß der Mensch eine Gefahr, vor der er nicht weglaufen kann, gern im Auge behält. Beine in die Hand und Fersengeld geben oder Rücken zur Wand und den Feind fixieren - eine dritte Möglichkeit gibt es normalerweise nicht. Im Herbst 1990 wiederum waren der Golf-Konflikt und die Entwicklung im Ostblock zwei Krisenherde, vor denen man nicht davonlaufen konnte, deshalb wäre das Bedürfnis normal gewesen, über sie täglich präzise und umfassend informiert zu werden. Am 12. November, um nur irgendeinen Tag herauszugreifen, kam hinzu, daß in Paris 150.000 Schüler auf den Beinen waren, in Paris und Berlin gab es außerordentlich heftige Straßenschlachten zwischen jugendlichen Demonstranten und der Polizei - beides unübersehbare Indizien dafür, daß es im sozialen Gefüge auch der bislang als stabil geltenden Länder zu knistern beginnen könnte.

Bringt nun an einem solchen Tag die ZDF-Hauptnachrichtensendung als Topmeldung an erster Stelle ausgerechnet einen weitschweifigen Bericht über das Zeremoniell einer Kaiserkrönung in Japan, dann braucht der Soziologe weder Ortskenntnis noch Instinkt, um auf »Entpolitisierung durch Personalisierung« zu tippen, und ganz falsch ist die Diagnose »typisches Ablenkungsmanöver« sicher nicht. Als ortsansässiger leidgeprüfter TV-Konsument aber, der sich ganz ohne wissenschaftliche Ambitionen schon durch hunderte von Nachrichtensendungen gelangweilt und dabei unvermeidlich ein Gespür für Stimmungen entwickelt hat, könnte er beispielsweise meinen, diese sonderbar realitätsfremde Beziehungslosigkeit, diesen Eindruck von »total daneben« kenne man doch schon, dieses Mißverhältnis zwischen Realität und Reaktion habe man erst kürzlich irgendwo bemerkt, und es fallen ihm vielleicht die Bilder von Adelheid Streidel und Dieter Kaufmann wieder ein, denen man nach der Tat alles ansah, nur nicht, was geschehen war.

Wenn die News, die wie Psychodelics wirken, ferner kommentarlos berichten, Gorbatschow und Jelzin hätten einen Plan beschlossen, nämlich den, einander schrittweise bis zum Jahresende näherkommen zu wollen, mag der Zeitgenosse die groteske Meldung mit den kurz zuvor gesendeten Bildern von Gorbatschows Staatsbesuch in Oggersheim verknüpfen, wo der sowjetische Präsident wieder mal ein wenig der Mutter glich, die statt ihres eben verstorbenen Kindes lächelnd ein Stöckchen wiegt. Weltweit, wäre die Schlußfolgerung daraus, reagieren die Menschen auf die weltweite Krise offenbar mit schweren Störungen ihrer Wahrnehmungsfähigkeit, noch schneller als die Organisation der Ökonomie bricht die Organisation des Subjekts zusammen. Hat die abstrakte Idee vom Zerfall elementarer Verstandesleistungen des Subjekts sich im Kopf einmal festgesetzt, so muß man in der Wirklichkeit nicht lange nach weiteren Beispielen suchen, auf welche das Schema passen könnte. Wie Gorbatschow und Jelzin etwa in einer anderen als der realen Welt zu leben scheinen, wenn sie Schritte zur Lösung ihres Beziehungsproblems als frohe Botschaft an das Volk verkünden, dem ein Hungerwinter unmittelbar droht, so interessiert die Bevölkerung ihrerseits sich offenbar mehr für Glaubensfragen als für Kartoffeln.

Dabei bleibt der Glaube keineswegs auf die Religion im engeren Sinne beschränkt, sondern als Denkmuster beherrscht er ebenso die Vorstellungen über Wirtschaft und Politik, und dies auch in anderen Ländern. Wie in der Sowjetunion je nach Fraktion Glasnost& Perestroika, Slawentum & Religiosität, lettische Eigenstaatlichkeit und moldawische Identität beschworen werden, obgleich die Leute überall in erster Linie weder lettisch noch slawisch sind, sondern bettelarm, so wird in der Bundesrepublik geistesabwesend vom Wohlstand im vereinigten Vaterland geredet, und der halluzinierte Aufschwung hat längst die Qualität eines Dogmas oder einer Wahnidee erreicht, die sich mit einer sie Lügen strafenden Realität ebenso wie mit ihr widersprechenden Meinungen bestens verträgt, weil die Menschen keine Widersprüche wahrnehmen. Nur deshalb kann die CDU im November noch eine Wahlkampfbeilage schmücken mit dem Satz: »Die deutsche Einheit ist das beste Programm für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand«, weil offenbar keiner darin eine Tatsachenbehauptung sieht, die als zutreffend zu billigen oder als unzutreffend zu verwerfen wäre. Obgleich die Behauptung vom größeren Wohlstand, anders als etwa der Glaube an ein Leben nach dem Tod, zur Kategorie verifizierbarer Urteile zählt, scheint sie gegen Erfahrung ebenso immun zu sein wie die Hoffnung auf Erlösung im Himmel

und daher noch weit verrückter als diese. Denn andererseits ist die faktische Verelendung kein Geheimnis, sondern Titelthema, die Zeitungen berichten darüber, daß die Arbeitslosigkeit im Osten und der Wohnungsmangel schon in einer reichen Stadt wie Stuttgart nach offiziellen Angaben zu mindestens 2000 Obdachlosen führten, von denen mindestens 500 buchstäblich auf der Straße im Freien werden überwintern müssen, ohne daß irgendwelche großen Bauprogramme wie in den 50er Jahren auch nur geplant sind.

Wenn nun an dieser Stelle im Text der Punkt erreicht ist, wo Verfasser und Leser gemeinsam verzweifelt nach dem roten Faden suchen und im Hinterkopf denken: schon recht, aber was soll das alles, wo ist denn nun endlich die Moral von der Geschichte, dann hängt das unter anderem damit zusammen, daß der Wahn einen Umfang besitzt, wo der Bericht über ihn leicht dessen Form annimmt, also verworren wird, wenn man die beabsichtigte Klassifikation oder Typologie nicht deutlich genug heraushebt. Zeigen sollten die Beispiele nämlich, daß man verschiedene wahnhafte Reaktionen auf die Realität unterscheiden kann:

1. Zwar werden die Fakten registriert, aber ihre Bedeutung wird nicht erkannt, es werden ihnen die falschen Affekte zugeordnet. Das Paar, welches sich beim Berlin-Trip über russische Verhältnisse freut, ähnelt einerseits Kindern, die von einem Bombenangriff beispielsweise keineswegs unbedingt traumatisiert werden müssen, sondern ihn, anders als Erwachsene, auch in angenehmer Erinnerung behalten können, weil es dabei so schön geblitzt und gekracht hat und weil sie vom Tod noch keine Vorstellung besitzen. Man könnte sagen, daß bei diesem Typ die Wahrnehmung nicht ausgeschaltet werden muß, weil später das infantile Gemüt die Eindrücke einfach umwertet. Andererseits könnte man einen Mechanismus vermuten, wie ihn die Traumarbeit benutzt, nämlich das Verschieben von Affekten. Voraussetzung dafür ist, daß die Affekte ein Eigenleben führen, separiert sind von den Dingen und Ereignissen, die sie auslösten. Sämtliche Affekte einerseits, sämtliche Dinge und Ereignisse andererseits werden dann beliebig kombinierbar: Tod und Freude, Armut und Glück, etc.

2. Es werden Affekte übermittelt, nicht aber die Fakten, welche sie begründen würden, diese Fakten werden vielmehr durch harmlose andere ersetzt. Während der Golf-Krise berichteten die Fernsehanstalten täglich umfassend in den Nachrichten und zusätzlich in langen Reportagen und Features über den Transport amerikanischer Giftgasgranaten durch die Bundesrepublik, obgleich es dabei außer Lastwagen und Eisenbahnen wirklich nichts zu sehen gab, obgleich der Zweck des Transports die Beförderung der Waffen außer Landes war und obgleich die zahllosen Schaulustigen an der Strecke bewiesen, daß keiner auch nur im Traum ernsthaft an ein Sicherheitsrisiko dachte. Einerseits diente der Medienrummel zwar dem Zweck, das deutsche Giftgas, welches gerade zu einer akuten Gefahr für die amerikanischen Truppen in der Wüste und für Israel geworden war, im Bewußtsein durch amerikanisches zu überlagern. Langfristig wichtiger aber ist der Effekt, daß man es sich abgewöhnt, Stimmungen eine ernste Bedeutung beizumessen, weil sie offensichtlich stets unbegründet sind. Hier werden gewissermaßen die Instinkte konditioniert, d.h. sie werden den Menschen ausgetrieben, wie dies schon durch die Friedensbewegung geschah, welche bei ihren Anhängern zu dem Schluß führen mußte: Wenn ich Angst habe, heißt das überhaupt nichts.

3. Die Realität wird verleugnet und unterschlagen - was uns nicht gefällt, das existiert einfach für uns nicht, wir schauen weg, wir sprechen von anderem, von einer Gemäldeausstellung irgendwo, von der Jahrestagung der Kleintierzüchter oder von den Ernährungsproblemen neuseeländischer Blauwaale, wenn die aktuellen Nachrichten zu unerfreulich sind. Dieser konventionellen Methode bedienen sich gern die Fernsehanstalten, besonders ARD und ZDF, aber es wäre falsch, sie nur für beabsichtigte, kalkulierte Manipulation zu halten, denn zu ihr greifen auch Privatpersonen, die gewiß kein parteipolitisches Interesse verfolgen.

4. Die Fakten werden zu Kenntnis genommen, sie werden auch richtig bewertet, aber sie bilden zusammen keine Realität. Die Welt am 16. November angesichts neuer Krisenmeldungen aus der Sowjetunion einem Abgrund entgegentreiben sehen und die für den 19. November geplante Pariser KSZE-Gipfelkonferenz sinngemäß als Ironie des Schicksals glossieren einerseits; andererseits genau zwei Tage später eben diese KSZE-Gipfelkonferenz einen Meilenstein auf dem Weg zu einem friedlichen Europa nennen - das sind zwei Dinge, die ein Moderator wie Nikolaus Brender vom WDR, der hier nur stellvertretend für viele seiner Kollegen genannt wird, gleichermaßen und gleichermaßen überzeugend fertig bringt.

Es ist, als gäbe es die Einheit des Bewußtseins nicht mehr, nur noch verschiedene Bewußtseinszustände, und wieder fühlt man sich ans Formgesetz des Traums erinnert, in welchem bekanntlich der Satz vom sich ausschließenden Widerspruch nicht gilt, wo simultan auf der gleichen Leinwand verschiedene Filme laufen können, die Sequenzen überhaupt nicht logisch zueinanderpassen müssen, und wo dann erst der Erwachende über das Durcheinander staunt.

Das Gefühl, einen wirren Traum zu träumen, aus dem man endlich einmal aufwachen müßte, wird durch die Simultaneität von Ereignissen und Meldungen bewirkt, die allesamt überhaupt nichts Träumerisches an sich haben, sondern höchst banal sind und in unübersehbarer Menge die Hirne der Bürger bestürmen. Seit anderthalb Jahren beispielsweise berichtet in Stuttgart die Lokalpresse regelmäßig von 6000 Bedürftigen in der Notfallkartei des städtischen Wohnungsamtes. Ebenso regelmäßig berichtet die Presse seit anderthalb Jahren über das Hickhack zwischen Administration und Umweltschützern

um ein Bauprojekt im Umfang von 800 Wohnungen, die frühestens in drei Jahren zur Verfügung stehen könnten, während im gleichen Zeitraum mit der Zuwanderung von Aussiedlern in einer Größenordnung von Hunderttausenden oder Millionen gerechnet wird. Obgleich die Bedingungen in der BRD mit den Verhältnissen in der UdSSR nicht zu vergleichen sind, wirken die hiesigen Entscheidungsprozesse neuerdings, als habe man sich die Beratungen im Obersten Sowjet zum Vorbild genommen, der seit mehreren Jahren über Maßnahmen zur Verbesserung der sich seit mehreren Jahren verschlechternden Versorgungslage debattiert. Hier wie dort scheint es der Ehrgeiz von Regierung und Behörden zu sein, in der Bevölkerung über kurz oder lang den begründeten Wunsch nach einem entscheidungsfreudigen, hart durchgreifenden Führer zu wecken.

Möglicherweise richtet der Zusammenbruch des Ostblocks oder der Fortfall der West-Ost-Konfrontation ein erhebliches Durcheinander in den Köpfen aller Menschen an, für die schließlich 45 Jahre lang die einfache Unterscheidung zwischen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs mehr als nur ein zentrales Element ihrer Orientierung war. Sicher ist jedenfalls schon jetzt, daß die Milchmädchenrechnung nicht stimmt, derzufolge der Zerfall der Supermacht UdSSR zu einem Machtgewinn von Konkurrenten oder Nachfolgern hätte führen müssen. Wenn nämlich die Macht der Supermächte wie jede Macht auf einem Gegensatz beruht, bricht sie gleichzeitig mit diesem Gegensatz zusammen, und die lachenden Erben müssen es erleben, wie das vermeintlich ihnen hinterlassene Vermögen sich in Luft auflöst, ehe man auch nur danach fassen kann.

Keineswegs steht die Konkurrenz nach dem Niedergang der Sowjetunion glanzvoll in der Rolle des unbestrittenen Alleinherrschers da, sondern auch die USA, die mitunter am Rande der Staatspleite entlangmanövrieren, sehen so aus, als habe dort Gorbatschow ebenfalls mit Glasnost & Perestroika gewütet, und der Machtverlust wiederum, welchen der amerikanische Präsident erleidet, dürfte bis hinunter zu den Familienvätern die Stellung sämtlicher Autoritäten im vormaligen freien Westen schwächen. Während alle Welt noch wie gebannt auf das in der UdSSR entstehende Machtvakuum starrt, wohinein nach Gorbatschow jetzt auch Jelzin fiel, ist gleichzeitig überall schon der Punkt erreicht, wo man dergleichen längst innerhalb der eigenen Landesgrenzen studieren kann, mit dem Unterschied nur, daß, wer viel in der Tasche hat, auch viel verplempern und sich dann immer noch seine Brötchen kaufen kann. Wie die Versorgungslage in der Sowjetunion nach Regierungsauffassung seit fünf Jahren jedes Jahr besser werden sollte, so sollte das Wirtschaftswunder in der DDR nach den freien Wahlen im März, dann nach der Währungsunion im Juli und schließlich nach der Vereinigung im Oktober beginnen. Es ist immer noch nicht in Sicht, ohne daß daraus die Konsequenz gezogen und massiv mit dem Aufbau der Infrastruktur begonnen würde und obgleich die ehemalige DDR praktisch vor der Alternative steht: Roosevelts New Deal oder Hitlers Arbeitsdienst. Friede und Freude sollen als Folge der Vereinigung in der erweiterten BRD angeblich unter den Menschen herrschen, aber die Straßenschlachten zwischen Hausbesetzern und Polizei in Berlin, die hohen Kriminalitäts- und Selbstmordraten in der DDR, die fast schon zur Regel gewordenen, deshalb oft nur noch in den Lokalteilen der Presse gemeldeten Toten im Zusammenhang mit Fußballkrawallen, und nicht zuletzt die am 13. November beschlossene Absage der Leipziger »Fußball-Gala« aus Sicherheitsgründen beweisen es unterdessen augenfällig, daß von Friede und Freude keine Rede sein kann, sondern eine Gesellschaft vor der Alternative steht, den sich bildenden Haß in vernünftige politische Aktionen, in die Selbstzerfleischung oder in die Zerfleischung anderer umzusetzen.

So stellt sich die Übergangszeit, die Mitte 1990 angebrochen war, als eine Phase dar, deren Unberechenbarkeit durch Figuren wie Saddam Hussein, Adelheid Streidel oder Dieter Kaufmann am besten zu personifizieren wäre. Eigentlich wirkt keiner von ihnen sonderbarer als eine SPD, welche in dieser Reihenfolge a) ihren Ehrenvorsitzenden nach Bagdad reisen läßt mit dem Argument »Gewalt ist keine Lösung, verhandeln mit jedem und um jeden Preis«, b) mit dem Argument »keine Verhandlungen mit Gesetzesbrechern und Gewalttätern« besetzte Häuser unter Einsatz massiver Polizeigewalt räumen läßt, c) anläßlich von Brandts Reisebericht im Bundestag abermals auf der unbedingten Priorität friedlicher Lösungen insistiert - und dies alles binnen einer Woche. Nur der Kanzler war schneller, als er im gleichen Kurzinterview Steuererhöhungen ankündigte und kategorisch ausschloß. Gälte es, den Philosophen des Jahres zu küren, so wäre der irakische Außenminister Tarek Aziz keine schlechte Wahl, weil sein auf die Geiseln gemünztes Wort von den Gästen des irakischen Volkes exemplarisch war für die Konstellation, in welche Begriff und Sache im Jahr 1990 weltweit traten.

Auf völlig unerwartete Weise hatten sich also die Bedingungen verändert, unter denen diese Studie konzipiert worden war. Einen Ausblick in die Zukunft hatte sie geben sollen, geliefert wurde eher ein Erinnerungsbild, ein Abschiedsfoto, aufgenommen bei wirklich allerletzter Gelegenheit: So waren sie mal, unsere Landsleute, zu jener guten alten Zeit, als die Mauer noch stand und der Ostblock hielt und man in fröhlicher Unbekümmertheit unter Nöten litt, die vor allem die Phantasie ihrer Erfinder bewiesen. Beobachtet wurden die Landsleute dabei, wie sie Michel-Syndrom in dem komfortablen, nach außen gut geschützten kleinen Sandkästchen spielten, welches die alte BRD gewesen war. Im nächsten Jahr wird dann der Ernst des Lebens beginnen, und was die Deutschen sind, wird sich an ihren Reaktionen zeigen, wenn auf Steuererhöhungen, Flüchtlingswellen, krasse Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Niedergang vielleicht nicht nur im östlichen Teil des Landes reagiert werden muß. Dann dürfte es auch leichter sein, beim Kollektivbewußtsein zwischen dem globalen Trend und den ihm aufmodulierten nationalen Schwingungen zu unterscheiden.

ENDE

Konkret 04/91, S. 42

Gabi Gottwald

□ Die Folter ist nicht beendet□

Auch unter christdemokratischer Präsidentschaft werden in Chile (vermeintlich) militante Oppositionelle weiter gefoltert, von Spezialeinheiten der Polizei und mit Wissen der Regierung

Obwohl im März vergangenen Jahres der Christdemokrat Patricio Aylwin die Präsidentschaft übernom-men hat, wird in Chile immer noch gefoltert. Die vorwiegend von Christdemokraten und Sozialisten gebildete Regierung steckt zwar, wie sie meint, mitten in der Vorbereitung des vierjährigen »Übergangs zur Demokratie«, ihr Handlungsspielraum ist jedoch begrenzt, denn die noch gültige Verfassung von General Pinochet aus dem Jahre 1980 räumt den Militärs nach wie vor weitgehende Machtbefugnisse ein. Die politische Rechte blockiert mit ihrer Mehrheit im Senat zentrale Vorhaben der Regierung für eine schnelle Demokratisierung der Gesellschaft. Weder sind die politischen Gefangenen der Diktatur freigelassen worden, noch ist eine Bestrafung derjenigen in Sicht, die für die Verbrechen der Militärdiktatur verantwortlich sind.

Armee und Sicherheitsapparate sind bis auf einige Umbesetzungen und Entlassungen unverändert geblieben. »Übergriffe«, »Exzesse« und »Unregelmäßigkeiten« sind daher nicht ungewöhnlich und sollen nach und nach abgestellt werden, beruhigt die Regierung die in den Menschenrechtsgruppen organisierten Kritikerinnen und Kritiker der Verhältnisse. Die Folter (vermeintlich) militanter Oppositioneller ist allerdings allem Anschein nach weder ein »Übergriff« noch eine »Unregelmäßigkeit«, sie wird offensichtlich systematisch betrieben und seitens der Regierung bewußt ignoriert.

Am 29.10. 1990 erschien das linke Monatsmagazin »Pagina abierta« mit dem Aufmacher »Die Folter ist nicht beendet« und präsentierte neben 20 weiteren Fällen die Aussagen von Marta Montiel, Mitglied der linksradikalen Gruppierung MIR/militar, über ihre Verhaftung am 25. August 1990. Marta Montiel wurde von Mitgliedern der Carabineros (Polizei) gefoltert und mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Präsident von amnesty international, Peter Duffy, informierte die Presse in Santiago am 10.10.90 darüber, daß seit dem Regierungswechsel im März 1990 mindestens vier Personen nach schweren Folterungen durch die Carabineros ärztliche Hilfe erhalten hätten. Im Juni hatte die linke Anwältin Veronica Puentes von sich Reden gemacht, als sie im Namen ihrer beiden Mandanten Fernando Moreno und Jorge Espinola Strafanzeige wegen Verdachts auf »außerrechtliche Zwangsmaßnahmen« stellte.

Mittlerweile haben verschiedene Menschenrechtsorganisationen - unter ihnen auch die der Regierung nahestehende chilenische Menschenrechtskommission CCDH - das Thema aufgegriffen und einen Bericht zusammengestellt, der 38 Fälle von Folter dokumentiert. Die zum linken Spektrum zählende Menschenrechtsorganisation CODEPU veröffentlichte im Dezember zusätzlich eine Liste von 12 Fällen, in denen CODEPU-Anwälte Strafantrag wegen Folter gestellt haben. Diese Informationen wurden allesamt auch der Regierung vorgelegt, die ihrerseits eine Prüfung der Fälle zusagte. Ergebnisse oder auch nur sichtbare Ermittlungen gibt es bisher aber nicht, obwohl selbst Details der Folterungen und die Orte, an denen sie stattfinden, bekannt sind.

Das zentrale Folterzentrum ist die 3. Polizeiwache von Santiago in der Straße Augustinas 1550. Opfer sind vor allem (vermeintliche) Mitglieder der Frente Patriotico Manuel Rodriguez-A, die 1986 das mißglückte Attentat auf Pinochet verübten, die bewaffnete Gruppe der »Lautaros«, die u.a. durch zahlreiche Attentate auf Polizisten (pacos) bei den Sicherheitskräften verhaßt sind und auch in der legalen Linken wenig geschätzt werden, sowie einzelne Mitglieder kaum mehr existierender militärischer Zirkel oder der gleichfalls nicht mehr operierenden FPMR, die der kommunistischen Partei nahestand. Gegenstand der Anklage ist in der Regel ein Verstoß gegen das Waffenkontrollgesetz und gegen das Antiterrorismusgesetz aus den Zeiten der Diktatur. Die Delikte werden alle von der Militärgerichtsbarkeit verhandelt.

Die Methoden der Folterer sind aus der Zeit der Diktatur bekannt. Verwendet werden vor allem jene Foltertechniken, die wenig sichtbare Spuren hinterlassen: stundenlanges Aufhängen an den Handgelenken, Schlagen, Elektroschocks an den Extremitäten und Genitalien, Essens- und Schlafentzug über Tage, Untertauchen im Wasserbecken (submarino), Schlagen auf beide Ohren (telefono), Scheinexekutionen. Die Täter gehören Spezialeinheiten der Polizei an.

Der Ablauf der Folterungen ist für fast alle Opfer der gleiche. Bewaffnete in Zivil verhaften Personen unter dem Vorwand, Mitglieder einer bewaffneten linken Gruppe zu sein. Bereits bei der Verhaftung wird auf das Opfer eingeschlagen, werden ihm oder ihr die Augen verbunden und Handschellen angelegt. Auf der Polizeiwache befinden sich sowohl eine Ärztin als auch ein Arzt, die den Gefolterten nach der »Behandlung« körperliche Unversehrtheit bescheinigen. Die bei Verstößen gegen das Antiterrorismusgesetz vorgesehene zehntägige Isolationshaft, während der niemand Zugang zu den Verhafteten hat, gibt den Tätern den legalen Spielraum, um die gewünschten Informationen und Geständnisse zu erpressen - oder schlichtweg Rache zu üben. Danach werden die Verhafteten der Justiz überstellt und landen im Gefängnis. Der zuständige Richter kann weitere fünf Tage Einzelhaft anordnen und diese nochmals um fünf Tage verlängern. Medizinische Gutachten über eventuelle Folterspuren werden - wenn überhaupt - frühestens nach einem Monat erstellt. Die Beweisführung ist dann kaum noch möglich, wenngleich sie in einigen besonders schweren Fällen erbracht werden konnte.

Untersuchungen von Menschenrechtsgruppen und Aussagen von Verhafteten ergeben, daß die 3. Polizeiwache Räume für die »Sonderbehandlung« der politischen Gefangenen zur Verfügung stellt. Esther Alfaro, eine zierliche Frau Mitte Dreißig, die während ihrer Haft im Frauengefängnis Santo Domingo Großmutter wurde, schreibt z.B. über ihre Verhaftung: »Sie (die Polizisten) brachten mich im Auto in die 3. Polizeiwache, wo sie mich im Eingangsraum ließen, bis eine Gruppe von zivil gekleideten Männern eintrat. Einer, es war der einzige, den ich sehen konnte, kam auf mich zu, bedrohte und beschuldigte mich, befahl den Polizisten auf der Wache, den Eingangsraum zu verlassen, während er mir die Augen verband und mich in einen anderen Raum führte.« Frau Alfaro, die am 21. September 90 zusammen mit ihrem Lebensgefährten Sergio Vasquez Barrientos verhaftet wurde, und die wie er beschuldigt wird, Mitglied der »Lautaros« zu sein, betont, daß sie in der Wache von niemandem offiziell registriert worden sei. Von Anfang an sei für die diensthabenden Polizisten klar gewesen, daß ihr Fall als »Spezialsache« behandelt werde. Die »Verhörräume« lägen in einem separaten Gebäudeteil. Esther Alfaro ist dort von ihren Folterern vergewaltigt worden. Ihr Freund befand sich in einem der benachbarten Räume. Sie konnte seine Schreie während der Verhöre hören. Wie andere politische Gefangene auch, nennt Frau Alfaro zwei Namen ihrer Peiniger, die sie identifizieren konnte: Capitan Araya und Teniente Zuniga. Sie waren sowohl bei der Verhaftung als auch bei den »Verhören« anwesend.

Hiram Villagra Castro, Anwalt von CODEPU, berichtet, daß Mitglieder der Bewegung gegen die Folter »Sebastian Acevedo« eine Aussage eines leitenden Polizeibeamten der 3. Polizeiwache erhalten hätten, aus der hervorgeht, daß die Wache lediglich Räumlichkeiten an eine Spezialeinheit »verleihen« würde. Liliana Castillo, die engagierte Präsidentin der »Vereinigung der politischen Gefangenen« bestätigt diese Information. Ihr habe man in der 3. Polizeiwache Ende Dezember 1990 die gleiche Auskunft gegeben. Die Räume würden einer Spezialtruppe namens DIPOLCAR zur Verfügung gestellt.

Die Folterer gehören nach Aussagen von Menschenrechtsorganisationen, deren Anwälten und den Gefolterten selbst Spezialeinheiten der Polizei zur Terrorismusbekämpfung an. Genannt werden der OS 4, der Teil des polizeilichen Geheimdienstes ist und nicht uniformiert auftritt sowie die uniformierten Spezialtruppen des GOPE (Grupos Operaciones Especiales), der den operativen Bereich nach außen abdeckt.

Im Dezember gab es dann neue Erkenntnisse, die anläßlich der Verhaftung von Miguel Montecinos und Yuri Vargas nach und nach presseöffentlich wurden. Montecinos und Vargas, beide ehemalige Mitglieder der FPMR, waren am 29. Januar 90 zusammen mit 41 weiteren politischen Gefangenen aus dem Knast geflohen und am 19. Dezember desselben Jahres wieder von der Polizei aufgegriffen worden. Montecinos gilt als einer der Hauptorganisatoren dieser spektakulären »Fuga«. Die Verhafteten wurden in die 3. Polizeiwache gebracht und sieben Tage einer »Sonderbehandlung« unterzogen, obwohl es dafür keinerlei rechtliche Grundlagen gab, wie ein Richter hinterher feststellte.

Nach der Verhaftung Montecinos machte sich seine Frau Roxana Farina zusammen mit der Präsidentin der Vereinigung der Politischen Gefangenen, Liliana Castillo, auf den Weg zur 3. Polizeiwache, wohl wissend, was ihrem Mann dort bevorstand. Dort gab man den beiden Frauen die Auskunft, DIPOLCAR sei für die Verhafteten zuständig, sie sollten zur Polizeihauptwache gehen und dort nachfragen. Von dort wurden sie in die Straße Juan Antonio Rios 10 verwiesen, wo DIPOLCAR seinen Sitz haben sollte. Ein Mitarbeiter von DIPOLCAR bestätigte den Frauen dort, daß sie Montecinos verhaftet hätten und ihn zehn Tage »incommunicado« behalten wollten.

Zusammen mit CODEPU-Anwalt Alejandro Jimenez wandten sich die Frauen daraufhin zunächst an die Presse und am 27. Dezember schließlich auch an Justizminister Cumplido, der behauptete, nicht zu wissen, was DIPOLCAR sei. In einem Gespräch am 3. Januar 91 erklärte der stellvertretende Innenminister Belisario Velasco, bei DIPOLCAR handele es sich um eine offizielle Stelle des polizeilichen Geheimdienstes, der der Regierung durchaus bekannt sei und mit dem sie über das Innenministerium in Kontakt stehe.

Was Belisario Velasco nicht erwähnte: Die Adresse von DIPOLCAR ist bekannt. Hier hatte während der Diktatur das gemeinsame Kommando aller Geheimdienste der verschiedenen Armeegattungen inklusive der Polizei seinen Sitz. Die Terroreinheiten der Polizei trugen damals den Namen DICOMCAR - eine Abkürzung, die der heutigen zum Verwechseln ähnlich ist.

Offen bleibt die Frage, ob DIPOLCAR mit dem polizeilichen Geheimdienst OS 4 oder einer Sonderabteilung innerhalb des OS 4 identisch ist oder nur dessen Namen bzw. den des GOPE bei Verhaftungen benutzt. Beantworten müßte die Frage die Regierung, entweder das Innenministerium, das über die Zusammenhänge informiert ist, oder das Verteidigungsministerium, dem formal nach wie vor die Polizei zugeordnet ist. Doch die Regierung reagiert überaus zurückhaltend, wenn es um das Thema Folter geht. Tatsächlich sind ihre Interventionsmöglichkeiten gegenüber Polizei und Militärjustiz aufgrund der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundlage überaus begrenzt. Da die institutionelle Macht der Armee (und der Polizei) nicht gebrochen ist, muß die Bestrafung der Täter zwischen Regierung und Armee ausgehandelt werden, und noch bietet die Straffreiheit für Folterer und uniformierte Mörder ihnen die Grundlage, einfach weiterzumachen. Die Regierung spricht unterdessen von »Wahrheit und Versöhnung«, wobei die Wahrheit nur in niedrigstdosierter Form gereicht wird. Und die Versöhnung wird durch eine Aufklärung über die Fortdauer der Folter nur

gestört. Kein Wunder also, daß der Bericht der von der Regierung eingesetzten »Kommisssion für Wahrheit und Versöhnung« über die Menschenrechtsverletzungen während der Pinochet-Diktatur, der in diesen Wochen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, zwar 2279 politische Morde, Folterungen und Entführungen auflistet, aber nicht einen der Täter beim Namen nennt.

Mit dem Thema Folter mag sich die chilenische Regierung nicht beschäftigen, verweist es doch allzu deutlich auf die Kontinuität der Diktatur und ihrer Repressionsorgane. Besonders unangenehm wird es zudem dadurch, daß die Folteropfer einem begrenzten Kreis angehören: der bewaffneten Linken, von der sich einschließlich der legalen Linken nahezu alle heftig distanzieren. Folter werde in keinem Fall akzeptiert, behaupten die Regierungsdemokraten, doch für die Wahrung der physischen und psychischen Integrität verhafteter »Terroristen« - wie die offizielle Bezeichnung lautet - scheint die Regierung sich gegen die Sicherheitskräfte nicht engagieren zu wollen. Jenseits der moralischen Frage, die ihr Schweigen aufwirft, stellt sich für die Anwälte und Menschenrechtsorganisationen, die die Folteropfer vertreten und die Vorfälle an die Öffentlichkeit bringen, ein politisches Problem mit durchaus praktischen Konsequenzen. Das offensichtlich politisch begründete Verschweigen der Folterung (vermeintlicher) Linksextremisten macht ihre Thematisierung zu einem Politikum. Die Anwälte werden nach und nach zum politischen Umfeld ihrer Mandantinnen und Mandanten gezählt - auch, wenn sie ihm keineswegs angehören. Sie werden dadurch ebenfalls dem Zugriff derjenigen ausgesetzt, gegen die sie öffentlich vorgehen: den Folterknechten des polizeilichen Geheimdienstes.

Gabi Gottwald schrieb in KONKRET 4/90 über die Wahlniederlage der Sandinisten

Konkret 04/91, S. 44

Detlef zum Winkel

Seit Dimitrow nichts Neues

Das antifaschistische Engagement steckt in der Krise, weil sich die Kritik der Herrschaftsstrukturen von der Kritik der Klassengesellschaft gelöst hat. Zwar ist die Sozialfaschismustheorie korrigiert worden, die ihr zugrundeliegende Krisentheorie aber wird noch immer geglaubt

Antifaschismus impliziert die Ablehnung des deutschen Nationalstaats. Ob diese Ablehnung laut oder kleinlaut erfolgte, überzeugt ausgesprochen oder unfreiwillig zu erkennen gegeben wurde, stets war sie ein sicheres Merkmal für die Unterscheidung, ob man es mit Antifaschisten zu tun hatte oder mit Sonntagsrednern der sogenannten Vergangenheitsbewältigung. So zählen sich heute die letzteren problemlos zu den Gewinnern der Wiedervereinigung, während die ersteren, selbst wenn sie eine Erklärung des Einverständnisses über die Lippen brachten, in tiefe Niedergeschlagenheit gefallen sind. War der Antifaschismus das letzte Nachhutgefecht des zweiten Weltkriegs, oder ist er die erste Fundamentalopposition gegen das Vierte Reich?

Warum haben jene liberalen bis linken Intellektuellen des Westens ihre Stimme verloren, die noch vor einem halben Jahrzehnt einen Sieg im Historikerstreit feiern zu können glaubten und daraus schlossen, die Linke könne im antifaschistischen Diskurs Hegemonie erringen? Warum geht vom Antifaschismus der DDR nichts in das politische, geistige und moralische Rüstzeug des einigen Vaterlands ein? Weil die Niederlage des Antifaschismus evident ist. Peinlich ist diese Niederlage natürlich nicht für diejenigen, die sie erlitten haben, sondern für diejenigen, die sie nicht erlitten haben.

Der neue nationale Stolz der Deutschen wird sich damit nicht zufriedengeben und weitere Historikerstreits produzieren. Die Erinnerung daran, daß es in erster Linie die Rote Armee gewesen ist, die dieses Land vom Nationalsozialismus befreit hat, ist ihm unerträglich und muß getilgt werden. Einen Vorgeschmack geben aktuelle osteuropäische Debatten. Im Baltikum etwa grassiert der Vorschlag, mit dem Jahrestag der Oktoberrevolution auch gleich den 8. Mai als Feiertag abzuschaffen. Wir werden uns zum x-ten Mal mit der Totalitarismus-Ideologie, wonach Faschismus und Stalinismus Zwillinge seien, auseinanderzusetzen haben, und nicht wenige werden ihr applaudieren, denen noch vor kurzem die Lehre von der Singularität des NS-Systems einleuchtete.

Diese Situation macht die notwendige Kritik und Selbstkritik des Antifaschismus nicht leichter. Differenzierte Argumente haben es schwer, sich gegen Bedürfnisse der Abrechnung mit dem Stalinismus zu behaupten. Noch schwerer haben sie es, wenn sich der traditionelle Orientierungspunkt aller Antifaschisten, die Sowjetunion, der Freundschaft mit Deutschland verschrieben hat. Aber gerade das ist ein Anlaß für die folgenden Überlegungen. Wem die Freundschaft zwischen Kohl und Gorbatschow zuwider ist, aus antifaschistischen Motiven, der wird sich an die letzte Aufführung dieses Stücks erinnern, als Stalin auf die Gesundheit des Führers anstieß.

Jeder antifaschistische Ansatz muß hierzulande auf die Frage antworten, warum die deutsche Arbeiterbewegung den Nazis unterlag. Die Antwort ist unstrittig: Weil sie gespalten war. Warum war sie gespalten? Die dümmsten Sozialdemokraten antworten darauf: Weil es die KPD gab, die die SPD und die Gewerkschaften bekämpfte - so hätten die Kommunisten die soziale Basis der Demokratie geschwächt und der Weimarer Republik im Verein mit den Rechtsextremen den Garaus bereitet. Die dümmsten Kommunisten antworten entsprechend. Beide reproduzieren natürlich die Spaltung, die sie beklagen.

Die klügeren Angehörigen der beiden Lager reflektieren den je eigenen Anteil, die eigene Verantwortung für die Niederlage, die im Grunde genommen das Ende der deutschen Arbeiterbewegung markiert. Menschen dieses Schlages muß es auch in der SPD noch geben, auch wenn man nichts mehr von ihnen hört. Auf kommunistischer Seite wird die Sozialfaschismustheorie der Weimarer KPD als schwerer Fehler anerkannt. Man habe die Gefahr bei den Falschen geortet, und die Qualifizierung der SPD als faschistisch sei auch nicht sehr förderlich gewesen, um ein Bündnis mit ihr zustande zu bringen. Dieser Fehler wurde bereits 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale eingeräumt. Erst 1935, kann man freilich auch sagen. Jedenfalls ist aus heutiger wie damaliger Sicht evident, daß die Sozialfaschismustheorie eine Katastrophe war.

Weil das so offensichtlich ist und weil es die alte KPD-Politik im Kern angeht, meint man als Antifaschist bzw. Antifaschistin, der Kritik und Selbstkritik der inländischen Linken hiermit Genüge getan zu haben, so daß wir uns als nächstes den internationalen Aspekten zuwenden können, nämlich der antifaschistischen Politik der Sowjetunion. Hierbei steht die Problematik des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939 im Vordergrund. Die SED-Geschichtsschreibung berichtet von »Überraschung und hier und da auch Unverständnis und Verwirrung« in KPD-Kreisen bei Bekanntwerden des Vertrags.1

Bürgerlicherseits wird die Sowjetunion angeklagt, mit Nazi-Deutschland eine territoriale Aufteilung Osteuropas vereinbart zu haben, sozusagen klassisch imperialistische Politik. Die Existenz geheimer Zusatzprotokolle zum Vertrag, die ebendas

enthalten, wurde von der Sowjetunion fünf Jahrzehnte lang bestritten, 1989 jedoch zugegeben. Polen kündigt der SU deswegen die Freundschaft auf; Estland, Lettland und Litauen begründen aus diesem Unrecht ihren Anspruch auf Eigenstaatlichkeit und Austritt aus der UdSSR. Ohne dem heldenhaften Kampf des Baltikums um nationale Souveränität zu nahe treten zu wollen, kann doch gesagt werden, daß dieser Aspekt nicht die Hauptsache des Hitler-Stalin-Pakts betrifft. Entscheidend ist vielmehr, welche Bedeutung der Vertrag für den Ausbruch und Verlauf des zweiten Weltkriegs hatte.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung behauptet, erst der Nichtangriffsvertrag mit der SU habe es Hitler ermöglicht, den Krieg zu beginnen. An Stalin und die sowjetische Führung richtet sich damit der Vorwurf, Hitler grünes Licht gegen Polen gegeben zu haben, was dieser auch umgehend nutzte. Die Historiker der KPdSU stellen die Gegenfrage, was die Sowjetunion denn sonst hätte tun können. Ihre Führung habe das Münchner Abkommen und die Appeasementpolitik von 1938 so interpretieren müssen, daß der Westen den Nazis großzügig entgegenkam, um sie zum Krieg gegen die SU zu ermutigen, einem Krieg, dem Frankreich und England wahrscheinlich tatenlos zugesehen hätten. Dagegen habe ein möglichst später Kriegseintritt im sowjetischen Interesse gelegen. Zusammengefaßt könnte man den Hitler-Stalin-Pakt als schmutzige, aber in der Hauptsache unvermeidliche antifaschistische Realpolitik ansehen.2 Hätte die Rote Armee die Wehrmacht besiegen können, wenn sie als erste angegriffen worden wäre, und wenn ja, wieviel weiteren Millionen Sowjetbürgern hätte das das Leben gekostet?

Soweit ist alles wohlbekannt und tausendfach erörtert, so daß wir nun, um es in den Worten wachsamer KONKRET-Leser und -Leserinnen auszudrücken, mit dem Delirieren anfangen können: Der Hitler-Stalin-Pakt war die Fortsetzung der Sozialfaschismustheorie, und diese wiederum war gar keine Sozialfaschismustheorie. »Die Wahrheit« ist mit etwas Mühe nachlesbar; die von Leopold Trepper unter diesem Titel publizierte Autobiographie ist nämlich vergriffen und muß in Bibliotheken oder Antiquariaten aufgestöbert werden.3 Daß es wohl doch nötig ist, den Verfasser vorzustellen, sagt einiges über den Stand der antifaschistischen Diskussion in Deutschland-Gesamt aus. Trepper war Leiter der Roten Kapelle und ranghöchster Mann des sowjetischen Nachrichtendienstes im NS-besetzten Europa. Wie Richard Sorge aus Tokio und Alexander Radó aus Genf meldete er aus Paris im Frühjahr 1941 der Sowjetführung, daß die Deutschen am 22. Juni angreifen würden. Stalin hat alle diese Hinweise mißachtet und als englische Provokation bezeichnet, womit er meinte, die Engländer hätten den sowjetischen Agenten Falschinformationen zugespielt, um Krieg zwischen der SU und Deutschland zu stiften. Bis zur letzten Minute glaubte er nicht an den deutschen Überfall.4 Das trübt den Mythos, daß der Stalinismus in allem versagt habe, nur im Entscheidenden nicht, im Krieg gegen Hitler.

Treppers Darstellung ist deswegen so aufschlußreich, weil sie die Vorgeschichte des Stalinschen Unglaubens referiert. Es handelt sich nämlich nicht um eine punktuelle Fehleinschätzung im Juni 1941, sondern um den logischen Schlußpunkt einer verhängnisvollen Politik. Trepper war in den dreißiger Jahren nach Moskau gegangen, wo er sich dem militärischen Nachrichtendienst anschloß. Er sympathisierte mit dem damals verbindlichen Lehrsatz der Roten Armee, daß der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei. Doch der Marschall Tuchatschewski, von dem diese lapidare Feststellung stammte, wurde in den Moskauer Prozessen von 1937 der Kollaboration mit den Nazis - ausgerechnet! - angeklagt und hingerichtet. Mit ihm traf es praktisch den gesamten damaligen Generalstab; eine große Säuberungswelle unter den Offizieren folgte. Gerade diejenigen Militärs wurden ausgeschaltet, die im Nationalsozialismus den Hauptfeind sahen. Trepper (»Meine Freunde verschwanden einer nach dem anderen«) machte sich an den Aufbau seines Netzes, zunächst von Brüssel aus. Seine Überzeugung, daß der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei, hing nicht von der personellen Zusammensetzung der Moskauer Zentrale ab.

Die Liquidierung der Armeeführung 1937 mag unter anderem einem Machtkampf, Intrigen oder dem Verfolgungswahn Stalins geschuldet sein. Doch eine Regierung läßt nicht am Vorabend eines Krieges, vor dem zu warnen die kommunistische Propaganda nicht müde wurde, ihre besten Militärs erschießen, wenn sie sich nicht in sehr sensiblen Fragen der Strategie und Taktik mit ihnen überworfen hat. Gibt es eine andere Erklärung dafür, als daß Stalin und seine Kollegen gegen Tuchatschweskis Militärdoktrin waren und eine andere durchsetzen wollten? Ein matter Einwand lautet, Stalin sei grausam, aber auch schlau gewesen. Um Zeit für die eigenen Kriegsvorbereitungen zu gewinnen, habe er die Nazis täuschen müssen. Diesem Manöver hätten halsstarrige Militärs, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vom Krieg gegen Deutschland redeten, im Weg gestanden.

Sicher enthielt der Hitler-Stalin-Pakt Aspekte eines gegenseitigen Täuschungsversuchs. Aber warum folgte ihm nur einen Monat später ein Freundschaftsvertrag, wo doch die sowjetische Außenpolitik eher sparsam mit »Freundschaft« umgeht? Warum ging man so weit, unter Mißachtung des Asylrechts, von der Solidarität ganz zu schweigen, nach Moskau emigrierte deutsche Kommunisten und Kommunistinnen an die Nazis auszuliefern? Warum vertraute Stalin den Versicherungen der NS-Diplomaten, Deutschland halte sich an den Nichtangriffspakt, mehr als seinen besten Agenten? Wenn das alles zum Schein geschah, hätte Stalin die Rolle des Getäuschten zum Zweck der Täuschung zu hundert Prozent erfüllt. Diese Verteidigung Stalins landet unfreiwillig bei postmodernem Unsinn: Richtig und Falsch, Klugheit und Dummheit werden ununterscheidbar.

Ein leider nicht sehr roter Faden kann durch das verwirrende Geschehen nur geknüpft werden, wenn man davon ausgeht, daß die stalinistische Führung zwar den Krieg, aber nicht einen Krieg der Sowjetunion mit Deutschland für unvermeidlich hielt. Vielleicht würde er sich ja auf einen Waffengang zwischen Deutschland, England und Frankreich beschränken, was ein imperialistischer Verteilungskrieg wäre, aus dem sich das internationalistische Lager, so die Lehre von 1914, herauszuhalten hätte.5 Etwas von dieser Fehleinschätzung klingt noch durch jene offizielle Sprachregelung hindurch, die sich in allen realsozialistischen Geschichtsbüchern nach 1945 findet: Der zweite Weltkrieg habe als imperialistischer Konkurrenzkrieg begonnen, um sich 1941 in einen Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus zu verwandeln. Diese Formel, eine Meisterleistung politischer Formulierungskunst, meint nicht die Hitlersche Strategie, wonach der Weg nach Moskau über Paris führte, es also darauf ankomme, zuerst im Blitzkrieg die schwachen Gegner an der Westfront niederzuringen, um dann den großen Krieg gegen den eigentlichen bolschewistischen Feind führen zu können. Wollte man das ausdrücken, müßte man anders formulieren, beispielsweise daß der zweite Weltkrieg seinem Inhalt nach ein Krieg des Imperialismus gegen den Sozialismus gewesen sei, der nur in der Form eines imperialistischen Konkurrenzkriegs ausbrach.

Die Formel vom Wesenswandel des zweiten Weltkriegs ist bemüht, die stalinistische Außenpolitik nachträglich zu legitimieren, ohne sie offen zu benennen. Um sie zu verstehen, muß man die »Einheit von Theorie und Praxis«, d.h. das für den Sozialismus typische Verhältnis von Ideologie und Interesse berücksichtigen. Das legitime Interesse, das eigene Land möglichst lange aus dem Krieg herauszuhalten, führte dazu, den ausbrechenden Krieg als innerimperialistischen Konflikt zu definieren, in dem man nach herrschender sozialistischer Lehrmeinung Neutralität zu wahren hätte. In der Praxis war diese Linie mit der These vom Hauptfeind Faschismus unvereinbar, natürlich nur bis 1941. Umgekehrt war man der Ansicht, den Nazis entgegenkommen zu müssen, man kann auch sagen: einen deal mit ihnen zu machen, um nicht in den Krieg hineingezogen zu werden. Deshalb mußte Tuchatschewski sterben, dessen Name hier nur stellvertretend für zahllose Angehörige des Militärs, der militärischen Aufklärung und des Auswärtigen Dienstes steht, die das gleiche Schicksal ereilte.

Und man kam den Nazis entgegen. In einer Rede vor dem Obersten Sowjet nahm der damalige Außenminister Molotow am 31.10.39 zu dem »eingetretenen vollen Umschwung in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland« Stellung.6 Molotow erklärte, daß in den letzten paar Monaten Begriffe wie ‘Aggression’, ‘Aggressor’ einen neuen konkreten Inhalt bekommen hätten: »Wenn man von den europäischen Großmächten spricht, so befindet sich Deutschland heute in der Lage eines Staats, der die schnellste Beendigung des Kriegs und den Frieden anstrebt, England und Frankreich aber, die gestern noch gegen die Aggression stritten, sind für die Fortsetzung des Kriegs und gegen den Abschluß eines Friedens. Wie Sie sehen, wurden die Rollen getauscht.« Bei dem zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion - entsprechend den geheimen zusätzlichen Verabredungen des Nichtangriffspakts - aufgeteilten Polen habe es sich doch nur um ein »mißgestaltetes Geschöpf des Versailler Vertrags« gehandelt, von dem zu Recht nichts übrig geblieben sei. 1940 schloß sich die Komintern-Führung der Linie an, eher in England und Frankreich als in Nazi-Deutschland die Hauptkriegstreiber zu sehen.7 Spätestens hier fängt der Fehler an, Wahnsinn zu werden. Ein Wahnsinn mit Methode: Es ist die Wiederkehr der scheinbar überwundenen Sozialfaschismustheorie auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Bis zur Perestroika orientierte sich der politische Gebrauch von Geschichte in der Sowjetunion an der Kritik, die Chruschtschow an der Außen- und Sicherheitspolitik der dreißiger und vierziger Jahre formulierte: Zum Abschluß des Nichtangriffspakts habe es wegen des westlichen Appeasements keine Alternative gegeben. Doch Stalin habe den Zeitgewinn von 22 Monaten bis zum deutschen Überfall nicht genutzt. Militärisch sei der »geniale Stratege«, wie sein Nachfolger ironisch zitierte, ein Amateur gewesen; im übrigen habe das auf Stalins Person, auf seine willkürlichen Entscheidungen und Launen zugeschnittene Regierungssystem eine angemessene Vorbereitung auf den Krieg gar nicht erlaubt.8

Heute gehen sowjetische Historiker weit über diese Kritik hinaus.9 Treppers Darstellung wird in zahlreichen Punkten bestätigt. W.M. Kulisch zufolge habe es während der dreißiger Jahre neben den innenpolitisch begründeten Differenzen in der Sowjetführung auch einen Richtungskampf um die Außenpolitik und das Verhalten gegenüber dem Faschismus gegeben. Dabei hätten sich Stalin, Molotow, Woroschilow, Malenkow auf der einen und Bucharin, Litwinow (Vorgänger Molotows im Außenministerium), Tuchatschewski und weitere Generäle auf der anderen Seite gegenübergestanden. Nach Ausschaltung dieser Gruppe habe Stalin einen Kurs der außenpolitischen Annäherung an den Faschismus eingeschlagen. W. Daschitschew weist auf die Verwandtschaft dieser Außenpolitik mit der Sozialfaschismustheorie hin. Er deutet an, der Ausbruch des Kriegs hätte vermieden werden können, wenn sich die SU intensiv und aufrichtig um ein Bündnis mit den Westmächten bemüht hätte, und spricht vom »Pakt der beiden Banditen«.

Das kommt der bürgerlichen Sicht von der Affinität zwischen den Diktaturen sehr nahe. Der Teufel Hitler und der Beelzebub Stalin hätten sich untereinander besser verstanden als mit allen demokratischen Kräften; dabei hätte es auch bleiben können, wenn ersterer nicht die Nerven verloren und das getan hätte, was letzterer übrigens ganz genauso plante, nur eben ein klein wenig später usw. usf. Wenn sich heute auch in der SU Kronzeugen für solche Darstellungen anbieten, so ist doch wesentlich plausibler anzunehmen, daß die stalinistische Führung ähnlich kalkulierte wie beinahe der Rest der

Welt: Hitler werde sich nicht halten können. Je mehr Zeit man gewinne, desto schwächer werde der Nationalsozialismus dastehen und desto näher sei sein Ende. Dann aber sei die Sowjetunion in Europa am Zuge, und ihre Möglichkeiten wären umso größer, je länger der Krieg zwischen Deutschland, England und Frankreich gedauert hätte. Diese Einschätzung war am Ende historisch richtig, aber politisch und moralisch katastrophal. »Der Spuk, der vorübergeht«, dauerte genau zwölf Jahre zu lang. Jeder Aufschub kam dem Vernichtungsprogramm zugute und nicht seinen Gegnern.

Zum Ausgangspunkt zurückkehrend vergegenwärtige man sich, daß die damaligen kommunistischen Parteien in einer Internationale organisiert waren und sich als Weltpartei mit einheitlicher Strategie und Taktik verstanden. Das hatte beispielsweise zur Folge, daß die KPF erst in der zweiten Jahreshälfte 1941 massiv in den Widerstand ging. Wenn an dieser Stelle versucht wird, die sowjetische Außenpolitik und den antifaschistischen Widerstand der europäischen KPen zusammenzudenken, dann geschieht das nicht, um die einen als fünfte Kolonne der anderen zu denunzieren, sondern um die gemeinsamen Ursachen verschiedenartiger Fehler zu erkennen. Denn es nutzt nichts, Fehler zu berichtigen, ohne zu fragen, wie sie entstehen konnten.

Die Sozialfaschismustheorie wurde korrigiert, ohne die Krisentheorie zu korrigieren, die ihr zugrundelag. Die Komintern ging davon aus, daß das imperialistische System wenigstens in Europa kurzfristig in eine umfassende Krise geraten werde, die eine revolutionäre Situation eröffnen würde. Die faschistische Massenbewegung wurde als Vorbote dieser Krise empfunden. Sie brachte die Verhältnisse in Bewegung, destabilisierte sie und radikalisierte die politische Auseinandersetzung. Die Faschisten schienen weder über eine realitätstüchtige Analyse noch über ein Regierungsprogramm zu verfügen; das würde ihren demagogischen Fähigkeiten enge Grenzen setzen. Selbst wenn die mobilisierten Massen, die zu den unterdrückten Klassen gehörten, nicht zu gewinnen wären, so würden sie doch dazu beitragen, das herrschende System in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Außerdem durfte man bei allen spektakulären Erfolgen der Rechtsradikalen nicht vergessen, wer in Deutschland das Sagen hatte, die SPD. Im Unterschied zu den braunen Rabauken war sie die Weimarer Staatspartei, fest etabliert in den Betrieben und Gewerkschaften, was ihr die Titel Hauptfeind, Hauptgefahr, Hauptstütze und wie das mannigfaltige Hauptvokabular der KPD lautete, eintrug. Um nur ja nicht dem Rechtsopportunismus anheimzufallen und im antifaschistischen Kampf die SPD aus dem Visier zu verlieren, erfand man das pompöse Ding Sozialfaschismus.

Die Krisentheorie trifft man in Dimitrows Referat wieder, das er dem VII. Komintern-Kongreß 1935 vortrug. Dort heißt es, übrigens unter Berufung auf Stalin, die faschistische Machtausübung sei Ausdruck der Stärke der Bourgeoisie, weil es ihr gelinge, die Arbeiterbewegung terroristisch zu unterdrücken. Der Faschismus sei aber auch Ausdruck ihrer Schwäche, weil es ihr nicht mehr möglich sei, in gewohnter Weise zu regieren.10 Die berühmte Wende der Komintern berichtigte also nur die falsche Haltung gegenüber der Sozialdemokratie, nicht die Unterschätzung des NS, was der größere Fehler war. Die Krise wäre demnach trotz allem ein Stückchen weiter fortgeschritten. Der Imperialismus könne nicht mehr, wie er wolle, und das faschistische Deutschland werde eher eine revolutionäre Situation hervorbringen als das demokratische England. Daß ihre Phantasie nicht ausreichte, um sich vorzustellen, was der Nationalsozialismus tatsächlich hervorbringen würde, kann man den damaligen Kommunisten schwer vorwerfen. Daß der sozialistisch-kommunistische Antifaschismus im großen und ganzen bei Dimitrow stehengeblieben ist, zeigt, daß ihm recht geschieht, wenn ihn nun selbst die »Krise« schüttelt.

Merkwürdig ist, daß unsere Phantasie, trotz des Wissens um den Ausgang jener Geschichte, nicht einmal ausreicht, um uns vorzustellen, daß soeben ein Viertes Reich gegründet wurde, wobei die fortlaufende Nummerierung ja durchaus einen Unterschied zum vorigen benennt. Das kommt daher, daß sich die orthodoxe linke Faschismusanalyse nur mit dem Staat und der Wirtschaft beschäftigt, kaum mehr mit der Gesellschaft. Die Kritik der Herrschaftsstrukturen hat sich von der Kritik der Klassengesellschaft gelöst. So wird man vermutlich immer zu der Einschätzung gelangen, daß die Demokratie die vernünftigste bürgerliche Herrschaftsform ist und die SPD ihre beste Partei. Leider richtet sich der Kapitalismus nicht nach dieser Vernunft.

Trepper, geboren 1904 in Polen, als junger Mann in Palästina, wo er sich der KP anschloß, wurde 1942 von der Gestapo in Paris verhaftet, konnte 1943 fliehen, kehrte 1944 nach Moskau zurück, wurde umgehend des Verrats angeklagt, verbrachte zehn Jahre im Gefängnis, wurde nach Stalins Tod rehabilitiert, siedelte nach Polen um, mußte sich während der antisemitischen Kampagne unter Gomulka, Moczar, Gierek als Zionist angreifen lassen, konnte aufgrund internationalen Drucks 1973 in den Westen ausreisen und starb 1982 in Jerusalem. Die Autobiographie »des Juden..., der dem Nationalsozialismus sicher die schwersten Schläge zugefügt hat« (Gilles Perrault), schließt mit der Feststellung, er würde, wenn er noch einmal zu wählen hätte, alles genauso machen, wie er es gemacht hat.

Anmerkungen:

1) Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, Kapitel X, S. 235

2) Ebda., S. 234: »Das war in der damaligen Situation ein notwendiger Schritt der sowjetischen Aussenpolitik. Die Sowjetregierung hegte dabei keinerlei Illusionen gegenüber der Vertragstreue des Hitlerregimes. Der Vertrag durchkreuzte die Bildung einer antisowjetischen Front der mächtigsten imperialistischen Länder. Die Sowjetunion gewann weitere Jahre für den sozialistischen Aufbau. Die Entscheidung... beeinflußte in vielem den für die UdSSR und die freiheitsliebenden Völker günstigen Ausgang des zweiten Weltkrieges.«

3) Leopold Trepper: Die Wahrheit, München 1975

4) Gilles Perrault: Auf den Spuren der Roten Kapelle, überarb. u. erw. Neuausg., Wien, Zürich 1990, S. 45f. - Nikita Chruschtschow erwähnte in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, den sowjetischen Verbänden sei in den Morgenstunden des 22.6.41 anfangs sogar untersagt worden, das deutsche Artilleriefeuer zu erwidern, weil Stalin zunächst nicht glauben wollte, daß die deutschen Truppen auf Befehl Hitlers handelten. Siehe: Chruschtschow erinnert sich, Reinbek 1971, S. 559 - Der sowjetische Historiker W.M. Kulisch zum gleichen Thema: »Stalin sagte direkt, daß man unseren Aufklärern nicht glauben könne, und innerhalb kürzester Zeit - von 1936 bis 1940 - wurden fünf Chefs der Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab Opfer von Repressionen.« In: A. Bühl (s. Anm. 9), S. 73

5) »Die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs und Deutschlands führen Krieg um die Herrschaft über die Welt... Das ist der wahre Sinn dieses Krieges, der ein ungerechter, reaktionärer und imperialistischer Krieg ist.« Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern vom Nov. 1939, zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XI, S. 14

6) Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale - Eine Dokumentation, Hannover 1966, S. 315f

7) Ebda., Dokumente 47 und 48, S. 323 f

8) Chruschtschow erinnert sich, Kap. 5, Vorspiel zum Krieg

9) Achim Bühl (Hrsg.): Der Hitler-Stalin-Pakt. Die sowjetische Debatte, Köln 1989

10) Hermann Weber, Dokument 40, S. 295 f

Detlef zum Winkel schrieb in KONKRET 2/91 über den Golfkrieg

Konkret 04/91, S. 48

Udo Sierck

Arbeit um jeden Preis

In der ehemaligen DDR gelten jetzt auch die bundesdeutschen Rehabilitationsgesetze, die die Wiedereingliederung gesundheitsgeschädigter Menschen regeln: Erarbeitet wurden sie von Fachleuten, die schon im Nationalsozialismus Konzepte entworfen hatten, wie die menschliche Arbeitskraft restlos verwertet werden könne

Wesentliche Grundlagen für die heute noch gültigen und verstärkt bedeutsamen Richtlinien der Rehabilitationspolitik wurden auf dem 2. Arbeitswissenschaftlichen Kongreß 1955 in Dortmund erarbeitet. Einer der einflußreichsten Referenten damals war der Statistiker Siegfried Koller.

Prof. Koller war schon 1933 der NSDAP beigetreten und hatte seine wissenschaftliche Karriere damit begründet, daß er sich bemühte, »das große Problem der Auslese und Gegenauslese im hoch- und minderwertigen Erbgut zahlenmäßig greifbar zu machen«; dabei ging es ihm vor allem um die durch Eheverbote, Asylierung und Sterilisation zu verhindernde »überdurchschnittliche Fortpflanzung von Asozialen (asozialen Großfamilien) als wichtiges eugenisches Problem«. 1955 hatten sich zwar die Akzente seiner Arbeit verschoben, nach wie vor interessierte ihn aber vor allem, wie die 'Leistungsgemeinschaft' der Bundesdeutschen zu intensivieren sei. Er befürchtete, daß Frühinvalidität und vorzeitiges Aussteigen aus dem Beruf langfristig zunehmen würden. In seinen Statistiken hatte er errechnet, daß schon damals auf 100 nichtselbständige Erwerbstätige, die im 64. Lebensjahr oder kurz darauf in Rente gingen, 35 Personen kamen, die im Alter zwischen 45 und 55 Jahren aufhörten zu arbeiten. Das erschien ihm zusätzlich bedrohlich, weil seinen Analysen zufolge der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten stetig ansteigen würde und die Rentenausgaben in absehbarer Zukunft nicht mehr zu bezahlen sein würden.

Angesichts dieser düsteren Aussichten und eines gleichzeitig spürbaren akuten Facharbeitermangels sahen die Teilnehmer des Dortmunder Kongresses nur einen Ausweg: Es müsse verhindert werden, daß die Berufstätigen im »Arbeitsprozeß mehr oder weniger, vorzeitiger oder später zerrieben werden«. Eine rechtzeitige, also vor der Zerstörung der Arbeitskraft erfolgende, berufliche Umschulung und Fortbildung sollte deswegen forciert werden. Denn die Reaktionsfähigkeit und die Körperkräfte würden bei älteren Arbeitnehmern zwar nachlassen, ihre Erfahrung, Zuverlässigkeit und ihr Verantwortungsbewußtsein seien indes angesichts der permanenten Weiterentwicklung der industriellen Produktionsmethoden hin zur Automatisierung unersetzlich.

Die Rehabilitationsfachleute knüpften damit an die Argumentation des Mediziners Prof. Michael Bauer an, der im Juli 1953 dem Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen beim Bundesarbeitsministerium in Bonn eine Denkschrift über den Stand und die Aufgaben der Rehabilitation in der Bundesrepublik vorlegt hatte: »Der Wandel der Bevölkerungsstruktur, insbesondere der ungünstige Altersaufbau und die zunehmende Zahl von Anbrüchigen und Frühinvaliden erfordern weitergehende Maßnahmen zur Verhütung der mit Untätigkeit und Unproduktivität verbundenen Dauerinvalidität. Sonst besteht die Gefahr, daß die wirtschaftliche Kraft des voll leistungsfähigen Bevölkerungsteiles überspannt wird, weil ein zu großer Volksteil in Leistungsminderung verharrt. Daher ist die Rehabilitation für alle Körpergeschädigten erstrebenswert.«

Die Zahl der »Rehabilitationsbedürftigen« schätzte Prof. Bauer insgesamt auf eine bis drei Millionen Menschen. Auf der anderen Seite standen für die medizinische Rehabilitation in der BRD allerdings nur sehr wenige Anstalten der Versorgungsverwaltung oder Spezialkrankenhäuser wie in Bad Pyrmont oder Heidelberg zur Verfügung. Neben diesen institutionellen Defiziten machten sich organisatorische Mängel nachhaltig bemerkbar: Es gab keinen eigenständigen Rehabilitationsträger mit einheitlicher Zuständigkeit und keine einheitliche Finanzierungsstruktur.

Diese Situation führte im Frühjahr 1954 zur Etablierung einer Arbeitsgruppe für Frühinvalidität, einem Unterausschuß des Beirates zur Neuordnung der sozialen Leistungen beim Bundesarbeitsministerium. In ihm wirkten federführend der schon erwähnte Prof. Michael Bauer, Ministerialrat a.D. und 1941 in Berlin und seit 1951 in Bonn Honorarprofessor für Arbeits- und Versicherungsmedizin, sowie Prof. Ludwig Neundörfer, Direktor des Soziographischen Instituts der Universität Frankfurt. Der Sozialwissenschaftler Neundörfer stand auf dem Höhepunkt seiner Karriere, die im Nationalsozialismus begonnen hatte - ein Vorgang, der entgegen einer verbreiteten Meinung auch für Soziologen nicht untypisch war, wie der soziologiehistorisch arbeitende Carsten Klingemann akribisch belegt hat: Sozialwissenschaftler waren nach 1933 in großer Zahl an der notwendigen Aufbereitung entsprechender Daten für die Politikberatung, Planung und administrative Durchführung gesellschaftspolitischer Maßnahmen beteiligt. Sie wurden in erster Linie eingesetzt, um die Auswirkungen der betriebenen Aufrüstungs-, Kriegs-, Expansions- und 'Neuordnungs'-Politik auf die Sozialverhältnisse zu begleiten. Denn, so Klingemann, ein »durch seine gesellschaftssanitären Zielsetzungen definiertes Regime wird auf wissenschaftliche Experten der Sozialplanung und -kontrolle nicht verzichten, wenn es die 'Endlösung der sozialen Frage' anstrebt. Für diesen Aufgabenbereich waren jene Sozialwissenschaftler besonders geeignet, die mit praxisbezogenem Konzept und Instrumenten der empirischen Sozialforschung arbeiteten.«

Einige dieser Wissenschaftler waren an umfassenden NS-Planungen, wie dem ‘Generalplan Ost’, beteiligt gewesen, in deren Rahmen auch die ‘Endlösung der Judenfrage’ betrieben wurde. Zu diesem erweiterten Kreis zählte Ludwig Neundörfer, der das Soziographische Institut an der Universität Frankfurt a.M. geleitet hatte, das »für die sozialwissenschaftliche Planung der sozialstrukturellen und gesellschaftlichen Neuordnung im ‘Altreich’ und in den ‘eingegliederten’ Ostgebieten« zuständig war. Neundörfer und sein im Frühjahr 1943 gegründetes Soziographisches Institut arbeiteten eng mit dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, zusammen, der als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eine Behörde aufgebaut hatte, die für alle Siedlungsfragen in den ‘neuen Ostgebieten’ zuständig war (dazu gehörte die Vertreibung und Ermordung vor allem der polnischen Juden). Für Himmler direkt verfaßte Neundörfers Institut die Denkschrift »Agrarverfassung und Bevölkerungsaufbau im neuen Ostgebiet«.

Angesichts der militärischen Lage entwickelte sich die anfangs auf die Ostgebiete begrenzte Kooperation sehr zügig und umfaßte bald auch die Projekte zur Wiederaufbauplanung im nord- und westdeutschen Raum. Himmler selbst sorgte dafür, daß Neundörfers Institut in die 1944 gegründete und von Hermann Göring geleitete Wehrforschungsgemeinschaft aufgenommen wurde, in der ansonsten nur naturwissenschaftlich orientierte und eminent kriegswichtige Vorhaben unterkamen. Damit entging das Institut der Schließung im Rahmen des ‘totalen Krieges’, behielt seine vergleichsweise großzügige finanzielle Ausstattung, und die Mitarbeiter Neundörfers blieben von der Einziehung verschont.

Ohne Unterbrechung konnten sie sich nach dem 8. Mai 1945 zunächst in Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden und dann mit den relevanten Stellen des deutschen Staatsapparates an die Wiederaufbauplanungen machen. Ludwig Neundörfer wandte sich primär sozialpolitischen Problemen zu. Er saß im Hauptausschuß des für sozialpolitische Entscheidungen bedeutsamen »Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge«, wirkte in der von dem Sozialhygieniker Hans Harmsen initiierten Hamburger Akademie für Bevölkerungswissenschaft mit und verfaßte, zusammen mit anderen, im Auftrag Konrad Adenauers 1956 ein richtungsweisendes Gutachten zur Neuordnung der Rentenversicherung.

Schon in der ersten Sitzung des Ausschusses für Frühinvalidität wurde unter der Mitwirkung Neundörfers angeregt, sich dem Problem der Beschaffung von Arbeitsplätzen für »Minderleistungsfähige« zu widmen. Denn die Bemühungen um diese Menschen würden nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie die für sie aufgebrachten Kosten selbst wieder erwirtschafteten. Insgesamt flossen 1959 immerhin schon etwa 1,06 Milliarden DM in die medizinische und berufliche Rehabilitation, das waren ungefähr 3 Prozent der gesamten öffentlichen Sozialleistungen für dieses Jahr. Später durchgeführte detaillierte Untersuchungen bestätigten den volkswirtschaftlichen Effekt: Nach zehnjähriger Berufstätigkeit stand das Verhältnis der aufgewandten Kosten der Rehabilitation zum Beitrag für das Volkseinkommen 1:5, nach dreißig Jahren würde es sich sogar auf 1:15 verschoben haben.

Für den Chefarzt Dr. Oetzmann aus dem modernen Versorgungskrankenhaus in Bad Pyrmont war die Rehabilitation denn auch die »Methode der ‘totalen Betreuung’ des Patienten vom Krankenbett bis zur Wiedereingliederung in das Erwerbsleben«, durchgeführt von einem Mitarbeiterstab aus verschiedenen Fachrichtungen, die »die Erfassung der gesamten Persönlichkeit eines Menschen« garantierten. Die Voraussetzung dafür sei allerdings das ungetrübte Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient, denn wenn erst Mißtrauen die Behandlung störe, werde »aus dem ursprünglich noch eingliederungsfähigen Versehrten eine nicht mehr arbeitswillige ‘Sozialsumme’«.

Uneins waren sich die Mitglieder im Ausschuß für Frühinvalidität vor allem in der Frage, wie die Versicherten dazu bewegt werden sollten, die für notwendig erachteten Rehabilitationsmaßnahmen auch wahrzunehmen. Der als Sachverständiger geladene Kölner Prof. Zülch, Experte für Erkrankungen und Verletzungen des zentralen und peripheren Nervensystems, forderte für jeden Einzelnen die Verpflichtung, die verordnete Rehabilitation auch durchzuführen.

Prof. Bauer wollte hingegen zunächst den vertrauensärztlichen Dienst ausbauen, um durch einheitliche Gutachtertätigkeit der Sozialversicherung zu Einsparungen zu verhelfen. Ihm schwebte vor, die für Herz-, Gefäß- und Kreislaufkrankheiten anfälligen Versicherten in jedem Betrieb herauszufinden, ihnen dann prophylaktisch Kuraufenthalte zu verschreiben, um dann zuletzt in Kooperation mit der Kranken- und Rentenversicherung mit detaillierten Anweisungen in die künftige Lebensführung und Arbeitsweise einzugreifen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellte, ganz im Sinne solcher Vorstellungen, das Angebot für eine medizinische und berufliche Versorgung als sinnvolle sozialstaatliche Leistung dar, die das Risiko der Erwerbsunfähigkeit scheinbar absicherte. Auf seinem Bundeskongreß im Oktober 1954 hatte der DGB bereits einen sozialpolitischen Forderungskatalog aufgestellt, in dem es u.a. hieß: »Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Angehörigen ist es erforderlich, die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und zur Wiedereingliederung in Arbeit organisatorisch zu verbessern, wirksamer zu gestalten und für alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf Art und Ursprung der Behinderung bereitzustellen.«

Die Teilnahme an der Rehabilitation sollte, das wurde schließlich entschieden, möglichst freiwillig erfolgen - gleichzeitig wurden aber scharfe Sanktionen für Widerstrebende angedroht. So kann bspw. der seit Anfang der sechziger Jahre gültigen Rechtslage zufolge einer behinderten Person die Eingliederungshilfe entzogen werden, wenn diese das Endziel der Unterstützung »schuldhaft« gefährdet oder sich der Maßnahme unbegründet verweigert. Lehnt es ein Verletzter in der

Unfallversicherung ab, sich einer Berufsfürsorge zu unterziehen, kann ihm die Rente nicht entzogen werden, der Träger aber die Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche ablehnen. In der Rentenversicherung gilt: Entzieht sich ein Versicherter ohne »triftigen« Grund einer Heilbehandlung oder einer Berufsförderung, kann ihm die Rente ganz oder teilweise gestrichen werden, sofern bei einer in den folgenden drei Jahren auftretenden Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit als Ursache die Zurückweisung der Rehabilitationsmaßnahme attestiert wird.

Ausgenommen von diesen repressiven Regelungen ist lediglich eine »Heilbehandlung, die mit einer erheblichen Gefahr für Leben und Gesundheit des Versicherten verbunden ist«; als zumutbar gilt eine Operation dann, wenn »nicht mit übermäßig gesteigerten Schmerzen« zu rechnen ist. Das Entgegenkommen der Rehabilitanden wird aber für selbstverständlich gehalten. Denn da die Gemeinschaft ohnehin erhebliche Kosten für die Versorgung derjenigen aufbringe, die nicht mehr rehabilitationsfähig scheinen, könne die Gesamtheit die Teilnahmepflicht einklagen. »Der gesellschaftlichen Pflicht zur Arbeit entspricht also auch eine Pflicht zur Mitwirkung an Rehabilitationsmaßnahmen.«

Der mit der Einführung moderner Technik einhergehende Rationalisierungsschub in der Industrie erweiterte die Möglichkeiten, auch schwerer behinderte Personen zu beschäftigen. Seitdem geht es nicht mehr um die produktive Betätigung allein, die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte drängte sich in den Vordergrund. Die Fachleute im Rehabilitationszentrum Heidelberg haben das sehr schnell erkannt. Sie ordnen ihr Wirken in die nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Zusammenhänge ein und weisen auf kommende Aufgaben hin:

»Wir haben ... zwei Gesichtspunkte klar herausgestellt:

a) Durch die Rehabilitation soll jedes Quentchen Arbeitskraft möglichst rasch wieder nutzbar gemacht werden. Wir können es uns nicht leisten, Menschen, sei es für die Dauer oder auch nur zu lange, dem Arbeitsmarkt vorzuenthalten. Bei den Rehabilitanden handelt es sich nicht um einen kleinen Personenkreis. Dieser Kreis ist viel größer, als wir ahnen. Hier wächst eine Armee von Menschen heran aus Verkehrsunfällen, Betriebsunfällen, Krankheiten usw. ...

b) Müssen wir nicht gerade auch die Rehabilitation nützen, um immer mehr qualifizierte Kräfte zu schaffen? Wir wissen heute, daß mit der neuen weltweiten Arbeitsteilung uns immer höhere Leistungen abgefordert werden, angefangen beim kleinen bescheidenen Werkmann bis zu den Spitzenkräften. Wenn die Entwicklungsländer einmal viele einfache und mittlere Arbeiten übernehmen, die Massenfertigungen, bei denen viele Menschen benötigt werden, dann müssen wir unsere Arbeit mehr auf andere Bereiche erstrecken, auf Spezialartikel, hochqualifizierte und hochmodische Waren, auf Forschung, Entwicklung usw. mit allem, was sich darum rankt. In diese Entwicklung geht unsere Wirtschaft hinein, und für alle Grade und Stufen dieser Entwicklung benötigen wir immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte. Deshalb versuchen wir im Rehabilitationszentrum Heidelberg, die Behinderten qualitativ und damit beruflich eine oder zwei Stufen höher zu entwickeln. ... Wir müssen unseren Bestand an menschlicher Arbeitskraft, die Quantität und Qualität dieses entscheidenden Kapitals erforschen. ... Wir wollen keine Krüppel und keine Krüppelberufe mehr haben.«

Die Rehabilitation war und ist Teil einer Antwort auf den Strukturwandel in den Arbeitsbedingungen. Die fortwährend vorgenommenen Rationalisierungen, Automatisierungen, Computerisierungen verlangen die ständige Weiterqualifizierung, eine rasche Beobachtungsgabe und schnelles Erkennen mit präzisen Reaktionen auf maschinelle Störungen sowie technisches Know-how. Das gesamte differenzierte Angebot der beruflichen und medizinischen Rehabilitation liegt damit im Spannungsfeld der individuell als willkommen empfundenen oder tatsächlichen Hilfe und der Wirkung, die den Raubbau an menschlichen Energien und Ressourcen fördert. Das Rehabilitationsnetz soll ein Verständnis erwecken, das die leistungsorientierte Aufteilung der Bevölkerung als scheinbar natürlichen Vorgang begreift. Diese einseitige Vorgabe wird allgemein akzeptiert, weil sie sich als Ausdruck und Erfolg einer sozialen Gemeinschaft darstellt.

Die unreflektierte Überzeugung, erst die Arbeit mache den Menschen zum Menschen, spielt dabei die Schlüsselrolle. Denn wenn der Wert eines Menschen vorrangig davon abhängig gemacht wird, ob er produktiv tätig ist, werden Maßstäbe übernommen, die in jenen, die nicht (mehr) arbeiten können oder wollen, ein ‘soziales Nichts’ ausmachen. Die Tendenz auf dem Arbeitsmarkt, der immer mehr Menschen unbrauchbar und überflüssig erscheinen läßt, unterstreicht die Brisanz einer Perspektive, die den Wert eines Individuums an Vorstellungen seiner Nützlichkeit knüpft.

Udo Sierck schreibt an einem Buch über die Grundlagen der Rehabilitationspolitik

Konkret 04/91, S. 51

Burkhard Müller-Ullrich

Von Leib- und Nachtwächtern

Wie die deutsche Presse einmal einen irakischen Türken baute

Ab morgen wird es allen spanisch vorgekommen sein. Dann wird jeder gestutzt haben wollen. Dann wird wieder der ewig mißliche Zeitdruck verantwortlich gemacht werden. Ab mor-gen wird man es nicht nur besser wissen, sondern schon von Anfang an geahnt haben. Ein Leibwächter von Saddam Hussein, einer von 25 Auserwählten, rumpelt nicht, in Stofflappen gewickelt, auf einem Tanklaster über die türkische Grenze aus dem Irak hinaus. Vor allem nicht im September 1990, wenige Wochen nach der Annexion Kuwaits, als diese Grenze dicht war.

So aber stand es im - buchstäblich - vorletzten Heft von »Transatlantik«, und so machte es die Runde: als ganzseitiger Auszug in der »taz«, als Serie in »Quick« und wo nicht noch alles. Ihren Ausgang hatte die Geschichte beim französischen »Nouvel Observateur«: eine Geschichte, die einem die Haare zu Berge stehen ließ - sei es wegen der darin enthaltenen Brutalität, sei es wegen der darin fehlenden Plausibilität.

In groben Zügen geht die Geschichte so: Ein gewisser Karim Abdallah al-Jabouri, Sohn eines Cheikh, das heißt aus gutem Hause, wird 1985 von Saddam Hussein in seine Leibgarde aufgenommen. Sechs Jahre lang dient er dem Despoten und erlebt aus nächster Nähe dessen bestialische Blutgier: wie er während des Krieges gegen den Iran bei einer Stabsbesprechung eigenhändig den General Salah el-Kadi im Konferenzraum erschießt; wie er bei einer Ausfahrt drei Kurden mit Benzin übergießen und bei lebendigem Leib verbrennen läßt; oder wie er sich im Frühjahr 1988 daran weidet, daß eine alte Frau, die ihn beschimpft hatte, auf seinen Befehl hin totgeschlagen wird.

»Wenn wirklich wahr ist, was dieser ehemalige Leibwächter Saddam Husseins zu berichten hat«, schrieb der Wiener »Standard« nach Erscheinen des »Transatlantik«-Heftes, »dann ist dieses Gespräch ein recht ordentliches Sprengstoffpaketchen«. Doch der Sprengsatz explodiert jetzt aufgrund hartnäckiger Recherchen der französischen Zeitungen »Le Canard enchainé« und »Libération« ganz anders als (durch wen eigentlich?) geplant. Denn es mag sein, daß diese Greuelgeschichten über Saddam wirklich wahr sind, bloß der angebliche Leibwächter ist, wenn man so sagen darf, ein Türke, freilich ein irakischer.

»Kapitän Karim« heißt in Wirklichkeit Muzhir Affat und hat in Paris einige Bekannte. Da ist zum Beispiel jener Rechtsanwalt, der ihm 1980 20 000 Francs lieh, um sein Studium zu finanzieren. Da sind seine Lehrer und Kommilitonen an der Ecole Supérieure d'Architecture sowie deren Direktor, der den 23jährigen Muzir 1982 hinauswarf, weil er das Zertifikat seines nicht bestandenen Zwischenexamens umfälschte. Sie alle erkannten Muzir wieder, als er unlängst in seiner neuen Rolle als desertierter Leibwächter des Tyrannen von Bagdad auf französischen Bildschirmen zu sehen war: Muzir, dessen Vater keineswegs Cheikh, sondern Chauffeur ist, Muzir, der 1985 in Bagdad statt bei Saddams Leibgarde beim Wirtschaftsministerium arbeitete, Muzir, der im September 1990 keineswegs über die türkische Grenze aus dem Irak zu fliehen brauchte, weil er sich nämlich schon seit Februar wieder in Paris aufhielt und im Sommer, das ist dokumentiert, für die Betreuung eines Bücherstands im Institut du Monde Arabe 3000 Francs von der irakischen Botschaft erhielt.

Bei der Gelegenheit traf er auch einige Bekannte wieder, die ihn ebenso zweifelsfrei identifizierten wie nach seinem Fernsehauftritt am 23. Januar dieses Jahres. Identifiziert hat ihn auch der Redakteur und Moderator jener Sendung, Patrick Poivre d'Arvor, aber im entgegengesetzten Sinne. Vor laufender Kamera erklärte er nämlich, er erkenne in dem angeblichen Karim durchaus jenen Leibwächter wieder, der ihn selbst vor einem Interview mit Saddam Hussein im letzten August durchsucht habe. Nach der Sendung vom »Canard Enchainé« mit den wirklichen Fakten konfrontiert, war sich Poivre d'Arvor allerdings schon viel weniger sicher: so genau schaue man einen Leibwächter natürlich nicht an, erklärte er, und außerdem sähen sich alle Iraker verdammt ähnlich.Die letzte Pointe seiner Recherche hat der »Canard Enchainé« noch gar nicht publiziert: Das Appartement, in dem Karim alias Muzir damals wohnte, war vom kommerziellen Fernsehsender TF1 gemietet. In der Tat ist Poivre d'Arvor *dort* beschäftigt und nicht beim öffentlich-rechtlichen Kanal Antenne 2, wie die »Transatlantik«-Redaktion wisserisch erklärt hatte. Aber auf solche Petitessen kommt es bei so einer fetten Ente schon gar nicht mehr an.

Burkhard Müller-Ullrich ist freier Autor und lebt in Genf

Konkret 04/91, S. 56

Dietrich Kuhlbrodt, Horst Tomayer

Soll »Jud Süß« wieder in die Kinos?

In Hamburg wurde im Februar in einer einmaligen Vorführung Veit Harlans NS-Film »Jud Süß« gezeigt. Dietrich Kuhlbrodt, der den Einführungsvortrag hielt, plädiert für weitere öffentliche Aufführungen, Horst Tomayer hält dagegen. Die (gekürzte) Mitschrift der Diskussion nach der Vorführung dokumentiert, was zu erwarten ist, sollte man Kuhlbrodts Vorschlag folgen

Dietrich Kuhlbrodt

Das Revival des Nazifilms

Lesben, Schwule und Justizbehörde präsentierten in Hamburg Filme von Goebbels' Starregisseur: Veit Harlans »Anders als Du und ich« (1957) und sein »Jud Süß« (1940) wurden im Rahmen der »Lesbisch-schwulen Filmtage« und der Ausstellung »Justiz und Nationalsozialismus« wieder aufgeführt. Der Zuspruch des Publikums war so groß, daß weitere Aufführungen geplant sind. Der Boykott der Harlanfilme, den Erich Lüth, damals Hamburgs Senatspressesprecher, vor vierzig Jahren ausgerufen hatte, ist vergessen. Die neue große Einigkeit darüber aber, daß diese Filme heute wieder öffentlich gezeigt werden sollten, bedarf der Diskussion.

Fortzuführen ist die Debatte, die sich vor einigen Jahren am Vorhaben einiger Museen und Galerien entzündet hatte, Adolf Zieglers »Wasser und Erde« (1937), Oskar Martin Amorbachs »Der Saemann« (1937), Josef Thoraks »Die Kameradschaft« (1937), gar Arno Brekers »Die Partei« (1939) und andere Nazibildwerke wieder öffentlich auszustellen. Hintergrund dieser Bestrebungen war, daß ihr Promotor Ludwig von der Sammlung Ludwig beim damals noch lebenden Naziskulpteur Breker ein Konterfei für sich und seine Gattin bestellt hatte. - Die Antwort auf diesen Trend faßte Klaus Staeck in den Appell: »Keine Nazi-Kunst in unsere Museen«.

Diesem Aufruf folgend zog der Sozialdemokrat Hilmar Hoffmann, Frankfurts damaliger Kulturdezernent, das Fazit, die Ausstellung von Nazikunst sei »in hohem Maße verantwortungslos«, denn es fehle an der erforderlichen Reife des Publikums. Die Frage blieb offen, wie diese Reife des von der Besichtigung ausgeschlossenen Publikums denn hergestellt werden soll. Alfred Hrdlicka hatte sich geweigert, Staecks Resolution zu unterschreiben, weil er mit den »Blockwarten der Moderne, den Museums- und Kunstvereinsbürokraten« nicht gemeinsame Sache machen wollte.

Die Frage ist auch jetzt wieder, ob derjenige sich als sozialdemokratischer Blockwart diffamieren lassen muß, der den alten Boykott von Erich Lüth fortsetzen und in Sorge um das Heil des Publikums die Aufführung von Veit Harlans Nazifilmen verhindert sehen möchte. Anders gefragt: Werden durch ein Bilderverbot diejenigen der Zuschauer diffamiert, die sich keineswegs als potentielle Nazis einschätzen? Die Polemik ist vorprogrammiert und könnte von selbst weiterlaufen, ohne daß auch nur eine einzige Filmszene in Augenschein genommen werden müßte. Doch wie gehabt, geht bei einem Streit, der sich in der Wiederholung gegenseitiger Verdächtigungen erschöpft, der Gegenstand verloren.

Nach der Vorführung von »Jud Süß« saßen im Hamburger Metropolis-Kino hunderte Hilmar Hoffmanns, die über die Veröffentlichung von (Nazi-)Kunst befanden; der Einsatz von Kunst als erzieherisches Mittel war unbestritten; die Schlußfolgerungen waren sehr unterschiedlich (Nazifilme dürfen gezeigt werden: ja/nein); ein Hrdlicka, der sich gegen diese Art der Bevormundung wehrte, war nicht dabei.

Nun sind Harlans Filme als Instrument der Volkserziehung gewiß nicht geeignet. Doch wer die Frage so stellt, ist sich im Ansatz mit Dr. Goebbels einig, der darin allerdings durchaus das rechte Mittel sah. - Auch der pädagogisch sicherlich wertvolle Ansatz (Aufklärung durch 'Abschreckung`)vermag daher nicht dem Phänomen des neu erwachten Interesses an Harlans Filmkunst auf die Spur zu kommen. Fassbinder schulte sich an Harlans Melodram. Schlingensief verfilmte Harlans »Opfergang« aufs neue (»Mutters Maske«), Norbert Grob versucht in dem in Hamburg erscheinenden Filmlexikon »CineGraph« eine Rehabilitation, Lesben- und Schwulen-Gruppen gebrauchen Harlans »Anders als Du und ich« zur Selbstfindung, und Hamburger Richter und Staatsanwälte versuchen, die Nachkriegsjustiz mit Hilfe von Harlans »Jud Süß« zu bewältigen. Lassen sich diese unterschiedlichen Interessenten immer noch vom Reichspropagandaminister instrumentalisieren? Sind heimliche Sympathisanten zu entlarven? Sympathisanten mit wem oder was?

Es ist kein Wunder, daß unsere Intellektuellen gegenüber der anbrausenden Flut des Irrationalismus' Schutz und Halt im vorauseilenden Widerstand finden. Eine solche Verteidigungsprozedur stiftet Identität, wenn auch im Negativen; sie setzt Ausgrenzung und Abschottung voraus; dann dürfen Harlans Nazifilme freilich nicht öffentlich gezeigt werden. Begründen läßt sich dies allerdings nur mit dem Verweis auf das eigene Seelenheil, also persönlich. Der klassische Fall der Selbstmarginalisierung. Denn um das Eiland der Vernunft braust und wogt das Meer des Irrationalismus - vom bürgerlichen Melodram (Harlan) bis zur Ästhetik des Erhabenen (Lyotard), von der neuen Begeisterung für die deutsche Frühromantik (Steiner) bis zur neuen Verzückung angesichts von Nazi-Glamour (Syberberg, Sontag).

Aber bleiben wir bei Veit Harlan und beim öffentlichen Vorzeigen seiner Werke. Zu seiner Zeit, also zur Nazizeit, war die Kunst Komplizin des Faschismus. Dem Irrationalismus aber war sie schon zuvor und auch danach willfährig gewesen; dieses Kontinuum zu begreifen, gelingt aber nur, wenn die Filme besichtigt werden können und wenn ins Bewußtsein rückt, daß es, schlimm genug, 1945 keine Zäsur gegeben hat (und auch 1933 nicht). Wenn sich bürgerliche Ästhetik tendenziell dem Diskurs entzieht und von der Argumentation ausschaltet (»Kunst ist apolitisch«), wären wir schlecht beraten, damit zu antworten, daß wir uns unsererseits dieser Kunst entziehen und damit ebenfalls den Diskurs verhindern. Bezeichnenderweise schwand die Faszination, die Syberberg mit seinem Hitler- und Wagnerkult auch auf das linkskunstsinnige Lager ausübte, als er zur Feder griff und öffentlich zu argumentieren versuchte. Ohne diesen (Fehl-)Griff hätten wir uns von ihm weiter hitlermythologisch vernebeln lassen (ausgenommen ich und Du usw., selbstverständlich). Mit ihm fiel seine Predigerin, Susan Sontag. Vorbei die hoch aufgeschütteten Worthalden. Aber es bleibt eine Frage - an die Rezipienten. Was hatte Syberberg in uns (ausgenommen s.o.) angesprochen, daß er der Held des kulturellen Fortschritts geworden war? Liegt es daran, daß wir nicht genug Nazifilme gesehen haben, »um uns der Gefährdungen unserer Gesellschaft bewußt zu werden, - um uns dem Hitler in uns zu stellen und um die Breite und Vielfalt unseres kritischen Umgangs mit den Künsten zu entwickeln« (Hilmar Hoffmann)?

Natürlich wird man sich auch gegen diejenigen wehren müssen, die die Nazizeit zum Nostalgiejahrdutzend unwidmen möchten. Keine Nazifilme für Jubelfeiern! Aber was ist mit den Nazifilmen, die total normale bürgerliche Ästhetik transportieren? Wir sind beim völlig normalen Sozialdemokraten Veit Harlan (in der SPD war er, nie in der NSDAP); er hatte 1923 eine Jüdin geehelicht, eine deutsche Variante des Melodrams entwickelt, ein Häusle gebaut, seinen Besitzstand gewahrt und sich politisch mit Fleiß naiv gehalten. Eine Besichtigung des »Jud Süß«, des antisemitischen Paradefilms, zeigt ein Monstrum der Normalität. Die Judenhetze, gar der Holocaust erscheinen darin als Gebot bürgerlicher Wohlanständigkeit und Reinlichkeit. Goebbels, der sich bekanntlich als Filmtycoon gerierte, hatte das bürgerliche Melodram mit äußerster Perfektion und Raffinesse dafür instrumentalisiert.

Das Melodram, vor zweihundert Jahren am bürgerlichen Theater entstanden, hatte sich zur Aufgabe gemacht, Historie und Zeitgeschehen, Widersprüche und Konflikte in die Innenwelt der handelnden Personen zu verlagern und durch Simplifizierung Emotionalisierung sich der unmittelbaren Erfahrungswelt der Zuschauer anzunähern. »Das Leben selbst wird auf eine Ebene gehoben, wo die Leidenschaften nur noch maßlos sein können, Begierde und Wünsche tabu, die Strafe blutig, der Tod sublim« (Michel Leiris). Mit dem Aufkommen des Films überwand das Melodram seinen schlechten Ruf. Als Filmmelodram wurde es künstlerisch hoffähig - nicht zuletzt, weil die neuen Regisseure Spiel und Ambivalenz in diese Gattung zu bringen wußten (von Griffiths »The Birth of a Nation«, 1915, bis zu Detlef Sierck = Douglas Sirk's »Duell in den Wolken«, 1957). Harlans »deutschnationales Melodram« (Norbert Grob) blieb dagegen unzweideutig und unspielerisch. Todernst und verbissen, aber durchaus kunstvoll-filmisch, trieb es die ursprüngliche Simplizität ins Extrem. Lebenslust und Liebenswertes ist vom Schicksal sowie vom Regisseur vorbestimmt, in nichts anderem als in Fluch und Verderben zu münden. Jenseits aller Psychologie und jeder gesellschaftlichen Erkenntnis läßt »Mystiker Harlan« (Grafe/Patalas) die Filmhelden von dunklen Trieben gesteuert werden. Ziel ist die Vollendung des geheimnisvollen Geschicks, Nacht und Tod.

Doch der größte Schrecken ist der der Nähe; die Abgründe, die sich im behüteten Heim öffnen, und der Hitler in uns. Hitchcock hat den Horror der Normalität herausgekitzelt. Wenn sich Jungstarregisseure wie Fassbinder (damals) und Schlingensief (heute) an Harlan schulten, dann, um ihrerseits eine Kunstgattung zu instrumentalisieren, die sich, sich unpolitisch wähnend, dazu anbietet. Leute wie Fassbinder und Schlingensief brauchen die von Harlans Melodram vorgegebene bürgerliche Ordnung, um sich an ihr versündigen zu können. Nicht der Nazifilm, sondern der stockbürgerliche Film, sein unbekümmertes Kontinuum erfreut sich der Aufmerksamkeit der neuen Interessenten - jedenfalls der Lesben, Schwulen, Richter und Staatsanwälte, die sich »Jud Süß« und »Anders als Du und ich« jetzt in Hamburg beguckt haben. Gewiß mag jemand ungesehen die Hand zum Gruß gereckt haben, auch mögen die unverständigsten Wortmeldungen zu registrieren sein. Wie aber soll man das Faszinosum der Normalität in Worte fassen? Je absurder die Reaktionen waren, desto zwingender ist es, das Kontinuum des deutschen Melodrams auf die Leinwand zu bringen. Schließlich wollen wir uns nicht damit begnügen, recht zu haben, sondern auf etwas Einfluß nehmen. Die guten alten Ufa-Filme, Kunstlichtspiele der Nazis, laufen, durchaus ohne unser Zutun, auf allen Fernsehkanälen. Die neue alte Normalität. Aber zu erken-nen ist sie dort, wo die Instrumentalisierung des Genres offenbar wird: im Fall »Jud Süß«.

Goebbels nahm in jeder Einzelheit auf Planung und Produktion, auf Besetzung, Buch und Regie des Films Einfluß. 1940 ließ er ihn auf der Biennale in Venedig uraufführen. 19 Millionen Zuschauer ließen sich auf den unmittelbar bevorstehenden Holocaust einstimmen. Doch was sie gesehen hatten, war keine Ungeheuerlichkeit, sondern ein biederer gepflegter Unterhaltungsfilm, in dem populäre Schauspielgrößen ihre Kunst entfalteten (»Ufa-Stil«); zudem handelte es sich um eine Literaturverfilmung; freilich war der Name des Autors, der den Bestseller »Jud Süß« geschrieben hatte (Brecht-Freund Feuchtwanger), unterschlagen worden. Der Fall war historisch: In den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts möchte Herzog Karl Alexander von Württemberg (Heinrich George) mit der luxuriösen Hofhaltung der Nachbarstaaten konkurrieren. Nachdem die Landstände seine finanziellen Forderungen abgelehnt hatten, wendet er sich an

den Frankfurter Juden Süß-Oppenheimer (Ferdinand Marian). Bald ist dieser Geheimer Finanzrat des Stuttgarter Hofs; mit Hilfe seines Sekretärs Levy und des Rabbi Loew (beide Rollen: Werner Krauss) setzt er die Aufhebung der Judensperre für Stuttgart durch und erhebt Steuern auf Straßen, Brücken und Lebensmittel. Zum Aufruhr kommt es, nachdem Jud Süß Dorothea Sturm (Kristina Söderbaum), die Tochter des Landschaftskonsulenten, geschändet und in den Tod getrieben hat.

Sorgsam hatte Goebbels alles entfernt, was den Filmgenuß stören konnte. Die in der ersten Drehbuchfassung vorgesehenen Zwischentitel (»Der Jud saugt das Land aus«) waren gestrichen. Antisemitische Reden waren als historische Zitate eingefügt (»Luther hat gesagt ...«). Die von Harlan gedrehte Schlußsequenz (Jud Süß stirbt mit einem wahrhaft biblischen Fluch auf den Lippen) ließ er durch eine Szene ersetzen, in der das Hinrichtungsopfer einen winselnden, erbärmlichen Eindruck macht. Um den Unterhaltungswert des Films nicht zu schmälern, ersparte er dem Zuschauer alles, was ihn belästigen und auf Distanz bringen könnte. So wird, durchaus den Gesetzen des Melodrams gehorchend, weder die Schändung selbst gezeigt noch das Ertrinken der Söderbaum noch der Eintritt des Todes am 4.2.1738, dem Hinrichtungstag. Auch das folgende Pogrom wird nur behauptet, nebenher. Die drastischen Schächtungsszenen, die für diesen Film aufgenommen worden waren, verwendete er anderweitig (»Der ewige Jude«). Große Mühe gab er sich, Spitzenschauspieler zu verpflichten. Ferdinand Marian will bei den Probeaufnahmen absichtlich schlecht gespielt haben (Goebbels gab ihm die Hauptrolle). Werner Krauss will mit der Forderung, eine Doppelrolle zu spielen, auf Ablehnung spekuliert haben (er bekam alle übrigen Judenrollen zugleich). Kristina Söderbaum will remonstriert haben, sie habe eben erst entbunden (Goebbels stellte ihr eine Amme). Harlan selbst behauptete, er habe sich an die Front gemeldet (er konnte diesen und weitere Großfilme drehen).

Goebbels sparte aber vor allem die historischen Dimensionen aus. Hintergrund des historischen Falls war die Auseinandersetzung zwischen aufstrebenden Katholiken und bäuerlichen Protestanten gewesen, zwischen expandierender, merkantilistischer Manufaktur und dem reinen Agrarland Württemberg. - Um seinen Zweck nur desto sicherer zu erreichen, wies er schließlich in der geheimen »Vertraulichen Mitteilung«vom 18.1.1940 die Presse an, den Film »Jud Süß« nicht als antisemitischen Film zu bezeichnen: »Eine derartige Charakterisierung ist deshalb nicht richtig, weil er durch die Wirkung auf das Publikum seinen Zweck von selbst erfüllen wird.« Daß dieser Zweck die sog. Endlösung der Judenfrage war, ist unschwer den Erlassen des Reichsführers-SS, Himmler, zu entnehmen. Noch im Monat der Uraufführung ersuchte er, »Vorsorge zu treffen, daß die gesamte SS und Polizei im Laufe des Winters den Film ‘Jud Süß’ zu sehen bekommt«. Der arischen Bevölkerung wurde der Film immer dann vorgeführt, wenn »Aussiedlungen« in die Vernichtungslager bevorstanden. - »Ein antisemitischer Film, wie wir ihn uns nur wünschen können«, vertraute Goebbels am 18.8.1940 seinem Tagebuch an.

Harlan hat davon profitiert, daß Ende 1939 in Polen die ersten Ghettos eingerichtet worden waren. Er studierte dort das »Urjudentum«, um ihm in seinem Film den »getarnten Juden«, den »eleganten Finanzberater des Hofes Jud Süß Oppenheimer« gegenüberzustellen. Das Reichssicherheitshauptamt - Zentralstelle für jüdische Auswanderung - besorgte ihm für die Filmaufnahmen in Prag, das die Kulisse für Stuttgart abgab, »rassereine jüdische Komparsen«.

Nach 1945 wurde Harlan Hamburger. Er hatte sich hier vor dem Schwurgericht wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Verfolgung aus rassischen Gründen) zu verantworten. Vorsitzender war Dr. Tyrolf, der eine von ihm freigesprochene Euthanasieärztin (»Rechtsirrtum«) geheiratet hatte. Harlan wurde zunächst mit der Begründung freigesprochen, es sei nicht zu beweisen, daß aufgrund des Films einem Juden Leid geschehen sei; um welchen oder welche sollte es sich denn handeln? Hierzu sei nichts Näheres bekanntgeworden; es fehle am Nachweis eines Kausalzusammenhangs (Urteil vom 23.4.1949). Nachdem das Urteil kassiert worden war, sprach er Harlan am 29.4.1950 frei, weil Befehlsnotstand vorgelegen habe (»Dr. Goebbels«). Nicht einmal wegen Beleidigung derJuden vermochte er zum Spruch zu kommen. Begründung: Die Juden hätten eventuell die Antragsfrist versäumt. Hätten sie nicht schon damals, 1940/41, ins Kino gehen und Strafantrag stellen können? - Während der Nazizeit mit dem gelben Judenstern in die Kinovorstellung eines antisemitischen Films gehen und sich anschließend bei der Polizei über den Film beschweren - das Gericht ging den sich aufdrängenden Fragen nicht nach. Auch die Staatsanwaltschaft verzichtete auf Revision.

Ein »normales« bürgerliches Strafverfahren. Alle Vorschriften sind beachtet; die Akte sieht aus wie alle anderen; sie gibt es heute noch. Ein Justizkontinuum. Um die Ungeheurlichkeit der Kontinuität der bürgerlichen Justiz und des bürgerlichen Melodrams zu entdecken, braucht es die öffentliche Vorführung des Films »Jud Süß«. Die Kopie gibt es ebenfalls heute noch. Und natürlich nutzt die Vorführung für Eingeweihte nichts, die es sowieso schon wissen. Aber wenn es Zuschauer gibt, die der Normalität immer noch erliegen, dann ist dies erst recht ein Grund, Öffentlichkeit herzustellen. Die Vorführung des Films tut not, um dem Revival des Nazifilms, das von Nostalgikern und den Redakteuren der Fernsehanstalten gegenwärtig betrieben wird, zu begegnen. Der »Jud Süß«-Film ist das Instrument dazu. Heraus aus dem Giftschrank des Bundesarchivs!

Dietrich Kuhlbrodt war als Staatsanwalt an der Verfolgung von NS-Verbrechen beteiligt

Horst Tomayer

Nein!

Der Film »Jud Süß« des zeitweilig völlig normalen Sozialdemokraten, zeitweilig mit einer Frau jüdischen Glaubens verheirateten, zeitweilig ein Häusle bauenden, zeitweilig in polnischen Ghettos das »Urjudentum« »studierenden«, zeitweilig »rassereinen jüdischen Komparsen« das arisch-herren-menschliche »Äktschn!« zurufenden, zeitweilig sich den Anweisungen des Regieassistenten Goebbels fügenden und sich nach dem Ende des »Befehlsnotstands« und der Gewißheit von Auschwitz nicht zur Mitverantwortung am Nießbrauch seines Films durch die Wannseekonferenz bekennenden, sondern widerlich feig unter den Freispruchflügel einer mit einer Euthanasie»ärztin« liierten Richterkrähe flüchtenden Veit Harlan ist kein Melodram wie jedes andre Söderbaum- oder Leander-Melodram, sondern »Jud Süß« ist der Auschwitz-Vorfilm, die Kino-Einstimmung auf die Judenvernichtung.

Nur wer Antisemit ist oder wem die sechs Millionen wurscht sind oder wer meint, sechsundvierzig Jahre »Jud Süß«-Entzug seien genug, oder wer seinen antifaschistischen Verstand verloren hat, kann sich für die kommerzielle Prostitution dieses Films zur Befriedigung ganz besonderer Unterhaltungsgeilheiten des zeitgenössischen Gesindels (»Jud Süß - mit echten noch nicht vergasten Juden in Nebenrollen - auf allen Plätzen zwölf Mark«) verwenden. Indes: Das »Kommando Erich Lüth«, hört man, stehe, bis an den Rand der Manteltaschen mit Buttersäuremollies bewaffnet, bereit.

Dokumentation

Die Wurzeln

Tonbandabschrift einer Diskussion im Anschluß an eine Vorführung von Veit Harlans »Jud Süß« im Hamburger »Metropolis«-Kino, Februar 1991

Mann 1: Also wenn ich diesen Film nicht gesehen hätte, wäre mir ein Teil des Antisemitismus nie so klar geworden, daß man nämlich die Eigenschaften, die man an sich selbst nicht mag, auf ein anderes Volk projiziiert. Was hat denn der Jude in dem Film getan? Er hat eine Revolution von oben angezettelt und Folter gegen einen Typen von den Landständen ausüben lassen, also diese Szene, die hätte direkt in einem Gestapo-Keller aufgenommen werden können. Der Jude in dem Film wendet also richtig Nazi-Methoden an.

Mann 2: Das Perfide an dem Film ist doch die Verknüpfung von demokratischem Bewußtsein, mit dem die Landstände gegen die Despotie ihres Fürsten und dessen Verfassungsbruch auftreten, und antisemitischer Gesinnung. Man kann also einerseits mit den Landständen mitfühlen, daß sie für ihr Volk eingetreten sind, und gleichzeitig mobilisieren sie den Haß auf die Juden, die sie wieder aus der Stadt vertreiben wollen.

Frau 1: Deswegen finde ich den Film so gefährlich, weil ich glaube, daß solche Verknüpfungen auch heute verfangen würden.

Mann 3: Nein, also das sehe ich gar nicht. Die Emotionalität von heute ist ja ganz anders als damals. Ich finde den Film außerdem sehr wertvoll. Dieser Film hatte ja eine gewisse geschichtliche furchtbare Folge, und auch heute gibt es ja Filme, ich denke da gerade an diese amerikanischen Filme, die diese Tendenzen haben: »Rambo« z.B. oder »Rocky«, die auch ein Feindbild schüren. Und an »Jud Süß« kann man gut zeigen, wie so Mechanismen funktionieren.

Mann 4: Mir ist aufgefallen, daß es während der Vorführung des Filmes einmal zu spontanem, wie ich fand zustimmendem Gelächter gekommen ist: Als Jud Süß sagt, »wer mich beleidigt, beleidigt auch den Herzog«, reagiert der Herzog etwas pikiert mit der Feststellung: »Das ist ja wohl doch ein Unterschied.« Warum kam es hier zu dieser Heiterkeit? Ich denke das hat damit zu tun, daß auch hier im Publikum viele ganz spontan auf das Stereotyp reagiert haben und angesichts der Gleichsetzung dieses schmierigen Juden mit dem gemütlichen, pausbäckigen Herzog mit ihrem Lachen Partei für den Herzog ergriffen haben.

(Minutenlanger heftiger Tumult im Publikum: »Das ist ja unverschämt«, »Was unterstellst Du uns denn da?«, »Halt doch die Klappe«.)

Mann 5: Also ich habe an dieser Stelle auch gelacht, aber aus einem ganz anderen Grund. Mir geht es eigentlich aber um was anderes. Ich finde dieser Film gehört unbedingt gezeigt: 1. Den Leuten, die sich den Film, wenn er in Kinos laufen würde, ansehen würden, traue ich zu, richtig damit umzugehen, weil die sich für das Thema interessieren, was sie ja schon dadurch zeigen, daß sie in einen nicht von den Medien hochgepuschten Film überhaupt reingehen; 2. mal angenommen, Massen würden sich diesen Film ansehen, dann würde das auch eine Diskussion nach sich ziehen, und ich glaube nicht, daß dabei rauskommen würde, also eigentlich hatten die damals recht; zum 3. bin ich sowieso gegen Zensur, weil die Geschichte einen ja doch immer wieder einholt. Man kann den Menschen nichts vorenthalten, das hat sich ja gerade bei uns, ich komme aus dem ostdeutschen Raum, gezeigt.

Mann 6: Also ich finde, daß der Film in gewisser Weise super ist, und zwar finde ich den sehr gut, weil der vom technischen Niveau her alles, was ich an Erwartungen hatte, total übertroffen hat, auch von der Art, wie gespielt wurde, ist der total super gemacht, die Charaktere waren toll rausgearbeitet. Und es wurde in dem Film ja auch nicht nur dem Juden,

sondern auch dem Absolutismus und dem Feudalismus und so weiter der Garaus gemacht. Ich bin wirklich zutiefst betroffen, daß ich den Film nicht schon früher hab sehen können, in der Schule z.B.. Ich denke aber auch, daß das ein Film ist, der nicht wie irgendein amerikanischer Spielfilm gezeigt werden kann, rein ins Kino, Film, raus aus dem Kino, sondern da muß drüber geredet werden. Das ist eine Dokumentation, die ungeheuer wichtig ist.

Frau 2: Der Vergleich zwischen »Jud Süß« und »Rambo« ist ungeheuerlich.

Mann 3: Ich habe ja den Unterschied auch deutlich gemacht: »Jud Süß« ist ein Film mit Folgen, »Rambo« ein Film, der Folgen haben könnte...

Frau 2: Das macht es auch nicht besser. Merkwürdig finde ich in der Diskussion hier die Fragestellung: Warum soll der Film nicht erlaubt werden? Ich finde die Frage viel interessanter: Warum sollte der Film erlaubt werden? Als Dokumentation der antisemitischen NS-Propaganda wird er seit langem schon gezeigt: in filmgeschichtlichen Rahmenprogrammen oder im Verlauf von Seminaren zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Und was sollte es darüber hinaus für ein Interesse geben, den Film vorzuführen? Ich kann mir nur ein antisemitisches vorstellen. In einigen arabischen Staaten und in den USA wird der Film heute noch von antiisraelischen bzw. Neonazi-Gruppen zu Propagandazwecken gezeigt. Darüberhinaus ist auch klar, daß die uneingeschränkte öffentliche Vorführung von »Jud Süß« auch die Gefühle der Überlebenden des Holocaust verletzen würde.

Mann 5: Ich finde es eine ziemliche intellektuelle Überheblichkeit, wenn hier gesagt wird, also wir können den Film in Seminaren usw. verstehen und dürfen ihn deswegen auch ansehen, und dann gibt es da noch ungebildete Massen, die den überhaupt nicht verstehen können.

(Beifall)

Wenn man den Film nicht freigibt, dann bleibt weiterhin so eine Blackbox Nationalsozialismus bestehen, und du bist immer mit dem Vorwurf konfrontiert: Ja hast du`s denn gesehen? Wars denn wirklich so? Dagegen hilft nur: gnadenlos solche Sachen bekannt machen und damit die Möglichkeit für eine Diskussion liefern. Dabei gibt es aber auch ein Problem: Wenn den Menschen gleich gesagt wird, dieser Film ist jetzt ein Beleg für dies und das, dann kommt sofort, weil man ja von Natur aus ein bißchen protestlerisch ist, daß gesagt wird: Wenn alle so dagegen sind, muß doch was dran gewesen sein. Deswegen plädiere ich dafür, den Film einfach so zu zeigen und dann die Reaktionen abzuwarten.

Mann 7: Das hat man ja schon mal gemacht...

Mann 5: Das ist doch was ganz anderes gewesen. Nein, was ich noch sagen wollte, ist, daß »Rambo« und »Rocky« schon gefährlich sind, weil das Filme sind, die für viele sicher auch eine Motivation waren, Soldat zu werden und jetzt im Irak diesen Wahnsinnskrieg zu führen.

Mann 8: Also ich bin ein bißchen enttäuscht von den meisten Leuten hier, die jetzt vom Kampf gegen den Faschismus reden. Kämpfen - das ist doch ein ganz komisches Wort. Ich glaube auch immer weniger an Worte. Wichtig finde ich, was jemand tut, wie er oder sie handelt. Und wenn einer liebevoll handelt - wenn man das verinnerlicht hat, dann kann man jeden Film sehen und auf jeden Film reagieren.

Mann 9: Wie hätte dieses Publikum vor fünfzig Jahren den Film »Jud Süß« aufgenommen?

(Zwischenrufe: »Was soll das?«, »Das war doch ein ganz anderer Kontext«, Tumult...)

Frau 3: Ich habe den Film damals gesehen, die ganze Schule ging geschlossen hin, und ich erinnere mich, daß ich ihn damals gar nicht antisemitisch fand, zumal ich aus Danzig komme und dort das Ostjudentum, das in diesem Film gezeigt wird, ja auch lebte. Heute bin ich mit meinen Kindern hergekommen, um denen zu zeigen, was uns damals vorgesetzt wurde, aber ich erinnere mich auch noch an die ausgezeichnete Leistung der Schauspieler. Also das war schon großartig, wie Heinrich George und Werner Krauss damals gespielt haben.

Frau 4: Es geht ja auch um Antisemitismus, und ich finde es gerade angesichts des Golfkrieges wichtig, hier mal zu sagen, daß ich noch lange keine Antisemitin bin, wenn ich Israel und die Politik der Israeliten dort unten kritisiere.

Mann 10: Der Film bietet uns zwei großartige Chancen: Zum einen läßt sich daran präzise zeigen, wie die Propagandamaschinerie des 3. Reiches funktioniert hat, zum zweiten bietet er eine gute Gelegenheit, zu gucken, ob nicht heute wieder Vorurteile in großem Maßstab über die Massenmedien verbreitet werden. Ich will das mal an zwei, drei Beispielen deutlich machen: Ist heute z.B. wirklich das Zeitalter des Chip-Krieges, und erwächst uns daraus das Recht, einen Vernichtungskrieg gegen das irakische Volk zu führen, oder reicht es, der Friedensbewegung als kollektives Vorurteil entgegenzuhalten, sie sei antiamerikanisch? Oder unser Verhältnis zu Ausländern - darüber kann uns der Film lehren nachzudenken.

Frau 2: Um über Ausländerfeindlichkeit heute nachzudenken, solltest Du vielleicht besser einen Film über Ausländerfeindlichkeit heute ansehen...

Mann 10: Aber man muß doch an die Wurzeln gehen...

Mann 11: Ich finde das eine total gefährliche Einstellung zu glauben, man könne sich in den Medien über Ausländerfeindlichkeit heute informieren. Da muß man sich doch auch auf die eigenen Eindrücke verlassen. Die Medien, die verzerren und entstellen in dieser Zeit doch alles, also gerade in Amerika z.B., wenn Sie sich da in den Medien informieren wollen, da gratulier ich Ihnen aber.

Mann 12: Zu diesem Argument, daß man sich auch anders als durch das Ansehen von »Jud Süd« über den Nationalsozialismus informieren kann, möchte ich sagen: Das geht auch, aber was damit nicht geht, ist eben die Wirkung dieser Propaganda auf sich selbst zu spüren und dann nachempfinden zu können, was da eigentlich ist. Und so berechtigt die Angst ist, daß dieser Film antisemitische Reaktionen provozieren könnte, so klar muß man sich machen, daß es den Antisemitismus auch gibt, ohne daß der Film gezeigt wird.

Konkret 04/91, S. 61

Boike Jacobs

Am liebsten haben wir es ganz leise

Anleitung für Emigranten zur Abfassung ihre Autobiographie

Wahrhaftig, dies ist ein ganz neues Gütezeichen geworden für jene Literaturkritiker der gehobenen Klasse, die auch für Autobiographien von Emigranten ihre Noten verteilen: Selbst einen aus jeder Bahn geratenen Lebenslauf rühmt man wohlwollend als »leise und damit um so eindringlicher« und konstatiert anerkennend, er sei endlich einmal »ohne den erhobenen Zeigefinger« und »ganz ohne Schuldzuweisungen« vefaßt worden. 50 Jahre nach seiner gewaltsamen Vertreibung hat so mancher jüdische Emigrant seine bewegte und bewegende Geschichte verfaßt wie ein Testament - Gehör wird er nur dann finden, wenn er sich an die Spielregeln hält, die die Gesellschaft hierzulande für solche Fälle aufgestellt hat.

Auch die Irrfahrten des Odysseus sind schließlich amüsant zu lesen und lehrreich dazu. Wer also unter den Nationalsozialisten gezwungen war, Familie, Heimat und Existenz aufzugeben und durch die halbe Welt zu fliehen, der ermögliche es seinem Leser freundlichst, dies goutieren zu können wie die Entdeckungsreisen des Christopher Columbus, die endlosen Trecks der Pilgrim Fathers oder die Eroberungszüge der Buren in Südafrika: von Königswinter über Shanghai nach New York; von Berlin über Brüssel in ein Lager in Südfrankreich und von dort, nach einer Flucht, zu Fuß über die Pyrenäen bis nach Lissabon; von Frankfurt nach Amsterdam, von dort in eine kleine Hafenstadt in Norditalien und auf einem alten Kahn ins von den Engländern verwaltete Palästina. Da ist jede Variante zulässig, nur dezent geschildert muß sie sein.

Daß ein solcher Lebenslauf an sich eine einzige Anklage ist, muß dann nur begreifen, wer □s unbedingt will. Wer dagegen sich in seiner Jugend begeisterte an den Geschichten mutiger Männer, die in den Kolonien ihr Glück versuchten, der findet in den Autobiographien der Emigranten jenen Stoff wieder, aus dem schon seine Kinderträume waren. Wo sonst noch kann man heute lesen von einem Rechtsanwalt, der in Kenia eher schlecht als recht seinen Unterhalt verdiente, einem ehemaligen Professor der Anatomie, der sich in Palästina als Eisverkäufer versuchte, oder der Frau eines Fabrikbesitzers, die ihre Familie als Empfangsdame in einem zweitklassigen Hotel über Wasser hielt?

Zu einer lesens- und lobenswerten Autobiographie gehört natürlich auch, daß das Gute am Ende den Sieg davonträgt. Der Rechtsanwalt muß schließlich - wenn nicht in Kenia, so doch in New York oder in Frankfurt - wieder eine eigene Praxis eröffnen, der Professor der Anatomie das Eisbüdchen in Palästina zu einer Eisfabrik in Israel ausbauen, und der Sohn der Empfangsdame sollte heute zumindest als Dozent an einem renommierten College von sich reden machen. Brüche und bleibende Schäden sind nicht gefragt in Autobiographien von Emigranten, bestenfalls Schicksalsschläge, die ja, man weiß das, keinem von uns erspart bleiben. Nein, niemand hierzulande hat Interesse an einer Geschichte, in der ein Millionär zum Tellerwäscher wird und als solcher auch in Elend und Einsamkeit zugrunde geht.

Hohen Unterhaltungswert und pädagogischen Nutzen haben dagegen diejenigen Autobiographien, die bewährte deutsche Grund- und Lebensweisheiten aufs schönste bestätigen: daß der brave Mann, der allzeit an sich selbst zuletzt denkt, zwar arm werden mag, aber trotzdem ehrlich bleibt, und daß das Glück auch in der Emigration auf der Seite des Tüchtigen ist.

Es leuchtet ein, daß zu solchen Lebensläufen am besten die guten deutschen Juden des gehobenen Bürgertums taugen, an die in Fest- und Gedenkreden so gern mit Rührung und Wehmut erinnert wird. Sie taugen schon deshalb dazu, weil sie die Kunst des »understatement« so meisterhaft beherrschen und, von klein auf dazu erzogen, keine Gefühle zu äußern, ihre Leserschaft auch im hohen Alter nicht mit Emotionen bedrängen. Dafür ist Samuel und Hedwig Fischers umfangreicher »Briefwechsel mit Autoren« ein ebenso beredtes Beispiel wie Hilde Spiels Erinnerungen über »Die hellen und die finstern Zeiten« oder Herlinde Koelbls »Jüdische Portraits«.

Die Unfähigkeit zu trauern auch bei den Opfern - wer wollte darüber schon ein Wort verlieren? Seien wir lieber froh, daß es sie immer noch gibt, die alten »Jeckes« mit den guten Manieren, die sich so unversehrt und so versöhnungsbereit geben, und die man daher nur zu gern zu Vortragsreisen aller Art einlädt. Opfer und Täter von einst dicht an dicht, ist damit nicht alles in Butter?

Was zählen dagegen Berichte, in denen behauptet wird, die erzwungene Emigration sei der Beginn einer lebenslangen Entwurzelung gewesen, der Verrat durch Menschen, die man einmal für gute Nachbarn und liebe Freunde hielt, habe auf immer die Fähigkeit zur Freundschaft und das Zutrauen zu Menschen zerstört? Wer wollte schon derlei hören, jetzt, wo das »Ende der Nachkriegsära« zelebriert wird, als handele es sich dabei um eine Neugeburt, einen Beginn ganz ohne Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit? Die Täter, Mittäter und Profiteure von einst haben nach der Vereinigung des geteilten Deutschlands mit den schrecklichen Geschichten von gestern endgültig nichts mehr zu tun. Geblieben aus der Vergangenheit sind lediglich die »ewigen Werte«, die in der Welt wieder ihren guten alten Klang bekommen haben und uns erneut zu edler Tat begeistern sollen. Allen voran das Pflichtbewußtsein und die Selbstdisziplin.

»Es gibt gewisse Dinge, die tut man einfach nicht«, pflegte meine Großmutter zu sagen. Eine Lebensregel, an die sich alle diejenigen Opfer des Nationalsozialismus halten sollten, die mit der späten Veröffentlichung ihrer Autobiographie einen letzten Hinweis auf ihr Schicksal zu geben versuchen. Nur wer Aufschrei und Anklage unterdrückt, wer verbindlich bleibt auch angesichts der Vernichtung und die guten Sitten und das höfliche Benehmen selbst in Gegenwart seiner Peiniger nicht vergißt, der wird auf Wohlwollen und Anerkennung stoßen in diesem so selbstsicher wiedervereinigten Deutschland. Einem Deutschland, das Vergangenes am liebsten »leise und damit um so eindringlicher« hat und sich von »Schuldzuweisungen« und »erhobenen Zeigefingern« nurmehr peinlich berührt fühlt.

Literaturhinweis:

Samuel und Hedwig Fischer: »Briefwechsel mit Autoren.« Verlag S. Fischer 1990, 1201 S., 148, DM

Hilde Spiel: »Die hellen und die dunklen Zeiten.« Erinnerungen 1911-1946. List Verlag 1989, 263 S., 34, DM

Hilde Spiel: »Welche Welt ist meine Welt?« Erinnerungen 1946-1989. List Verlag 1990, 331 S., 39,80 DM

Herlinde Koelbl: »Jüdische Portraits.« Verlag S. Fischer 1990, 288 S., 68, DM

Boike Jacobs war 15 Jahre lang Redakteurin der »Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung

Konkret 04/91, S. 62

Karl Anton & Vororth

Es war der Wille Gottes. Das ist alles

Der polnische Filmregisseur Andrzej Wajda hat einen Film über den polnischen Arzt, Dichter und Erzieher Janusz Korczak gemacht, der in Treblinka ermordet worden ist. Im Film aber überleben Korczak und die Waisenkinder aus dem Warschauer Ghetto, mit denen sein Name verbunden ist, auf sehr christliche Weise im Morgennebel und bei gerade aufgehender Sonne. Wajda mag das. Schon lange

Am wichtigsten ist, daß er zum Schluß sagt: »Es war der Wille Gottes, das ist alles.« Vorher stellt sichder Organist der katholischen Kirche in Chelmno, Kantarowski heißt er, vor der Kamera in Pose, schiebt die Bauern beiseite, postiert sich vor dem Juden und hebt an zu erzählen, als erzählte er die Geschichte eines Fremden: »Herr Kantarowski wird berichten, was einer seiner Freunde ihm erzählt hat. Das Ganze hat sich in Mindjewyce ereignet, in der Nähe von Warschau. Die Juden sind auf einem Platz zusammengetrieben worden, und der Rabbiner wollte zu ihnen sprechen. Er hat einen SS-Mann gefragt: 'Kann ich zu ihnen sprechen?' Und der hat geantwortet: 'Ja.' Darauf hat der Rabbiner gesagt, daß vor sehr, sehr langer Zeit, vor fast zweitausend Jahren, die Juden Christus, der völlig unschuldig war, zum Tode verurteilt haben. Als sie es getan haben, als sie ihn zum Tode verurteilt haben, schrien sie: 'Sein Blut komme über uns und über unsere Kinder!' Weiter hat der Rabbiner gesagt: 'Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt, daß dieses Blut über uns kommt. Also wollen wir nichts tun, gehen wir, wie sie von uns verlangen, gehen wir!'« Jetzt fragt Claude Lanzmann, aus dessen Film »Shoah« diese Szene stammt, den Organisten: »Er glaubt also, daß die Juden für den Tod Christi gebüßt haben?« Der Organist wittert die Folgen der Frage nur zu genau, als daß er auf sie hereinfiele. »Er«, sagt er, weiter von sich selbst sprechend, »er glaubt das nicht, und er denkt auch nicht, daß Christus sich rächen wollte. Nein, er ist nicht dieser Ansicht. Das war der Rabbiner, der das gesagt hat. Es war der Wille Gottes, das ist alles.«

So wie in dieser Szene gibt es in Claude Lanzmanns Film »Shoah« immer wieder alles zu sehen, obwohl doch nichts gezeigt wird. Gezeigt wird nicht der Antisemitismus des Organisten in Chelmno, zu sehen ist der Katholizismus in seiner ganzen unverfrorenen Ärmlichkeit und schauderhaften Tödlichkeit.

Andrzej Wajda ist Pole und Katholik, Film- und Theatermacher. Nach mehrjähriger Vorbereitung drehte er zuletzt »Korczak«, einen Film über den polnischen Dichter, Erzieher und Arzt, der bis zuletzt ein Waisenhaus in der Krochmalna-Straße im Warschauer Ghetto geleitet hatte und im August 1942 zusammen mit den Kindern, die ihm anvertraut waren, in Treblinka ermordet worden ist.

Wajdas Film - im vergangenen Jahr in Cannes uraufgeführt, dann in Israel in den Kinos, im Januar, begleitet von großen Diskussionen, in Frankreich angelaufen, demnächst auch in hiesigen Kinos - will den Mord an den Kindern und Korczak ungeschehen machen: In der Schlußsequenz wird gerade ihr Güterwagen von unsichtbarer Hand vom Zug abgekoppelt, bleibt zurück auf der Strecke nach Treblinka, die Türen öffnen sich, und die Kinder laufen im leichten Morgennebel der aufgehenden Sonne entgegen. Auch das der Wille Gottes? Vor allem aber ist es kitschig, monumental und romantisch zugleich in dieser Verquickung von sehr christlichem Erlösungsmotiv und archaischer Götterdämmerung, von Blut und Licht, von Nebel und Gas.

Das ist nicht neu bei Wajda. Schon immer quälten seine Film durch eine Neutralisierung von Extremsituationen und ihre Verkehrung in ein sentimentales Idyll. Eben jener Kitsch des Todes, über den Friedländer schreibt, daß jeder im Innersten wisse, »daß hier zwei unvereinbare Elemente vermischt worden sind: einerseits ein Aufruf zur Harmonie, zur emotionalen Anteilnahme auf der flachsten und unmittelbarsten Ebene, andererseits Einsamkeit und Entsetzen. Die Kurzschlußverbindung oder Juxtaposition dieser beiden gegensätzlichen Elemente bildet die Grundlage einer gewissen religiösen Ästhetik und ebenso, wie ich meine, das Fundament sowohl der Nazi-Ästhetik als auch der heutigen Evokation des Nazismus.«

Drei Beispiele aus dem Werk Wajdas zur Erinnerung.

»Chronik von Liebesunfällen« (1986)

Ein Film über die Jugend und die Liebe in Polen in jenem Sommer 1939, der für die Welt damit endete, daß die polnischen Ulanen auf ihren weißen Pferden gegen die Panzer der Wehrmacht anritten. Vor dem Krieg, so sagt Wajda, war Polen »ein vollkommen offenes Land, multinational, multikulturell, multireligiös. Eine hoch entwickelte und farbige Gesellschaft, in der man die verschiedensten Menschen traf: Belorussen, Deutsche, Juden, Orthodoxe, Protestanten, Katholiken.« Von den einstigen tragenden Elementen der polnischen Gesellschaft, der Familie, der Schule, der Kirche, habe nur die Kirche ihren Platz halten können.

Im Film über diese Zeiten - Andrzej Wajda war 1939 gerade 13 Jahre alt - scheint mit einer geradezu unglaublichen Penetranz fortwährend die Sonne. Nicht ohne Folgen für die Bilder: Weichzeichner und Gegenlicht, nackte Körper zwischen wiegenden Grashalmen, Sonnenuntergang und Morgennebel. Weiße Pferde. Weiße Kleider, weiße Anzüge,

Margariten im Haar. Florasoft. Und dann die ersten Schüsse. Da ist der Film aus. Bevor er überhaupt richtig angefangen hat, ist auf der Leinwand zu lesen: »...nur noch ein solches Land es gibt, darin ein wenig Glück für einen Polen liegt: das Land der Kinderjahre! Es wird immer rein und heilig wie die erste Liebe sein...«

»Lotna«(1959)

Ein Film über die polnischen Ulanen, die gegen die Panzer der deutschen Wehrmacht ritten, eine Elegie auch auf das verlorene und untergegangene Universum der polnischen Kavallerie. »Ich wurde«, sagt Wajda, »in Suwalki geboren, einem kleinen Ort in der Provinz, der Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ein Grenzort war. Es gab dort eine ziemlich große Armee, sie bestimmte den Charakter des Ortes. Mein Vater war Offizier. Wir wohnten in einer Kaserne. Die Beobachtung der Soldaten war wesentlich für meine Kindheit. Paraden, militärische Übungen, Begräbnisse, dieses Ritual, das es heute kaum noch gibt, das damals aber sehr spektakulär aussah.«

Spektakulär ist ihm alles aus dieser Zeit geraten. Für »Kanal«(1957), den Film über den Warschauer Aufstand, waren nach einer Tagebucheintragung Wajdas noch vor dem Vorspann Bilder von Ulanen, die in die Schlacht reiten, zu zeigen, »die Ulanen von Samosierra, Rokitna; die Ulanen, die 1939 gegen die Panzer ritten«.

Lotna ist der Schimmel, der allen den Tod bringt. Wajda, verliebt in die polnische Historienmalerei des 19.Jahrhunderts, holt sich hier den Gestus seiner Filme ab. Groß und kitschig. Die mit der Ölfarbe festgehaltene Historie, bloß neu und ein bißchen modern verkleidet, lebt in den bewegten Bildern des Films als dennoch festgehaltene Geschichte fort. Die Reiter jagen ins nächste Jahrtausend, die Fahnen knattern im Wind, die Erde spritzt hoch, Blut im Boden, rotes Abendlicht. Ein Offizier streicht mit einem blütenweißen Tuch das rote Blut von seinem Säbel. Polen?

»Kampfmusik und Schreien, unterstützt durch die wild galoppierenden Pferde, müssen eine unheimliche Steigerung herbeiführen. Die Erde muß von stampfenden Rossen in große Staubwolken gehüllt werden. Herrenlose Pferde, die wild mitgaloppieren, stürzende, sich überschlagende Pferde in allen Variationen«, so stellte sich für ihr Penthesilea-Projekt nach Kleist im Jahre 1939 Leni Riefenstahl die Bilder vor. Übereinstimmung bis in den Himmel: »Wolkenlos blau«.

»Das gelobte Land« (1975)

Ein Film über drei Männer im Lodz des ausgehenden 19.Jahrhunderts und der beginnenden Industrialisierung, in dem die Schicksale der polnischen Bauern, des bankrotten Landadels und der internationalen Unternehmer zusammentreffen. Die Protagonisten sind, Originalton Wajda, »ein polnischer Adliger, eine deutscher Industrieller und ein Jude«.

Die Geschichte basiert auf einem Roman von Wladyslaw Stanislaw Reymont, Nobelpreisträger für Literatur im Jahr 1924. Der Roman enthalte, so Wajda, »in überzeugender Weise die Maßlosigkeit, das Brodeln, die Gewalt, ein gewisses Barock, kurz all das, was die industrielle Gesellschaft jener Epoche charakterisiert«.

Der Film stieß auf Kritik. In Polen monierte man, daß die »polnische Frage« unberücksichtigt geblieben sei, andere fanden die Brutalität des Polen sehr unangenehm, der Gutachter der PVAP beklagte - ganz schlimmer Vorwurf seinerzeit noch - Humanismus: Wajda fehle »das nötige ideologische und politische Engagement in unserem Sinne. Vielmehr hat er einen Standpunkt eingenommen, der häufig bei Künstlern anzutreffen ist - den eines ‘objektiven Richters’ über Vergangenheit und Gegenwart. Er nimmt für sich in Anspruch, das Recht und die objektiven Möglichkeiten zu besitzen, auf alle Probleme der Welt Normen des Humanismus und der Moral anzuwenden, ohne den Marxismus oder irgendein anderes philosophisches und gesellschaftliches System heranziehen zu müssen.« Aber auch dem Gutachter der Abteilung Ideologie und Erziehung des ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP), war es nicht mal einen Halbsatz wert, was dann im Frühjahr 1976 ein Mitarbeiter von »Le Monde« in einem Interview mit Wajda in eine ganze Frage steckte: Man müsse sich nun, sagte Jacques Sinclair, »einer etwas delikaten Frage zuwenden. Die Juden in diesem Film erscheinen unruhig und habgierig. Manch einer, der aus den ersten Vorstellungen kam, meinte Karikaturen des ‘Jud Süß’ gesehen zu haben. Das ist vielleicht übertrieben, aber wie denken Sie darüber?«

Wajdas Antwort im Stil Kantarowskis ist bemerkenswert: Aber nicht doch, sagte er, »in Polen hat man mich eher schon in die philosemitische Ecke gerückt. Da gibt es aber für mich keine Zweideutigkeit. Das ist kein ethnischer Charakter, der die Reaktionen der Juden bestimmt, sondern einzig, wie bei den Polen und den Deutschen auch, das Geld. Das ist das Geld und seine Macht, das diese Menschen so abstoßend macht. Es stimmt, daß in dem Roman von Reymont anfangs eine gewisse antisemitische Karikatur zum Tragen kommt, aber er hat diesen Roman 1897 geschrieben, zu einer Zeit, als es den polnischen Staat nicht gab und die Juden russische Juden waren.«

Vielleicht ist das bisher nur allseits verkehrt verstanden worden: Schon früh wurde Wajda der »Inhaber der Firma: Reinigung des Unterbewußtseins der Polen nach dem Zweiten Weltkrieg« genannt. Über »Korczak« sagt er, das sei in erster Linie ein polnischer Film für die Polen. Was muß das heißen?

Wajdas Werk huldigt, besonders dort, wo es die Historienmalerei zum Laufen bringt, einem höchst artifiziellen Monumentalismus, mit dem er sich »auf den Wesenskern der polnischen Nationalromantik, auf jenen Geschichtsfatalismus einläßt, der - in seiner extremen, missionarischen Form - Polen zur ‘mater dolorosa’, ja zur gesalbten und gekreuzigten Nation unter den Nationen der Welt stilisiert hat« (Kreimeier), in der Juden - so wenige es auch nur noch sind - weiterhin keinen Platz haben: In den Schulbüchern hieß es bislang unter dem doch sehr christlich geprägten Begriff des »Märtyriums der Lager«, daß sechs Millionen Polen umgebracht worden seien; der jüdische Gedenkraum in Auschwitz, geschaffen im Jahre 1979, wurde bislang bei den Führungen durch das ehemalige Vernichtungslager umgangen; der größte Neubau einer katholischen Kirche in den letzten Jahren ist die Kirche des Heiligen Maximilian Kolbe in Auschwitz, die Glasbilder der Maximilian-Kolbe-Kirche in Nova Huta, die Anfang der achtziger Jahre erbaut wurde, zeigen die Leidensgeschichte Christi inmitten eindeutig erkennbarer chassidischer Juden - es gelte, so die Begründung, weiterhin an die Heimtücke des Juden zu erinnern ; und nur schwer zu vergessen sind jene Bilder aus dem Juli 1989, als eine Handvoll Juden dagegen protestierte, daß sich seit 1984 ein Karmeliterinnen-Kloster am Eingang zum Vernichtungslager Auschwitz in jenem Gebäude breitgemacht hat, in dem die Nazis einst das Zyklon B gelagert hatten. Maurer, mit dem Ausbau eines weiteren Flügels des Backsteinbaus für das Kloster beschäftigt, kübelten mit sichtlich großem Vergnügen Wasser gleich eimerweise auf die demonstrierenden Juden.

Das Unterbewußtsein des polnischen Polens funktioniert offensichtlich weiterhin ganz ausgezeichnet. Gottes Wille ebenfalls. Das ist alles.

Karl Anton & Vororth, Journalisten in Hamburg und Lübeck, schrieben in KONKRET 3/91 über die schwarzen Fußballer auf deutschen Fußballfeldern.

Konkret 04/91, S. 64

Claude Lanzmann

»Dieser Film ist pervers«

Am 17. Januar dieses Jahres veröffentlichte die französische Zeitung »Le Nouvel Observateur« ein Gespräch mit Claude Lanzmann, dem Regisseur der Film-Dokumentation »Shoah«, in dem dieser begründet, warum er Andrzej Wajdas Film »Korczak«, der jetzt in unsere Kinos kommt, für ein antisemitisches, die Geschichte der Judenvernichtung verfälschendes Machwerk hält. KONKRET dokumentiert das Interview in deutscher Übersetzung

Frage: *Wajdas letzter Film erzählt die Geschichte von Janusz Korczak, jenem polnisch-jüdischen Pädago-gen, der die Kinder seines Waisenheims bis zur Gaskammer begleitet hat. Dieser Film hat Sie empört. Weshalb ist der Autor von »Shoah« von einem Film schockiert, dessen Absichten a priori lobenswert scheinen?*

Claude Lanzmann: Ich bin deshalb zu der von Madame Rocard organisierten Vorführung gegangen, weil man mich nachdrücklich darum gebeten hat. Wie ich bei meinem Eintreffen sagte, war ich gegen den Film aufgrund eines Artikels in »Le Monde« bereits voreingenommen, in dem Danièle Heymann ihn als schlechten, langweiligen, emotionslosen Film beurteilt hatte. Insbesondere wies sie auf die widerwärtige letzte Szene hin, den bukolischen Aufstieg der in Treblinka vergasten Kinder, und wunderte sich, daß man so wenig Polen zu sehen bekommt. Erstaunt war ich nicht. Ich hatte einen anderen Wajda-Film gesehen, »Das Land des großen Gelöbnisses«, dessen Titel eigentlich »Das gelobte Land« ist. Dieser Film bot einen den Stürmer-Karikaturen ebenbürtige Darstellung der Juden aus Lodz. Meine Meinung über Wajda stand fest. Das Ansehen von »Korczak« hat sie nur bestätigt. Während der Vorführung habe ich kühl beschlossen, einen Eklat zu provozieren. Angesichts solcher Bilder argumentiert man nicht. Sobald das Licht wieder an war, bin ich aufgestanden und habe zu Daniel Toscan du Plantier gesagt: »Sie also haben das produziert. Ich gratuliere Ihnen nicht.« Dann habe ich mich an Madame Rocard gewandt, ihr gesagt: »Madame, Sie ahnen nicht, wie übel das ist«, und habe den Raum verlassen. In der Folge sind meine Worte, entstellt, an Claude Sarraute1 weitergetragen worden, die dem Kummer von Madame Rocard ein Artikelchen in »Le Monde« gewidmet hat. Ich bedaure, sie betrübt zu haben, ich wollte sie nicht beleidigen und habe für sie und ihren Ehemann nichts als Sympathie. Nur glaube ich tatsächlich, daß sie nicht weiß, wie übel das ist. Mir selbst hat sie vor der Aufführung gesagt: »Wissen Sie, ich kenne mich da nicht groß aus, ich bin 1941 geboren.«

Manche, die »Das gelobte Land« gesehen haben, sagen, es handle sich um einen antisemitischen Film. Seltsamerweise scheint diese Tatsache weder auf Wajdas übrige Filme noch auf seine tiefe Überzeugung einen Schatten geworfen zu haben ... Wajda ist über jeden Verdacht erhaben. Elisabeth Badinter, die »Korczak« verteidigt, hat in »Le Monde« geschrieben: »Man kann diesen Film mögen oder auch nicht, ihm dieses oder jenes Detail vorwerfen, man kann ihn aber nur aus Voreingenommenheit als antisemitisch bezeichnen.«

Dieser Film ist pervers genug, um die abstrakten Demokraten zu täuschen, von denen Sartre in seinen »Betrachtungen zur Judenfrage« sprach. Im übrigen sollte Madame Badinter den Gebrauch des Wortes Detail meiden, das ist gefährlich.2 Etwas später ergänzt sie: »Man muß akzeptieren, daß die Nicht-Juden über die schmerzlichsten Momente der jüdischen Geschichte reden können.« Der Holocaust also nur ein vorübergehender böser Moment? Die letzte Szene, dieser Aufstieg der Kinder gen Himmel, als sie vergast werden sollen, diese kunstvolle Verschwommenheit - nur ein Detail? Man muß lesen, was Elisabeth de Fontenay in der Ausgabe 4 des »Messager européen« schreibt: »Eigentlich kann auch dieser Schluß berühren: Beschwörung des Gases durch den leichten Nebel eines Augustmorgens, Wunsch, den weinenden Zuschauer zu trösten...« Armer Zuschauer! Sieht sie nicht, daß dieser Wunsch zu trösten unanständig, obszön ist? Wer hat die Kinder im »leichten Nebel« der Gaskammer getröstet? Es gibt keinen Trost für die Vernichtung der Juden. Das Unheil ist nicht reparabel. Die Menschen, die diesen Film verteidigen, sind unfähig, sich der absoluten Nüchternheit der Katastrophe auszusetzen.

Manche freuen sich, daß Wajda die Existenz jüdischer Kabaretts und Schieber im Ghetto »objektiv« gezeigt habe.

Wenn sich Herr Finkielkraut in »Télérama«3 darüber freut, daß Wajda es gewagt habe, »die Wahrheit wieder herzustellen«, indem er die »jüdischen Gangster und Profiteure« zeigt, fragt man sich, was er zu beweisen versucht. Daß die Juden für ihr Unglück verantwortlich sind? Daß sie entweder Schweine oder Lemminge sind? Darüber hinaus beschuldigt er diejenigen der Verklärung, die sich nicht mit Wohlgefallen in dieser »Offenbarung« wälzen. Es geht nicht um Verklärung, es geht um Wahrheit. Ist es denn Verklärung, wenn in »Shoah« Filip Müller vom Tod der Juden in der Gaskammer berichtet? Vielleicht hat es eine Zeitlang tatsächlich ein Kabarett im Ghetto gegeben, schließlich war das keine klassenlose Gesellschaft. Wenn man die Menschen in eine Situation der Knappheit versetzt, schafft man einen Schwarzmarkt. Soviel ich weiß, hat es das auch in Frankreich gegeben. Aber warum ist es für Herrn Wajda, für Herrn Finkielkraut so wichtig, das herauszustellen? Es hat nicht die geringste Bedeutung. Was bedeutend ist, das sind die Vergasungen in Treblinka nach Monaten und Jahren von Elend, Angst und Demütigung in den Ghettos. Wie kann ein Pole es wagen, die »jüdischen Gangster« zu zeigen und den ganzen Rest zu vergessen? Man kommt in Treblinka an und hopp! schwebt man in der Landschaft davon! Und die jüdische Polizei! Sieht man die polnische Polizei? Die Blauen, wie sie genannt wurden, die auf die Juden warteten, um sie den Deutschen auszuliefern? Und die Deutschen? Wo sind die Deutschen? Sieht man die Warschauer, die kamen, um dem

Aufstand im Ghetto zuzuschauen, und die brennende Papiere in den Himmel aufsteigen sahen, einen schwarzen Rauch von Papieren über dem Ghetto? Sie standen da, als sei es ein Fest! Was sieht man von alldem? Warum hat Wajda diese widerwärtigen Bilder ausgesucht? Diese reichen Juden, die deutsche Lieder singen! Diesen Typ, der im Kabarett wie ein Bär mit Banknoten tanzt! In dieser Szene findet Wajda zur Machart von »Das gelobte Land« zurück. Man schwimmt in den Stereotypen des Juden, der Feigheit, der Pornographie, des Geschäfts ...

Die Kabarettszene erinnert an die deutschen Propagandafilme...

Natürlich! Wajda hat die von den PK, den Propaganda-Kompanien der Wehrmacht, gedrehten Szenen imitiert. Die Nazis zwangen die Frauen dazu, sich zu schminken, zu tanzen. Nach außen sollten das lustige Leben des Ghettos und die Feigheit der Juden gezeigt werden. Nochmals, ich sage nicht, daß es diese Dinge nicht gegeben hat, sondern daß es keinerlei Bedeutung hat, so etwas gibt es in jeder Gesellschaft, und dort ist es seltener vorgekommen als anderswo. Die Wahrheit, das einzige, was zählt, ist, die Tragödie in ihrer Unendlichkeit, in ihrer Reinheit darzustellen. In »Shoah« erzählt der Nazi Suchomel von den Konvois, die, zur Hälfte mit Toten beladen, ankamen. Mütter hatten die Venen ihrer Töchter aufgeschnitten. In »Shoah« wird nichts gezeigt, und man sieht alles. In »Korczak« zeigt man alles, und man sieht nichts. Wajda sagt, er habe einen »polnischen Film« für Polen gedreht. Gut. Soll er ihn in Polen lassen. Man braucht ihn ja nicht zu exportieren. Wissen Sie, was Wajda vor einigen Tagen in einem Interview erklärt hat? In Polen habe es nicht mehr Antisemitismus als in Italien oder Frankreich gegeben! Soweit sind wir!

Muß man Ihrer Meinung nach Jude sein, um diese Geschichte zu erzählen?

So ist die Frage nicht zu stellen, und ich stelle sie so nicht. Madame Badinter stellt sie. Ein großer Künstler kann aufstehen und eine Welt erfinden. Aber um sich eines solchen Themas anzunehmen, muß man von tiefer Liebe und Empathie besessen sein, woran es Wajda zumindest mangelt. Alles hängt davon ab, was man ist, und das läßt sich nicht darauf reduzieren, ob man Jude ist oder nicht. Ich habe »Shoah« nur deswegen machen können, weil ich zugleich drinnen und draußen war. Es ist die einzige Position, von der aus ein Zeugnis möglich ist. Ich hätte nie die Dreistigkeit, einen Film über die Palästinenser zu machen. Das ist keine Frage von copyright, wie Elisabeth de Fontenay meint. Ich reklamiere nur das copyright der Wahrheit. Warum sollte man, fragt diese Logik des abstrakten Humanismus, einem Nazi verbieten, einen Film über den Judenrat und die jüdische Kollaboration zu machen? Was weiß Wajda von der jüdischen Angst? Vom jüdischen Mut? Wo sind die jüdischen Mütter, die mit dreißig, vierzig Unglücklichen in Kellern zusammengedrängt ihre Babies mit Kissen erstickten, um sie am Schreien zu hindern, damit die anderen geschützt wären? Das ist in Warschau, in Wilna, in Bialystock geschehen! Überall! Was soll dieses aseptische Ghetto, in dem man nur Korczak, Blondschöpfe, eine polnische Heilige und jüdische Kollaborateure sieht?

Nach Elisabeth de Fontenay »mißt sich die Strenge der Arbeit eines Künstlers nicht an der historischen Genauigkeit«...

Das ist unglaublich. Wenn man ein Werk macht, das dieses Thema behandelt, ist die historische Wahrheit essentiell. In diesem Film gibt es nicht den geringsten Sinn für das zeitliche Geschehen. Zu der Zeit, in der sich die Geschichte abspielt, sind 400.000 Juden im Warschauer Gettho. Wo sind sie? Man sieht sie nicht.

Einige meinen, selbst wenn der Film »ein bißchen falsch« sei, habe er doch einen gewissen erzieherischen Wert, um die breite Öffentlichkeit verstehen zu lassen, was den Juden im Krieg widerfahren ist.

Jedem, der sich dieses Geschehens nicht bewußt ist, bestreite ich, das, was passiert ist, durch das Ansehen von »Korczak« verstehen zu können. Wajdas Perversität besteht zunächst darin, diese Geschichte ausgewählt zu haben, eine individuelle Geschichte, eine von der allgemeinen Geschichte der Juden abweichende Geschichte. Im Holocaust haben Abweichungen aller Art existiert. Es hat sogar einen Juden gegeben, der die Naziuniform getragen hat. Übrigens ist es kein Zufall, daß diese Drehbuchautorin von Wajdas Film, Agnieszka Holland, diese Figur ausgesucht hat, um »Europa, Europa« zu drehen, was ein abscheulicher Film ist. Die Herangehensweise ist dieselbe. Wir erleben heute einen Wiederaufstieg des individuellen Mülls. Man nimmt eine lokale Geschichte und gibt ihr implizit einen universellen Wert. Und man entstellt die allgemeine Geschichte. In »Shoah« gibt es keine individuelle Geschichte. Die jüdischen Überlebenden von »Shoah« sagen über ihr individuelles Schicksal, wie sie selbst am Leben geblieben sind, nichts. Sie sagen nicht Ich. Sie sagen Wir. Sie sind Sprecher der Toten, sie sprechen von einem Ort jenseits der Schwelle des Krematoriums. Das ist das wirkliche Problem, die Vernichtung, der unmittelbare Tod. Alles andere ist nebensächlich. Die Überlebenden im Lager zerfleischten einander, das weiß jeder, und anders konnte es nicht sein. Ich persönlich habe mich aber entschlossen, mich für die berühmte Grauzone nicht zu interessieren, von der Primo Levi spricht und die Finkielkraut aus undurchschaubaren Gründen so wichtig findet. Man kann einen vom individuellen Standpunkt aus rigoros genauen Film machen, der das Bild der allgemeinen Geschichte total verfälscht.

Wieso hat sich Ihrer Meinung nach Wajda für Janusz Korczak entschieden?

Korczak ist eine zweideutige Figur, ein polonisierter Jude. In seinem Tagebuch hat er sehr harte Worte zur Mentalität der Juden im Ghetto gefunden. Bestimmt war er ein bemerkenswerter Pädagoge. Doch in seinen Erziehungsstätten war das Jiddische geächtet, es wurde nur Polnisch gesprochen. Er war vor allem der gute Jude der Polen. Nunmehr ist er dank

Wajda auch noch der gute Pole der Juden, er symbolisiert die polnische Güte gegenüber den Juden. Man fragt sich, auf welcher Seite hier die Verklärung ist... Einige Polen haben den Juden geholfen, das stimmt. Eine Handvoll... Dieser Jude Korczak, der die Kinder nicht gerettet hat, da er mit ihnen gestorben ist, soll die Polen repräsentieren, die sie gerettet hätten und es nicht getan haben. Das ist die tiefe Perversität des Films. Es genügt zu sehen, wie der Schauspieler, der im Film Korczak ist, spielt: Er hat immer nur voluntaristische Mimiken, er hat die ganze Zeit die Möglichkeit, den Mut zu wählen. Mit der Darstellung dieses heldenhaften Juden, dieses Juden der Herausforderung, läßt Wajda die jüdische Angst, die elenden, gemarterten, geschlagenen, blutbefleckten Menschenmengen beiseite, die selbst keine Wahl hatten. Das ist eine totale Verzerrung der polnischen Wahrheit und der jüdischen Wahrheit.

Ist damit auch beabsichtigt, die anderen Juden im Kontrast dazu als Schweine oder eben als die berüchtigten Lemminge erscheinen zu lassen...?

Es gab nicht auf der einen Seite die Helden und auf der anderen die Lemminge. Es waren dieselben Menschen. Die Lemminge brachten sich um. Die Mütter schnitten die Venen ihrer Töchter auf. Die Lemminge waren heldenhaft. Objektiv waren die jüdischen Überlebenden in »Shoah« Räder im Getriebe der Vernichtungsmaschine, selbst Bomba, der Friseur. Dennoch halte ich Filip Müller und Abraham Bomba für Helden, für Märtyrer, für Gerechte. Die Nazis haben die Juden gezwungen, sich an ihrer eigenen Vernichtung zu beteiligen. In einer kleinen polnischen Stadt haben sich die vierundzwanzig Mitglieder des Judenrats in derselben Nacht umgebracht. Mit so etwas treibt man keine Fiktion, es ist eine Realität, die es unmöglich macht, daß eine Fiktion ihr gerecht werden könnte. Schon die Abschicht einer Fiktion ist unmöglich und obszön. Das Nebensächliche wegzulassen bedeutet nicht, die Wahrheit zu verschleiern, es bedeutet, aufs Wesentliche zu kommen, auf die Vernichtung des jüdischen Volkes.

Übersetzt von Eva Groepler

Das Gespräch führten Catherine David und Nicole Leibowitz. Le Nouvelle Observateur

Anmerkungen:

1 Claude Sarraute schreibt eine tägliche satirische Kolumne in »Le Monde«

2 Anspielung auf J.-M. Le Pens Äußerung, die Vergasung der Juden sei lediglich eine Detailfrage der Geschichte

3 Fernsehzeitschrift

Konkret 04/91, S. 67

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Den Lesern namentlich in den fünf neuen Ausbeutungsländern ist anzuzeigen, daß der Schriftsteller Stefan Heym bei einem Vortrag vor tausend überwiegend sorglosen Ohren in Hamburg erzählte: Hätte er damals geahnt, was er heute weiß, nämlich daß mit der sogenannten Marktwirtschaft nicht zu spaßen ist, so hätte er an jenem grossen Tage im November auf dem Alexanderplatz zu Ostberlin die Massen, statt ihren trunknen WirsinddasVolk-Gesängen zu akklamieren, lieber ala Liebknecht zur Machtübernahme anstiften sollen. Er müsse aber rückschauend einräumen, daß er von seinem ganzen Habit her halt dann doch mehr Literat und weniger Liebknecht sei und daß nicht zuletzt deswegen die Geschichte den So- und nicht den Andersverlauf genommen habe.

***

Ferner ist anzuzeigen, daß die lange Zeit am Verdacht, sie sei eine progressive Person, schmarotzende Schriftstellerin Frau Karin Struck mit der militant-evangelischlutherischen Laufmasche Elisabeth Motschmann ein kriminelles Kaffeekränzchen gebildet hat: »Als eine von vielen abtreibungsgeschädigten Frauen« ist die vierfache Mutter und Gastkommentatorin des Emanzipationsträgers »Bild am Sonntag« »der Meinung: Der § 218 muß bleiben, ja sogar verschärft werden... Keiner von uns würde ja, um ein Beispiel zu nennen, das Eigentumsrecht abschaffen, um den Dieben zu ‘helfen, statt sie zu strafen`. Gesetze haben bewußtseinsbildende Kraft.« Zum Beispiel bei Muttermundraub, mon Muh...

***

In der Partei des Demokratischen Sozialismus drüben sind hunderte Gesellschaftswissenschaftler, Mimen, Maler, Filmer, Dichter, Patchworker und Innen organisiert. Und? Sitzen daumendrehend auf faulem Arsch am Bache und schauen depressiv den Fellen nach. Statt sich wie Gulliver zu räkeln und mit ein paar Hunderttausendern aus Mutters Kasse in petto in Weimar die »Gesellschaft zur Begründung des Ostdeutschen Museums für Anschluß- und Selbstbetrugskunst« auszurufen. Kein papierner Furz! Sondern (egal ob in einer LPG-Ruine oder in einer der Treuhand für ein Dankeschön abgeschwatzten Fabrikleiche untergebracht) eine stockreale Aufklärungsimmobilie von der faktischen Gewalt der Tübkeschen Bauernkriegsrotunde auf der Müntzerschen Höhe, eine Herberge, ein Pranger der alltäglichsten wie (hoho!) den Hut vom Kopf fliegen machenden Zeugnisse des Umgehens unmenschlicher Deutscher mit deutschen Mindermenschen. Beispiel? Das Envirement »Drückerkolonnen des westdeutschen Versicherungs- und Zeitschriftenkapitals beim Aufstöbern, Einfangen und Aussaugen bescheißbarer Angehöriger der einstigen Arbeiter- und Bauernmacht«. Ein dem oberbayerischen Krippenspiel nachempfundenes plastisches Tryptichon (Material: schlichter Gips, Stoffe, Farbe), gegliedert in die Figuren a) Vorstandsvorsitzender (Bertelsmann, Allianz), b) Kolonnenführer beim Schulen der Drücker, c) Drücker und Opfer. Für drei Groschen Illumination der Szene sowie Mono- und Dialoge vom Band...

***

Was haben Nahostkorrespondenten von Adlershof bis ZDF in den letzten fünf, zehn, fünfzehn Jahren gemacht? Die Kamera in den Sand gesteckt? Acht Monate geht das jetzt und verschärft acht Wochen, aber hat man nahostmäßig in dieser Zeit was zu sehen gekriegt? Die Militärzensur und - eine Kormoranfälschung. Keine einzige Wim Wenders-epische Kamerafahrt durchs Land, nicht eine solide Dokumentation des Alltagslebens der Leute. Kennt man unsern guten alten 823 BGB beim Amtsgericht zu Ninive? Spielt der Baath-Ortsverein von Bagdad-Aiwadhiya Pfennig-Skat? Geht rechts vor links? Was kommt in den Öl-Kantinen auf den Tisch? Gibt es Peter Handke in den Buchläden? Jeder Bewohner der Drosselgasse zu Rüdesheim am Rhein weiß von der NASA mehr über den Jupiter als von seinem Fernsehen über Nahost. Und wie gern erführe Kreszenz Rembremerdeng, die Kellnerin im »Hotel zur Post« in Altötting, was der Schiit hat, was der Sunnit hat. Aber der Fernsehvorhang ist zu und nur alle Fragen sind offen.

***

O Massa Gross! Du viel graues Popkorn in kugelrunde Kastl. Du viel schlau denken wenn Tag lang und Tag viel viel lang. Du sagen: Streng Strafen für Fremdgehen und Auslachen von Manitu in Monaco. Aber nix streng Strafen für Gottverfluchen und Ehebrechen in Amburgo. O Massa Gross! Das sein viel schlau denken. Aber du mussen aufpassen. Du zu viel Popkorn in Kastl. Machen Pokorn atü und - peng! explodieren Kastl und mussen kommen Onkel Tom und wischen weg die Sauerei. Aber vor Kastl explodieren du sagen: Was sollen bestraft sein in Amburgo was sein legal in Monaco? Ich nix wissen. Drum du denken, schnell denken, ich schon hören ticken graues Popkorn in kugelrunde Kastl, gleich machen

peng! und dann wir Nase. Drum du schnell machen denki denki Massa Gross!

***

Kollege Lorenzen ist Artist. Erjongliert, drei Fackeln, vier Bälle. Er geht über Scherben und Nagelbretter. Er schluckt Feuer. Er entfesselt sich. Seine Auftraggeber sind Firmen und Vereine, Stadtteilfestkomitees und Schulen, Super- und Möbelmärkte. Während der ersten vier Wochen des Golfkrieges war er ohne Engagement. Wir bedauern, sagte man ihm, aber diese wüste Zeit ist keine für Feuerschlucken und Nagelbretter. Er weiß von Kollegen, die ihre Bank um Überbrückungsgelder angehn mußten. Nur wer den Schmerz nicht kennt, verweigert dem Kollegen Lorenzen, der übrigens zum 31. März die IG Medien wegen mangelnder Solidarität mit golfkriegsgeschädigten deutschen Artisten verläßt, den Nachruf »Opfer des Golfkriegs«.

***

Auch da muß die (vorerst nur west-) deutsche radikale Linke durch, daß im zusammengewachsenen Fernsehen ein farbentragendes Akademikerl aus Jena sagt, er sei zwar kein Skinhead, aber eines gewissen deutschen Nationalstolzes befleißige er sich sehr wohl.

Konkret 04/91, S. 68

Layla Dawson

»Das ist eine Frau«

Andrea Dworkin, Autorin des Buches »Pornographie. Männer beherrschen Frauen«, hat einen Roman geschrieben, der jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt

Bei Virginia Woolf findet sich eine Beschreibung von Charlotte Brontë, die ebenso auf Andrea Dworkin passen könnte: »Sie versucht nicht, die Probleme menschlichen Daseins zu lösen... ihre ganze Kraft - und die ist umso schrecklicher, als sie eingeschränkt ist - legt sie in die Aussage: ich liebe, ich hasse, ich leide.«

»Eis und Feuer« umfaßt ein Leben; eine verwirrte Kindheit, ein angespanntes Erwachsenwerden und eine konzentrierte Reifung. Die Leidenschaft, die Wut und die direkte Aggressivität ist die einer Frau in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, einer Zeit, in der trotz wiederholter Stürme die Mauern, die die patriarchale Gesellschaft umschließen, praktisch immer noch intakt sind; und Rollenvorbilder für Frauen müssen immer noch aus der verborgenen Geschichte ausgegraben werden. Stimmen wie die von Andrea Dworkin sind kostbar. Sie müssen gesammelt werden wie die entscheidenden Teile einer Maschinerie, die für einen neuen Angriff zusammengesetzt werden müssen.

Früheste Erinnerungen enthüllen, wie eine soziale Ordnung entsteht. Spiele zwischen Bruder und Schwester, mit dem Vater als Schiedsrichter. Verfolgungsspiele. Jungen jagen Mädchen. Mädchen rennen voller Angst und wollen gefangen werden. Wenn man gefangen wird, ist man begehrt, und Mädchen wollen begehrt sein, aber wenn sie gefangen sind, werden sie gequält, und die Mädchen wollen nicht gequält werden; sie wollen nicht, daß ihr Mund verklebt wird,ihre Hände gefesselt, aber sie wollen gefangen werden. Sie wollen begehrt sein. Das Ausmaß, in dem Frauen zu Kollaborateurinnen ihres eigenen Gequältwerdens werden, ist auf den Leserbriefseiten von Porno-Magazinen nachzulesen oder in solchen Blättern wie »Forum«.

»Mein Mann ist der Ansicht, daß in einer Ehe der Mann der Boß sein sollte. Ich stimme ihm zu, und ich sehe ein, daß falsches Verhalten bestraft werden sollte. Wir finden beide, daß es für einen Mann die einfachste, angenehmste, wirksamste und natürlichste Weise ist, die Fehler seiner Frau zu bestrafen, wenn er ihr den Hintern versohlt oder sie auspeitscht...«

Kindliche Spiele. Verfolgen, Kreischen vor Angst, Kreischen in Erwartung der Lust. Das Begehren ist gekoppelt an Angst. Die Folter ist das Zeichen des Begehrens. Die Jungen handeln als Horde, sie gucken sich ein Mädchen aus, und wenn das Opfer gefangen ist, stehen die abgelehnten Mädchen wie hypnotisiert da, neidisch und verstimmt, und würden gerne mit dem Opfer tauschen. Keine steht dem Opfer bei. Ein Angstschrei ist ein Lustschrei. Sie wollte es so. Nun hat sie es gekriegt. Die Früchte des Verrats. Frauen verraten Frauen. Die Grundlagen für das Verhalten von Vergewaltigungsopfern sind geschaffen, und das Mädchen, das kein bereitwilliges Opfer ist, bildet eine Ausnahme.

Die Ausbildung zur Weiblichkeit erfordert Doppelzüngigkeit, weil Mädchen von frühester Jugend an darauf vorbereitet werden zu gefallen, gefügig und höflich zu sein, Autorität zu respektieren. Sich zu beugen, selbst wenn sie nicht wollen. Das Ziel von Mädchenerziehung ist es, ihren Eigensinn zu brechen. Der Erfolg dieses Systems wird offenkundig an der Anzahl der menschlichen Fußabtreter, die es erzeugt.

»Ich wollte nicht, daß er mich anrührt, aber ich ließ ihn mich bumsen, weil ich zu höflich war, nein zu sagen, und weil ich nicht wußte, wie ich da wieder rauskommen sollte...«

Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß der Teil dieses Buches, der das Erwachsenwerden schildert, das Leben einer Frau skizziert, die ihren Körper als eine Annehmlichkeit im Austausch gegen Geld benutzt, um andere Annehmlichkeiten zu kaufen. Die Initiationsriten von Sex und Betrug hat sie gut gelernt. Jeder intelligente Mensch kann sich ausrechnen, daß es sehr viel einfacher ist, den direkten Weg zu nehmen: Sex gegen Geld, anstatt sich herumzuplagen mit all den zeitraubenden Feinheiten, die die Ehe verlangt, jene betrügerischste aller männergemachten Institutionen, für die man Handbücher braucht.

»Die Kunst, mit Männern umzugehen, muß von Geburt an gelernt werden. Es wird einfacher, wenn Sie Erfahrung gesammelt haben. Manche Frauen haben die instinktive Fähigkeit, aber die meisten müssen es mühsam erlernen, über Versuch und Irrtum. Einige sterben enttäuscht. Bis zu einem gewissen Grad hängt alles von der Ausstattung mit Kurven, einem entwickelten Instinkt und einem ordentlichen Ausmaß von purer List und Tücke ab. (Mary Hyde: Wie man mit Männern umgeht, 1955)

Aber Prostitution heißt - trotz all ihrer modischen Verklärung, trotz »Pretty Woman« etc. - immer noch Abhängigkeit. Da sind die Zuhälter, da ist der Vergewaltiger, der ein Kreuz trägt, da ist der Arzt, der Titten befummelt, der Rechtsanwalt, der als Gegenleistung eine private Aufnahmesitzung verlangt, und da ist das Überleben, die täglichen Tricks, wie man an Essen und an Drogen kommt. Es ist keine Zeit zum Leben übrig. Dieser Ausbruch, dieses selbstauferlegte Fegefeuer, dieses Leben in den Straßen von New York ist eine Welt aus Schleim. Es ist keine Antwort, sondern ein Reinigungsprozeß. Verrat: Eine Frau wird blutend und ohne Geld von ihrer Freundin im Stich gelassen; die klammernden ‘anständigen’ Lesben, die

von den Frauen ausgenutzt werden, die sie kaufen; die Männer, die von Frauen leben. Diese Beziehungen sind nackt und klar, nicht durch gesellschaftliche Höflichkeit verschleiert; und aus dieser reinigenden Erfahrung taucht Andrea Dworkins Romanfigur auf, als sie begreift, was die Welt gerne möchte, daß sie wäre, und was sie nicht sein möchte. Eine ‘normale Frau’. Ein annehmbares Stereotyp.

»Sie sieht alt aus. Sie ist blond gefärbt. Ihr Rock ist kurz, endet über ihren alternden Knien. Ihr Make-up ist sorgfältig. Jede Einzelheit soll an Jugend erinnern. Jede Einzelheit verrät, wie alt ihr Gesicht ist und wie müde ihre Seele ist... Das ist eine Frau, sagt er. Sehen Sie, was ich meine, sagt er, das ist eine Frau.«

Das ist die Ehefrau eines Mannes. Die anständige Welt ist nicht sehr weit entfernt von der Welt aus Schleim. In beiden ist die Frau die Unterlegene, die auf die Peitsche reagiert, selten agiert. Andrea Dworkins Romanfigur glaubt, sie habe einen Ausweg aus dem Geschlechter-Spiel gefunden. Sie wird Schriftstellerin.

»Ich bin eine Feministin, keine von der lustigen Sorte.«

Sie hat einen eisernen Willen und den konzentrierten Ehrgeiz, die Dinge so zu beschreiben, wie sie sind. Aber ist entschiedener Realismus mit scharfen Kanten und schriller Geschmacklosigkeit die Wahrheit oder nur ein weiterer hochtönender Sensationalismus? Ist Pornographie, wenn sie von einer Frau geschrieben wurde, nicht immer noch Pornographie?

Frauen sind eine betäubte, eine wahnsinnige Gattung. Männer haben recht, wenn sie vorsichtig sind. Frauen sind so viele widersprüchliche Signale gegeben worden, daß sie, wie der Pawlowsche Hund, ständig sabbern. Frauen sind natürlich Schizophrene. Sie tropfen über vor Sirup, um zu umgarnen, und benutzen die süße Rede oder künstliche Hilfsmittel. Wenn sie sich bedroht oder in die Enge getrieben fühlen, benutzen sie ihren Körper oder ihre Worte wie ein Skalpell, das sich in eine Wunde gräbt. Wenn sie im Dunkeln um sich schlagen, dann verletzen sie ebenso oft sich selber wie ihre mutmaßlichen Feinde. Aber sie sind die Märtyrerinnen, die ihre toten Körper hinlegen, damit zukünftige Generationen zur Wahrheit gelangen. Denn, wie John Stuart Mill schrieb: »Das Wissen, das Männer über Frauen erlangen können, ist jämmerlich unvollständig und oberflächlich, und das wird es so lange bleiben, bis Frauen selber alles erzählt haben, was sie zu erzählen haben.«

Andrea Dworkin: Eis & Feuer, KleinVerlag, Hamburg 1991, 184 S., 36 Mark

Layla Dawson schrieb in KONKRET 5/90 über das Büro als(Alp)Traumfabrik

Konkret 04/91, S. 70

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Sein oder Bewußtsein, das ist hier die Frage:

Der Regisseur Alexander Kluge, 59, kassiert alljährlich zwischen 250.000 und 300.000 Mark aus der Staatskasse für sein Ulmer »Institut für Filmgestaltung«. Nach Meinung der Prüfer vom Rechnungshof ist das Institut lediglich eine »Briefkastenfirma«.

Doch das Ministerium hält den Cineasten weiterhin für subventionsbedürftig: Das verwaiste Ulmer Institut sei »unersetzlich«. Kluges Engagement im Landes-Sold wird gar noch ausgedehnt: Er soll jetzt auch Kooperationspartner für die neue Filmakademie werden. Jahreseinkommen aus der Stuttgarter Staatskasse: etwa 250.000 Mark.

Und das ist die Antwort: In Gefahr und höchster Not streicht der Fiskus dir das Brot.

Die Autonomen Analphabeten, einst als randständige Selbsthilfegruppe gegründet, prägen längst den Stil der Epoche:

Heute erhielten wir die bestürzende Nachricht vom überraschenden Tod unseres Präsidenten

Hermann Josef Schäfer

Sein Tod macht uns betroffen.

Deutsche Ford-Händler Vereinigung e.V.

Präsidium und Vorstand

Wir werden es erleben, daß Manfred ein weißes Tuch an die Antenne seines Manta hängt.

Im Zentralorgan der Gruppe trauert der Kulturredakteur um einen andern:

Der Schauspieler Günter Neutze, einer der meist gesehensten deutschen Fernsehstars, erlag einem Herzanfall.

Meldet betroffenst die tiefst gebeugteste und schwerst geprüfteste »Tageszeitung«.

»Emma« empfiehlt an Abscheu interessierten Leserinnen »Neues zur PorNo-Debatte«:

Georg Seesslen: Der pornografische Film (Ullstein, 48 DM). Für die, die tiefer einsteigen wollen.

Sprachpsychologischer Befund: lapsus cunnilingus.

Björn Engholm erzählt, wie er die SPD für die jungen Leute attraktiv machen will:

Ich habe jetzt mit Hans Jonas und Hans Küng einen Kongreß in Kiel gemacht. Acht Stunden Philosophie und Vision am Stück, und der Saal war rappeldicke voll.

Nach goilen acht Stunden Philosophie am Stück sollen alle rappeldicken Visionäre zusammen skandiert haben: Ey, boah, ey, Espeydey!

In der »FAZ« hatte »unser nach Riad entsandtes Redaktionsmitglied« Klaus Dieter Frankenberger »gemischte Gefühle vor dem Tag X«:

Ein Sturmangriff der Marineinfanterie auf die Küste des kleinen Emirats läßt zwangsläufig Erinnerungen wach werden: an Gallipoli 1915, natürlich an die Landung in der Normandie im Juni 1944... Doch die Landung in Kuweit wird wenig mit der Invasion vor bald 47 Jahren, mit dem »Dieday«, gemein haben.

Oh Freud, was nun? Hat da ein älterer Herausgeber den Ausgang der Operation »Overlord« nachträglich korrigieren wollen? Ist mit einem im Historikerstreit gestählten Korrektor die Sehnsucht nach einer Endlösung durchgegangen? Oder muß einem Redaktionsmitglied, das bei den Dardanellen gekämpft hat, sich deshalb zwangsläufig an Gallipoli 1915 erinnert und trotz des hohen Alters unter die sengende Sonne von Riad entsandt wurde, zu jedem D-Day der eigene Doomsday einfallen?

Boris mußte dem Edberg weichen, Steffi der Seles, und schon forderte ein bisher gänzlich unbekannter Berliner namens H.-P. Lyck den Hamburger Ranglistenersten mächtig heraus:

Mit dem demonstrationsträchtigen Thema ließ sich erneut das Strohfeuer entzünden, das offenbar als Kitt zwischen den zerstrittenen grünen Flügeln benötigt wird, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Solche grünen Sternstunden aber...

Theo mußte sich was einfallen lassen, und in der Stunde der Herausforderung bewies er, daß er ein in Sternstunden als Kitt zwischen Flügeln zum Überspringen von Hürden benötigtes Strohfeuer mit sparsamsten Mitteln zu kontern weiß:

Am Golf fallen jetzt die Würfel

Schlicht, schmucklos, ohne Pyrrhus bei den Hörnern zu ergreifen und mit den Winden des Hindukusch auszuschütten, einfach Subjekt, Prädikat, Objekt, und doch erfahren wir, trotz aller Zensur, was die Bomberpiloten getrieben haben: Kniffel gespielt.

Vor Jahren hatte der »FAZ«-Redakteur Fromme ein schweres Grubenunglück mit der Sentenz kommentiert, jeder Beruf habe halt sein Risiko, und ich hatte mir das des »FAZ«-Journalisten ausgemalt: von einer defekten Klobrille abzurutschen. Letzten Herbst konnte Frommes Kollege Nonnenmacher in der »FAZ« richtigstellen:

Zwei Korrespondenten einer niederländischen Zeitung dürfen nicht mehr im Wahlkampfsonderzug des SPD-Kanzlerkandidaten mitfahren, weil sie in einem Bericht eine abfällige Bemerkung über Lafontaine wiedergegeben hatten. Dagegen protestiert die Zeitung und beruft sich auf die »Freiheit der Meinungsäußerung«. Aber die steht gar nicht in Frage. In Wirklichkeit geht es um einen Gunsterweis... Solche Gunst kann, das liegt in der Natur der Sache, aus gegebenem Anlaß entzogen werden. Das hat die SPD getan, und kein Journalist sollte darüber jammern - es ist ein selbstverständlicher Teil seines Berufsrisikos,

das eben dem des Bergmanns doch ähnlicher ist, als ich dachte: Wie dem Journalisten das Vorwärtskommen mit dem Sonderzug, so wird dem Kumpel das Aufwärtskommen mit dem Förderkorb verwehrt.

In der »Welt« legt Enno von Loewenstern endlich mal ein gutes Wort für die SS ein:

Bei einem SS-Major in Frankreich vor fast fünfzig Jahren spekuliert man heute noch, was der gewußt haben und ob er schuldhaft beteiligt gewesen sein kann; beim Mauermord vor unseren Augen zweifelt man, ob der damals allmächtige Honecker davon gewußt hat... Wieso ist nur bescheiden von »Totschlag« die Rede? Man bezeichnet die Tötung von Menschen als Mord, wenn ein niedriges Motiv vorliegt. Ist das »auf der Flucht erschossen«, das bei jedem kleinen SS-Scharführer Mord war, nicht von einem niedrigen Motiv belastet, wenn es darum ging, dem roten KZ-Staat seine Arbeitskräfte zu erhalten und Auflehnung zu entmutigen?

Der arme Major, der kleine Scharführer, wie übel hat man ihnen mitgespielt, nur weil sie den Familien der Häftlinge, die sie zu Tode gefoltert hatten, die tröstliche Nachricht überbringen ließen, der Vater oder der Sohn sei »auf der Flucht erschossen« worden. Fünfundvierzig Jahre lang galt das »auf der Flucht erschossen« als Synonym für die Lügen, welche die Nazis verbreiteten, um ihre Greueltaten zu verbergen, fünfundvierzig Jahre, bis ein Redakteur von Springer die Lüge der Nazis zur Wahrheit des neuen Deutschland erhob.

Klaus Murmann, der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, hat vorgeschlagen, an den ersten drei Krankheitstagen keinen Lohn mehr zu bezahlen:

Das könne Einsparungen von 20 bis 30 Milliarden DM bedeuten. Murmann bedauerte, daß diese »total richtige Maßnahme« in einer »Populardemokratie« nicht durchsetzbar sei.

Da die Volksdemokratien ausgefallen sind, sollte Murmann die total richtige Maßnahme einmal in einer richtig unpopularen, totalen Maßnahmendemokratie testen, etwa in Paraguay. Und bei Erfolg: dort bleiben.